

Rainer Rilling

# Imperialität

Marburg | Berlin 2007  
05/06/2007

*America has never been an Empire*  
*George W. Bush, 1999*

*We refuse the crown of empire*  
*George W. Bush, 1999*

*America has no empire to extend or utopia to establish.*  
*George W. Bush, 2002.*

*We have no territorial ambitions, we don't seek an empire.*  
*George W. Bush, 2002*

*We have no desire to dominate, no ambitions of empire*  
*George W. Bush, 2004*

*The United States has no imperial ambitions*  
*Condoleezza Rice, 2003*

*If we were a true empire, we would currently preside over a much greater piece of the Earth's surface than we do.*  
*Dick Cheney, 2004*

*We don't seek empires, we're not imperialistic. We never have been.*  
*Donald Rumsfeld, 28.4.2003*

*We don't do empire*  
*Donald Rumsfeld*

*We're not a colonial power. We've never been a colonial power*  
*Donald Rumsfeld 25.2.2003*

*We are not an empire. . . . We come here as liberators.*  
*Colin Powell, 2003*

*We will be greeted as liberators*  
*David Cheney, 2003*

*We're not an imperial power, we're a liberating power.*  
*George W. Bush, 2004*

*Ich bitte Sie, die Vereinigten Staaten sind doch kein Imperium.*  
*Johannes Fischer, 2003*

*So, call it as you prefer, ladies and gentlemen, but if it looks like an empire, and acts like an empire, and increasingly quacks like an empire, well, perhaps you know what it is?*  
*Paul Kennedy 1.4.2003*

- 1** Die Spaltung, die zählt...
- 2** „Empire“: Streitigkeiten
- 3** Empire of Capital
- 4** Imperialität
- 5** American Empire
- 6** Blüenträume
- 7** Optionen und Grundlinien

## 1 Die Spaltung, die zählt...

Ungleichheit als Projekt einer *grand strategy* – das findet sich deutlich wie lange nicht mehr in der Politik der US-Administrationen unter George W. Bush. Nach deren Ansicht gibt es angesichts des Zusammenbruchs des Staatssozialismus eine neue Qualität des *Unterschieds* zwischen den USA und dem „Rest der Welt“ und dieser Unterschied könne und müsse *auf Dauer* gesetzt werden. Tony Judt beschrieb diese Disparität der Macht in der *New York Review of Books* als eine neue globale Ungleichheit: „Unsere Welt ist in vielfacher Weise geteilt: Zwischen arm und reich, Nord und Süd, westlich / nichtwestlich. *Aber mehr und mehr ist die Spaltung, die zählt jene, welche Amerika von allem anderen trennt.*“<sup>1</sup> Dabei geht es nicht nur darum, eine grundsätzliche Machtdifferenz zwischen den USA und dem Rest der Welt festzustellen. Vielmehr soll es möglich sein, die klassische historische Gesetzmäßigkeit des bürgerlichen Zeitalters *aufzuheben*, wonach die Entstehung einer großen Macht früher oder später die Formierung neuer, anderer großer Mächte als Gegengewicht hervorruft. *Der Gedanke ist, dass erstmals seit Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer politischen Ordnung das Ungleichgewicht der Mächte auf Dauer gestellt werden könne.* Die goldene Regel des unvermeidlichen Niedergangs großer Mächte soll nicht mehr gelten, es stehe an „perhaps the single most striking discontinuity that the history of international politics has provided“ – so eine reputierte Stimme aus dem Lager der Wissenschaft von den internationalen Beziehungen.<sup>2</sup> Imaginiert wird Ordnung, die dauert. Der Begriff, der sie anzeigt, ist „Empire“. Eine machtvolle Idee, aber auch eine vertraute – J.M. Coetzee hat in seinem *Waiting for the Barbarians* daran erinnert, was zu ihr gehört: “One thought alone preoccupies the submerged mind of Empire: how not to end, how not to die, how to prolong its era.”<sup>3</sup> Um dieses Ziel zu erreichen, begannen die USA in weniger als einem Jahr fünf zwei große Kriege, besetzten zwei Länder und initiierten die bedeutsamste Reorganisation ihrer nationalen Sicherheits- und Rüstungsarchitektur seit 1947. Eine neue, rechtsimperiale Richtung gelangte an die Macht.

Die Tradition des Projekts eines *American Empire* hat freilich eine Jahrhundertgeschichte – so gesehen ist es bislang nicht mehr als eine Episode. Sein neoliberales Milieu entstand in den letzten vier Jahrzehnten. Seine mächtigsten Akteure auf der politischen Rechten fanden sich im letzten Vierteljahrhundert. Seine neue Ambition, das Profil und dann auch die Praxis seiner *grand strategy* konturierten sich in den 90er Jahren. Sein

---

<sup>1</sup> Tony Judt: Review *Its Own Worst Enemy*, in: *The New York Review of Books* v. 15.8.2002 (Hervorh. R.R.)

<sup>2</sup> Robert Jervis: *Theories of War in an Era of leading Power Peace*, in: *American Political Science Review* 1/2002 S.1

<sup>3</sup> J. M. Coetzee: *Waiting for the Barbarians* , New York 1982, S. 31.

Katalysator und machtpolitischer Durchbruch endlich war der imperiale Moment des 9/11. Der lange Irakkrieg ist seine erste Probe.

Die Beunruhigung über diese ambitionierte Zielsetzung der Errichtung eines *neoliberalen Empire* und die dabei angewandten Methoden, sie zu verwirklichen, breitete sich sehr schnell aus. Sogar der Diskurs des liberalen Mainstreams, der seit jeder das Lob der kontinuierlichen Ausbreitung liberaler und also friedfertiger Demokratien sowie des Ausgleichs und Gleichgewichts zwischen den Nationalstaaten und ihren Allianzen singt, pflegt bekanntlich seit einigen Jahren Kritik an der Außenpolitik der USA und fordert eine Rückkehr zu einer multilateralen, kooperativen Politik. Diese Außenpolitik hat tatsächlich die öffentliche Meinung in der Welt seit 2001 auf ungewöhnliche Weise gegen die USA eingenommen und deren Legitimation geschwächt.<sup>4</sup> Erst mit der Niederlage der Republikaner bei den Zwischenwahlen 2006<sup>5</sup> gilt für viele die Kraft und Dynamik dieses Ansatzes als stark beeinträchtigt und es steht zu erwarten, dass spätestens bei einem Wahlsieg der Demokraten 2008 und einer Modifikation der Irak-Politik der USA sich auch global die öffentliche Meinung wieder ändern wird. Diese kritische Meinung entzündete sich an der brachialen Rhetorik der Bush-Administrationen, ihrem unkooperativen Stil und deren Aufwertung militärischer Macht als Mittel der Außenpolitik. Gemeinsam mit der Kritik am neoliberalen Marktradikalismus verdichtete sie sich erstmals seit Anfang der 90er Jahre wieder zu einer neuen Kapitalismus- und Imperialismuskritik wie auch zu einer zunehmenden Ablehnung der neuen Disparitäten in der internationalen Politik, in deren Mittelpunkt die USA standen. Der globale Aufschwung der globalisierungskritischen Bewegung und der politischen Linken in Lateinamerika wie Europa hat davon wesentlich gezehrt. Auch hier kann vermutet werden, dass diese deutlich forcierten Zugänge nach einem Wechsel der amerikanischen Administration an Gewicht verlieren werden und sich die Alltagsvorstellungen des Liberalismus vom kooperativen, multilateral operierenden und „wohlwollend – humanitär“ intervenierenden, also weltverbessernden und reformfähigen Kapitalismus erneut festigen werden.

---

<sup>4</sup> S. die Untersuchungen des PEW Research Centre <http://pewglobal.org/commentary/display.php?AnalysisID=1019>. Erstmals wachsende Beliebtheit der USA unter Befragten in Deutschland notiert Allensbach in der FAZ v. 21.1.2007 – im März 2003 hatte es erstmals eine scharfe Verschlechterung notiert, s. FAZ v. 19.3.2003

<sup>5</sup> S. Rainer Rilling: Option für eine weniger scharfe Politik. Zu den US-Zwischenwahlen 2006, in: Sozialismus 12/2006 S.49-54; Mike Davis: The Democrats After November, in: New Left Review 53 (2007) S.5-31. Ingar Solty: Krise des Neokonservatismus! Krise des Neoliberalismus? In: Sozialismus 1/2007

## 2 „Empire“: Streitigkeiten

Um so wichtiger ist es, eine nüchterne Einschätzung einer Entwicklung zu treffen, die sich begriffspolitisch Ende der 90er Jahre in einer völlig unerwarteten Karriere der lange still gestellten Bezeichnung „Empire“ abzeichnete, die nach *Nineeleven* in den Mainstream der Politik und Wissenschaft einwanderte und sich dort als legitimer und akzeptierter (jedoch nicht dominierender) Begriff erstaunlich lange hielt, bis sie dann um 2006 ihre Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit langsam wieder verlor. Es ging dabei um die komplizierte Frage, wie man empirisch und begrifflich eine Supermacht fasst, die mehr ist als eine Supermacht. Eine tonangebende Antwort gab die *New York Times* am 2. April 2002: „Today, America is no mere superpower or hegemon but a full-blown empire in the Roman and British sense“. Ein „Gorilla unter den geopolitischen Bezeichnungen“ (so der *Guardian* am 18.9.2002) wurde gebraucht und gefunden: eben das Imperium. Die Linke allerdings hat sich kaum auf das Neuland der plötzlichen Rede vom Empire gewagt, sieht man von der ungeliebten Ausnahme des spektakulären Entwurfs von Michael Hardt und Antonio Negri ab<sup>6</sup> und konzentrierte sich statt dessen darauf, an einem neuen, tragfähigen Verständnis einer ihr seit einem Jahrhundert vertrauten Theorie und Begrifflichkeit zu arbeiten – eben der des Imperialismus. Ihre Diagnose, dass sich ein „neuer Imperialismus“ mit markt-radikal-neoliberalen Charakteristika ausbreite, hat sie nur in wenigen Fällen mit der Frage nach einer Veränderung der imperialen Natur des Gegenwartskapitalismus verknüpft.<sup>7</sup> Ob und wie „Imperialismus“ und „Imperium“ bzw. *Imperialität* voneinander zu unterscheiden sind und ob es, vor allem, im letzten Fall um eine „*form of political organization*“ oder um mehr geht, hat sie kaum thematisiert.<sup>8</sup> Traditionell verstand ja die

---

<sup>6</sup> Michael Hardt, Antonio Negri: *Empire*, Cambridge 2000.

<sup>7</sup> Etwa William I. Robinson: *A Theory of Global Capitalism*, Baltimore 2004; Wolfgang Fritz Haug: *Imperium oder Imperialismus?* In: *Das Argument* 267 (2006) S.512-521; Peter Gowan: *The Bush turn and the drive for primacy*, in: Alejandro Colás, Richard Saull (Hg.): *The War on Terror and the American "Empire" After the Cold War*, London, New York 2006; ders., *U.S.Hegemony Today*, in: *Monthly Review* 3/2003; ders., *The American Campaign for Global Sovereignty*, in: *Socialist Register* 2003, London 2002; ders., *Empire as Superstructure*, in: *Security Dialogue* 2/2004, ders., *American grand strategy*, in: *Critical Asian Studies* 1/2005 S.128-139; Bernard Porter: *Empire and superempire: Britain, America and the world*, New Haven und London 2006; George Steinmetz: *Return to Empire: The New U.S. Imperialism in Comparative Historical Perspective*, in: *Sociological Theory* 4/2005 S. 342ff.; Neil Smith: *The Endgame of Globalization*, New York und London 2005; Leo Panitch, Sam Gindin: *Global Capitalism and American Empire*, in: *Socialist Register* 2004; Simon Bromley: *Reflections on Empire, Imperialism and United States Hegemony*, in: *Historical Materialism* 11.3, Leiden 2003 S.19; Giovanni Arrighi: *Hegemony Unravelling* (2 Teile) in: *New Left Review* 32 und 33 (2005); Matthew Sparke: *Political geography: political geographies of globalization* (1) – dominance, in: *Progress in Human Geography* 6/2004; Vivek Chibber: *The Return of Imperialism to Social Science*, in: *Arch. europ. sociol.* 3/2004 S.430; John Bellamy Foster: *The New Geopolitics of Empire*, in: *Monthly Review* Nr. 57 (2006). Mario Candeias: *Imperiale Gewalt als Bearbeitungsform neoliberaler Widersprüche*, in: Alexander Badziura u.a.: *Hegemonie-Krise-Krieg*, Hamburg 2005

<sup>8</sup> Charles S. Maier: *Among Empires. American Ascendancy and Its Predecessors*, Cambridge 2006, S.7 (Herv. RR). Ein Beispiel für die verbreitete Gleichsetzung gibt Andrew

linksliberale und linken Tradition unter Imperien Kolonial- und Territorialreiche, die einen hohen Anteil direkter und zudem gewaltförmiger Herrschaftsausübung („Zwang“) aufwiesen, die der Herstellung oder Sicherung von Ausbeutungsbeziehungen dienten. Mit dem Verschwinden solch evidenter wie expliziter Kolonialimperien und der Praxen territorialdiktatorischer Okkupation ist auch für sie – wie für die anderen alternierend herrschenden liberalen und konservativen Ideologien - das Zeitalter der Imperien endgültig zu Ende gegangen. Imperien galten nun als Ausnahme. Daher wird auch ausgeschlossen, dass komplexere Einflussordnungen, die ihre Herrschaft im Raum (zeitgemäßer formuliert: in kapitalistischen Großräumen) auch oder vorrangig informell und indirekt ausüben bzw. das Mittel der Gewaltausübung weitgehend zurückhalten zugunsten der Mobilisierung von Zustimmung (Konsens) noch als Empire bezeichnet werden können. Die dann ins Spiel gebrachten Begriffe sind Dominanz oder Primat (Gowan), vor allem aber Hegemonie (Cox).<sup>9</sup> Tatsächlich spielten Imperien und „Reiche“ beim Verständnis von Weltordnung Jahrhunderte lang eine Schlüsselrolle. Sie waren fundamentale Ordnungen in der Weltgeschichte. Vor einem Jahrhundert waren fast alle Territorien außerhalb Europas und dem amerikanischen Kontinent formell oder informell beherrscht von einer guten Handvoll Staaten (im wesentlichen England, Frankreich, Deutschland, Holland, Italien, USA, Belgien, Japan). Die Semantik der Imperialität war alltäglich. Aufgrund dieser langen Tradition gibt es zahllose historische Verständnisse davon, was ein Imperium denn nun ausmache. Imperien sind aber nicht nur ganz offenbar schwierig zu definieren und zu erklären, sie haben ihre langjährige kategoriale Identität weitgehend verloren. Es gibt ja auch eine ganze Reihe von Einwänden gegen die Verwendung dieses Begriffs zur nicht bloß metaphorischen Beschreibung einer gegenwärtigen Ord-

---

Hurrell: Pax Americana or the empire of insecurity? In: International Relations of the Asia-Pacific 2/2005 S.155: "If inequality marked the core of the state system, the relations between the European core and the periphery were still more unequal. (...) The classical state system was an imperial and colonial order. Its second face was its imperial face, and imperialism needs to be understood as one of the principal institutions of international society. The European colonial order was built around formally subordinate territories which played no role in international relations, an economic system marked by the enforced opening of peripheral economies and by demographic openness, and a series of cultural assumptions that stressed the superiority of Western and white culture".

<sup>9</sup> Hegemonie, auch im Gramsci'schen Verständnis, fokussiert im Kern auf Fragen der Legitimation von Herrschaft und Konsensbildung. Imperialität dagegen interessiert, wie zu zeigen sein wird, Fragen des Raumes, der Expansivität und der Struktur der Herrschaft. Beide Begriffe und zugrundeliegenden Erkenntnisinteressen ergänzen sich insofern und der verbreitete Usus heftiger Abgrenzung wäre insofern zu relativieren.

nung oder eines Modus (bzw. einer Form) von Herrschaft, die ein herausragendes Element der Struktur der Weltordnung auszeichnet. Ebenso existieren sehr unterschiedliche Vorschläge, wie es im Detail zu fassen ist. Aufgezählt werden Merkmale wie: Expansion, militärische Eroberung und Terror, Ausbeutung der Eroberten durch Tribute, Steuern oder Raub; Aneignung von Gütern und ihre Verteilung an Landeigentümer und Siedler; Hierarchisierung der globalen Ordnung; imperiale Projekte, Strategien und Ziele; imperiale Symbole und Institutionen, Bedeutungen und kollektive Identitäten, also eigene Kulturen und soziale Identitäten; endlich imperiale Eliten und Rekrutierungs- und Kooptationsmuster. Solche Aufzählungen sind meist am Beispiel klassischer vor- oder frühkapitalistischer Imperien gewonnen.<sup>10</sup> Sie werden in vielen Analysen und Beschreibungen auf die unterschiedlichste Weise miteinander kombiniert und kommen zudem allesamt auch in den verschiedensten anderen politischen Einheiten vor, so dass das Problem der Unterscheidung bleibt. Der Vorschlag, den Begriff zu historisieren (ihn also eben nicht in die römisch-britische Vorzeiten zu verbannen oder zur überhistorischen Ordnungs- oder Politikform als Abstraktum zu verdinglichen), muss sich gegenüber einer langjährigen Praxis der Ablehnung dieses Begriffs durchsetzen. Viele Autoren, die ein abstrakt-allgemeines Verständnis von Imperialität pflegen, weisen darauf hin, dass Imperien seit Jahrtausenden eine äußerst verbreitete, alltägliche und normale Form des politischen Gemeinwesens gewesen seien, demgegenüber die Delegitimierung der modernen formellen Imperien der bürgerlichen Zeit eine Abweichung sei. Diese Annahme kann dabei von einem Alltagsverständnis von „Empire“ zehren, das dieses oftmals so weitläufig fasste wie gegenwärtig Niall Ferguson als einer der neokonservativen Hauptverfechter der normativen Idee eines American Empire: er entwickelte eine „imperial typology“, unter die er ein so breites Feld von Merkmalen subsumierte, dass es äußerst schwierig wird, einer politischen Ordnung *keinen* imperialen Charakter zuzuordnen: ein Imperium kann einer herrschenden Elite nutzen oder „allen Einwohnern“; es kann völkermörderisch oder assimilativ operieren; seine Ökonomie reicht von der Sklaverei und Plantagenwirtschaft bis hin zur Planwirtschaft; die Herrschaftsmethoden gehen von militärischer Gewalt bis zur Unternehmensregulierung; die Leistungen des Empire reichen vom Frieden bis zur Gesundheit; die Ziele spannen sich von Sicherheit bis zur Aneignung von Arbeitskräften und das politische System reicht von der Tyrannei bis zur Demokratie. Unter derlei Allerweltsbestimmungen fällt geradezu jedes Regime, das historisch sich „Reich“ oder „Imperium“ nannte oder das der Betrachter in seine imperiale Typologie vereinnahmen möchte. Folgerichtig zählt Ferguson mehr als 70 Imperien in der Geschichte – genauer: der *Times Atlas of World History*

---

<sup>10</sup> S. Philip Pomper: The History and Theory of Empires, in: History and Theory, Theme Issue 44, Dezember 2005 S. 2, 6. Pomper schließt daher auch, dass es gegenwärtig keine Imperien und imperialen Staaten mehr gebe und kein relevantes politisches Subjekt sie favorisiere. Nicht zuletzt die faschistischen Reichsprojekte „thoroughly discredited all imperial projects.“ (S.22).



hat sie gezählt. Es bedarf keiner methodischen oder theoretischen, sondern bloß einer politischen Anstrengung, die USA sodann unter die weitläufige Rubrik „Empire“ zu subsumieren: „it is certainly not difficult to characterize the United States as an empire.“<sup>11</sup>

Zu rechnen ist auch mit dem Ballast der Begriffsgeschichte. „Empire is not a word for scholars“ meinte einst Lord Malcom Haily. Der Begriff stammt aus dem lateinischen *imperium* ab, das abgeleitet ist vom Verb „*imperare*“, „befehlen“, „heißen“ – im *Imperativ*, der „Befehlsform“ klingt dies bis heute nach. Als staatsrechtlicher terminus technicus bezeichnete das Imperium die Amtsgewalt der höchsten Magistrate; dabei bezog sich der Begriff „Imperator“ zunächst auf Magistrate mit militärischem Kommando – eine Konnotation, die bis heute wirksam ist. Imperium meinte zunächst das Recht zur Durchsetzung des Rechts und dann, ab der späten römischen Republik, das anerkannte Recht auch über andere Völker zu herrschen, die legitime Autorität (so die Formel *imperium populi Romani*). „Aus dieser rechtlich weniger genau fixierbaren Befehlsgewalt über Personen wurde die Befehlsgewalt über die betreffenden Gebiete und schließlich die Bezeichnung für das beherrschte Gebiet selber: der Befehlsbereich wurde zum „*imperium Romanum*“.“<sup>12</sup> Dann bezog sich der Begriff auch auf den *imperator* und die beherrschte Entität. So kombinierte das „*Heilige Römische Reich*“ Macht, Person und politische Einheit, ein Bedeutungswandel, der sich unter Octavian / Augustus vollzog, der den Ehrentitel Imperator erhielt. Die Momente personaler Herrschaft, militärischen Zwangs, ideologisch-kultureller und moralischer Selbstverherrlichung scheinen in der Geschichte der imperialen Projekte immer wieder massiv auf, ebenso aber die im Falle Roms eher schwach ausgeprägte ausgedehnte und zentralisierte Bürokratie oder stark ausdifferenzierte soziale Gradationen wie im Falle des zeitgleichen Han-Reiches in China. Im Mittelalter war das „Imperium“ auf kaiserliche und königliche Herrschaft und dem diesen zugeordneten Reich eingeschränkt. Diese Verknüpfung löste sich dann wieder auf; der Begriff der Souveränität kam ins Spiel und die politische Figur des Imperators wanderte ins Reich der Fantasy ab. Die moderne bürgerliche Konzeption des Empire reflektiert mit ihrer Fokussierung auf den Nationalstaat dann ganz anders politische Herrschaft und vor allem (etwa in Zeiten eines Heinrich VIII) Souveränität einer großen politischen Einheit. Sie operiert in der Kultur des bürgerlichen Nationalismus. Als sich diese ersten Theorien des Empire verbreiteten, standen sie dann auch schon für Verletzungen der Souveränität und der „Selbstbestimmung der Nationen“ und nicht für deren Repräsentanz und nicht mehr nur für eine Selbstbeschreibung etwa des ausgreifenden britischen Kapitalismus, welche den traditionellen Begriff

---

<sup>11</sup> Niall Ferguson: The Unconscious Colossus: Limits of (& Alternatives to) American empire, in: Daedalus 2/2005. „Empires, in short, are always with us.“

<sup>12</sup> Fisch, Jörg/Walther, Rudolf: Imperialismus, in: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhard Koselleck (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd.3, Stuttgart 1982 S.172. Zur Begriffsgeschichte siehe weiter Maier, Among Empires, S.36ff.

des *Imperialismus*, wie er zur Kennzeichnung des Cäsarismus, Bonapartismus oder Napoleonismus verwandt worden war, abgelöst hatte. Die seitdem den Imperien und dem Imperialismus zugeschriebenen und sie charakterisierenden Praxen der „nichtkonsensualen Kontrolle“ (Beissinger) werden in diesem bürgerlichen Verständnis auf die Unterdrückung nicht etwa der Klassen, sondern der Nationen gerichtet.

Für eine beträchtliche Unsicherheit bei der Verwendung des Begriffs steht wohl auch die Fülle der *Subtypen*, die in der langen Debatte vorgeschlagen wurden: Land- oder Seeimperien, moderne, prä- oder postmoderne Imperien, formelle und informelle, tributäre, bürokratische, nationale, territoriale, koloniale oder kontinentale, militärische oder ökonomische Imperien etc. Dies wird auch zu Linien historisch machtvoller Typen verdichtet. Dominic Lieven etwa unterscheidet zwischen zwei Typen von Imperien: „One is the modern European maritime empire where empire is defined in terms of the relationship between the metropolitan centre and colonial periphery. Cultural and political domination, along with economic exploitation, are seen as inherent aspects of empire. The other focus is on the great military and absolutist land empires, often tied to universal religion, which run from Alexander the Great to ancient Rome and China and on through the Hapsburg and Ottoman empires to Russia and the Soviet Union.”<sup>13</sup> Der Versuch solcher Typologisierung ist zumeist an die Bemühung gekoppelt, Hybride, Zwischen- und Übergangsformen zwischen großen Mächten und Imperien ausfindig zu machen um so genau bestimmen zu können, wann von einem Imperium gesprochen werden kann; nicht immer werden dabei starke dichotomische Gegenüberstellungen („Anarchie“ versus „Hierarchie / Empire“) vermieden, die dann nahelegen, Zwischenformen als verschwindende Figurationen zu begreifen. Das solcher Untergliederung entgegen gesetzte Verfahren, das beispielsweise von Martin Shaw angewandt wird, sieht das „Imperiale“ als Grundeigenschaft aller (oder zumindest aller modernen) Staaten zu allen Zeiten an und ist daher nur an der Frage interessiert, welche konkreten Formen immer gleicher imperialer Machtausübung voneinander unterschieden werden können.<sup>14</sup>

---

<sup>13</sup> G. John Ikenberry, Liberalism and empire: logics of order in the American unipolar age, in: Review of International Studies 4/2004 S. S 615. Diese Unterscheidung zieht aus den Formen indirekter Herrschaft, die für Seeimperien typisch waren, den Schluss, dass hier recht akzeptable liberale Imperien herrschten, wogegen Landimperien als militaristische und autoritäre Ordnungen abgelehnt werden – ganze geopolitische Schulen (Mahan versus Mackinder oder Ratzel) bauten auf diesem Gegensatz auf.

<sup>14</sup> Martin Shaw: The Problem of the Quasi-Imperial State: Uses and Abuses of Anti-Imperialism in the Global Era (2001). Shaws Argumentation ist übrigens inkonsistent – das „Imperiale“ als gleichsam ewige Machtrelation zwischen Zentrum und Peripherie verflüchtigt sich bei ihm unversehens im Zeichen der Demokratisierung, Internationalisierung und Blockbildung in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg. S. auch Martin Shaw: Post-Imperial and Quasi-Imperial: State and Empire in the Global Era, in: Millennium 2/2002 S.327-336.

### 3 Empire of Capital

Wer heute von Imperien spricht, muss auch nach ihrer kapitalistischen Spezifik und nach den Spezifika des Kapitalistischen fragen, die sich in ihnen zusammenfassen. Ellen Meiksins Wood hat deshalb gegen die übliche Gleichsetzung des römischen und der britischen / US-amerikanischen Imperien darauf beharrt, nach Maßgabe der Eigentumsverfassung an grundlegend voneinander unterschiedenen Typen von Imperien festzuhalten: zu unterscheiden sei also zwischen den Imperien des Landeigentums mit starkem Staat (Rom, China), des Handels (arabische Reiche, Venedig, Holland, Spanien) und des imperialistischen Kapitalismus (britisches Imperium, französisches Kolonialimperium oder das „Kontinentalreich“ des deutschen Faschismus).<sup>15</sup> Rom war (im Unterschied etwa zu China) nicht nur das erste koloniale Imperium, Rom kombinierte Imperium und Dominium, den imperialen militärischen Staat mit der Herrschaft des privaten Eigentums an *Land*, Rom war daher der erste Typus des *Empire of Property* (Wood). Das römische Empire, welches vielfach als Prototyp des europäischen imperialen Projekts angesehen wird, war auf die *Aneignung von Arbeitskraft* (Sklaven) und *Landraub* aus. Sein Territorialimperium wurde durch ein Netzwerk von Landaristokraten, Aneignungen von Land, Siedlung, Ressourcenextraktion und durch eine Ausbeutung mittels außerökonomischer Gewalt (Politik, Recht, militärische Gewalt, Kultismus) zusammengehalten, die ein *tributäres Imperium* organisierten, das auf einer *militarisierten Legionärs- und Sklavenökonomie und privatem Landeigentum* beruhte. Verwies das eine auf die Kontrolle von Menschen und Bevölkerungen, so das andere auf die Kontrolle von Territorien. Zensus und Kataster brachten beide Zwecke zusammen. Spätere Imperien setzten die Kombinationen aus starkem Eigentum und kleinen, aber kraftvollen stadtdominierten Zentralstaaten mit kolonialen Okkupationen und der Aneignung von Territorien fort. Die Widersprüchlichkeit des imperialen Projekts „Rom“ zeigte sich in „amorphous imperial politics with centralized fiscal systems yet devolved forms of administration; powerful expressions of civilizational supremacy which were nonetheless constantly open to assimilation; and meticulous mechanisms for the distribution of land and extraction of revenue which coexisted with ill-defined territorial limits to empire.“<sup>16</sup>

Abgelöst wurde dieser Typus durch das *Empire of Commerce* – Handelsimperien wie das Osmanische Reich, wie Spanien, Holland, Venedig oder Arabien und das „erste“ britische Imperium des 17. und 18. Jahrhunderts. Holland und England waren im Laufe des 17. Jahrhunderts die mächtigsten Handelsimperien der Welt geworden und am Ende war der französische Griff zur Weltmacht des kommenden Jahrhunderts geschei-

---

<sup>15</sup> Ellen Meiksins Wood: *Empire of Capital*, London und New York 2003.

<sup>16</sup> Alejandro Colás: *Empire*, Cambridge 2006, S. 47

tert. Der Fernhandel dieser Zeit war das expansive Unternehmen par excellence und das Schlüsselprojekt des neuen imperialen Konstrukts und die zunächst vor allem spanische Kolonialisierung der neuen Amerikas der Beginn des Entstehens eines kapitalistischen Weltmarkts. Die frühkapitalistischen, zunehmend marktgetriebenen imperialen Ordnungen waren in einer Hinsicht beispielgebend: sie agierten *jenseits* ihrer staatlichen oder „nationalen“ Grenzen als oftmals *informelle Ordnungsmächte*, die so ihre Handelsbeziehungen sichern und erweitern wollten. Mit militärischen Mitteln (im Falle Britanniens etwa der Royal Navy) sicherten sie ihre Handelswege (durch Forts und strategische Stützpunkte als ihren eigenen „Militärbasen“), schlossen lokale Bündnisse und bauten sogar entsprechende Infrastrukturen auf.

Dann, schließlich, entwickelte sich ein Typus nationalstaatlich basierter imperialer Herrschaft, der erstmals auf einer Trennung von ökonomischer und politisch(-militärischer) Macht und der Vorherrschaft ökonomischen Zwangs beruhte – das *Empire of Capital*.<sup>17</sup> Im Kapitalismus hängen alle ökonomischen Akteure vom Markt ab, die direkte Macht liegt bei diesem und nicht den Herrschern. In vorkapitalistischen Gesellschaften dagegen hängt die ökonomische Macht der herrschenden Klassen von außerökonomischen (meist militärischen) Mächten ab - findet man da die politisch-militärische Macht, hat man auch die ökonomische gefunden. Die Kapitalisten aber können ohne unmittelbaren militärischen Zwang ihre Arbeiter ausbeuten, denn diese sind eigentumslos und dem indirekten und unpersönlichen Zwang des Marktes ausgesetzt, der ihre Positionierung im Aneignungsprozess vorweg besorgt. Im Kapitalismus gibt es einerseits die Aneignung der Mehrarbeit und andererseits einen staatlichen Zwang, der dieses Aneignungsverhältnis und seine rechtliche sowie soziale Reproduktion aufrechterhält. Der Staat muss für die Exklusivität des Eigentums und die Aufrechterhaltung der Eigentumslosigkeit an den Mitteln der Produktion auf der Seite der Produzierenden sorgen. Er sichert die freie Mobilität des Kapitals und kontrolliert die Mobilität der Arbeitskräfte. *Die Besonderheit der kapitalistischen Form von Imperialität gegenüber den vorangegangenen Imperien besteht somit erstens darin, dass sie nicht in erster Linie auf direktem Zwang beruhte, sondern auf dem Zwang des Marktes, der durch die Eigentumslosigkeit der Produzenten konstituiert und reproduziert wurde.* Der Imperialismus als damalige Form der zentralen kapitalistischen Mächte, der wie andere Ordnungen vor ihm auch imperiale Projekte und Strukturen ausbildete, war somit von kapitalistischen Eigentümern dominiert und durch die Imperative der Kapitalakkumulation getrieben, es wurde nicht nur Kapital in die Kolonien exportiert (statt nur in den Metropolen zu akkumulieren), es folgten ihm auch die zur Lohnarbeit gewordene Arbeitskraft und endlich der bürgerliche Nationalstaat. Zu diesem grundlegenden ökonomischen Modus imperialer und imperialistischer Herrschaft tritt ein zweiter Aspekt: *die im Kapital-*

---

<sup>17</sup> Für Wood mutiert dieses nicht in einen kapitalistischen Imperialismus, sondern ist und bleibt imperialer Kapitalismus von Anfang an.

*lismus institutionalisierte Trennung zwischen Ökonomie und Politik heißt, dass der Raum der ökonomischen Macht des Kapitals jede politische oder militärische Macht bei weitem überschreiten kann; der Kapitalismus kann seine Macht mit rein ökonomischen Mitteln nach alleiniger Maßgabe des Wertgesetzes weit über seinen unmittelbar politische Machtraum ausdehnen. Während die alten Imperien politisch-militärisch herrschten, hielten die kapitalistischen Imperien vor allem mittels der Ökonomie ihre Herrschaft aufrecht. Da die ökonomische Macht früher von der direkten Wirksamkeit der politisch-militärischen Macht abhing, konnte sie deren Machtraum auch kaum überschreiten; im Kapitalismus und damit auch im kapitalistischen Imperialismus wird dies anders: es geht um die Ausdehnung der Gültigkeit des Raums des Wertgesetzes und um die konkurrenzvermittelte Expansion der kapitalistischen Gesellschaft. Dieser Sachverhalt macht ein *drittes*, weiteres grundlegendes Strukturmerkmal des klassischen Imperialismus und seiner imperialen Projekte erst möglich: die Unterscheidung zwischen „Zentrum“ und „Peripherie“, „Kern“ und „Rand“, „Innen“ und „Außen“, „Mitte“ und „Extreme“, „Metropole“ und „Land“ und die damit verknüpfte Eroberung von Territorien und die Beherrschung von Menschen in der Peripherie und die Konflikte zwischen den Staaten des Zentrums bzw. den Export von Kapital in die Peripherie und deren Ausplünderung und Ausbeutung durch das Zentrum, deren Grundlage die Trennung von Politik und Ökonomie und nicht deren unmittelbare Einheit ist. Diese Aspekte müssen festgehalten werden als nur im Kapitalismus hervorgebrachte Ursachen oder Grundlagen der Grundstruktur von Imperialität.*

## 4 Imperialität

Kommt diese Unterscheidung zwischen Zentrum und Peripherie auf eine wesentliche Weise ins Spiel, dann geht es um Imperialität, genauer: um Asymmetrie, Hierarchie und Ungleichheit. Imperien sind hierarchisch – was sie sicherlich mit anderen Ordnungen verbindet. Die einfache Frage ist zunächst, ob imperiale Hierarchien etwas Besonderes sind. Tatsächlich gruppieren imperiale Hierarchien Macht entlang geographischer Linien der Über- und Unterordnung und schaffen dabei eine Struktur, bei der die Beziehung zwischen Zentrum und peripheren Orten jene *zwischen* diesen Orten grundsätzlich *übertagt*.<sup>18</sup> In der Regel bezieht sich diese Verbindung auf militärische oder wirtschaftliche Dimensionen der Macht.

Welchen Charakter und „Inhalt“ hat diese Beziehung, die Ungleichheit begründet bzw. voraussetzt? Welche *soziale* Qualität besitzt also ein Empire - denn es ist ein Gebäude der Souveränität und der Mächtigen und nicht der Machtlosen? Imperien zeichnen sich gegenüber ihrer „inneren“ wie ihrer „äußeren“ Peripherie (Umwelt) durch starke Vorteile an Verfügung über Ressourcen [Kapital / Reichtum, Recht, Kultur, Gewalt] und daraus kommender Fähigkeit zur Aneignung (Einfluss) aus, der ihre Souveränität sowie lokale Wirksamkeit begründet und ein Verlassen des imperialen Raums (exit) verhindert. *Ungleichheit durch Aneignung* ist das zentrale Merkmal dieser Beziehung (vermittelt durch Zonierung, Segregation, Attraktion, Grenzmanagement etc.). Mit den Mitteln außerökonomischen Zwangs (z.B. Krieg) erstellen und sichern Imperien die Bedingungen und den Prozess der Aneignung (im Kern: den asymmetrischen Prozess der Kapitalakkumulation - aktuell mit dem Gewicht auf Akkumulation durch Enteignung) und finanzieren sich übrigens auch oftmals darüber („Tribut“). Zu dieser Frage nach der Qualität der zentralen *Strukturbeziehung* von Imperialität gehört auch eine Aussage über ihre *Reichweite*, also darüber, auf welche Felder, Gebiete oder Bereiche der Politik sie sich erstreckt. Und damit zusammen hängt auch die Frage, welche Eindringtiefe imperiale Politik hat (*Intrusion*), ein Problem, das im letzten Jahrhundert mit dem Konzept des Totalitären verbunden wurde. Oft findet sich die Unterscheidung zwischen imperial (Intervention in eine andere politische Einheit ohne sie tatsächlich strategisch oder operativ zu regieren), hegemonial (Setzen der Regeln) und kolonial (wirkliches Regieren der inneren Angelegenheiten eines untergeordneten politischen Gemeinwesens).<sup>19</sup>

---

<sup>18</sup> Colás, Empire, S.8 spricht sogar sehr streng von “the absence, indeed the structural impossibility, of independent relations among peripheral entities” und sieht nur im Bereich der Kultur eine Ausnahme, wo sich Hybridisierungspraxen allmählich zu einem Kranz um das Zentrum verflechten würden. Nach Cloás ist ein Empire “an expansive polity which, with the assistance of military, economic and cultural instruments of order, dominates and exploits a subordinated population from a metropolitan centre.” (S.18) Ähnlich auch Stephen Howe, Empire: A Very Short Introduction, Oxford 2002 S.14 und zahlreiche andere Autoren.

<sup>19</sup> S. Frederick Cooper: Modernizing Colonialism and the Limits of Empire, in: Items &

Wesentlicher in der Geschichte der Debatte über Imperien und Imperialität als die Frage nach der Struktur und Reichweite von Herrschaft war immer wieder die *Formfrage* und die Unterscheidung zwischen formeller und informeller (bzw. direkter und indirekter) Herrschaft. Lange wurde davon ausgegangen, dass eine *formelle* Kontrolle von *Territorien* jenseits der Grenzen eines Nationalstaates ein notwendiges oder ausreichendes Kriterium ist, um von einem Empire sprechen zu können. Mittlerweile werden allgemein differenzierte und *komplexe* Formen imperialer Herrschaft ins Auge gefasst, welche „both formal annexation and informal domination, direct political rule and indirect economic control“ miteinander verknüpfen.<sup>20</sup> In der Regel wird aber gleichwohl die Dominanz hierarchisch angelegter, *zwangausgestatteter direkter* über *indirekte* oder *informelle* Kontrolle durch Konsensorganisation als notwendiges Merkmal eines Empire angesehen, oder zumindest gilt die Formel in den Worten von Dominic Lieven „(that) there has to be some sort of direct rule over the dominion for a power to be classified as an empire“.<sup>21</sup> Im strengen Sinn aber haben auch die USA im Irak keine formelle Diktatur etabliert und ihre Politik macht vor jener annektierenden, kolonialistischen Praxis halt, welche die Bürger zu eigenen Untertanen macht und das Land auch formell annektiert. Auch sind ihre militärischen Basen und politischen Institutionen der Macht auf keiner eigenen, exklusiven Territorialsouveränität begründet. Dies ist eine gewichtige Differenz, denn sie zeigt, dass es hier nicht um die Aneignung eines Territoriums, sondern

---

Issues 4/2005 S. 2. Dieser Unterscheidung wird hier nicht gefolgt.

<sup>20</sup> Michael Cox: The Empire`s Back in Town: Or America`s Imperial Temptation – Again, in: Millenium 1/2003 S.21; demgegenüber die Definition von David Abernathy, wonach ein Empire eine „relationship of domination and subordination between one polity (called the metropole) and one or more territories (called colonies) [sei] that lie outside the metropole`s boundaries yet are claimed as its lawful possessions“, David Abernathy: The Dynamics of Global Dominance: European Overseas Empires 1415-1980, New Haven 2000 S. 19. Ähnlich auch John Agnew: Hegemony: The New Shape of Global Power, Philadelphia 2005, S.22: „Hegemony`s difference from empire, however, lies in (1) its lack of explicit commitment to the territorial or geographical - bloc organization of power per se and (2) its reliance, to some degree, on persuading or rewarding subordinates rather than immediately coercing them, although even empire as „absolute hegemony“ is never reliably achieved purely by coercive means.“ Ähnlich auch Maier, Among Empires, S. 24f.: „An empire in the classic sense is usually believed, first, to expand its control by conquest or coercion, and, second, to control the political loyalty of the territories it subjugates. It may rule these subject lands directly or it may install native leaders who will govern on its behalf.“

<sup>21</sup> Dominick Lieven: The Concept of Empire, [www.fathom.com/feature/122086](http://www.fathom.com/feature/122086). Er hält die USA nicht für ein Imperium. Aber: „Whether or not one chooses to define the United States or the Soviet Union as empires, their conflict was truly imperial.“ (zit. nach Pomper, History and Theory, S.3.)

um die *autoritative politische Ordnung des Raumes* geht – also um eine politische Praxis, die auf das zielt, was einst Carl Schmitt die „Großraumordnung“ genannt hatte und in deren Mittelpunkt für ihn die „*Raumhoheit*“ steht, welche die einst völkerrechtlich unstrittig fixierte „Gebietshoheit“ abgelöst hat. Raumhoheit hat zwar auch einen territorialen Bezug, ist aber eben nicht an den National- und Territorialstaat gebunden. Freilich gehen in der Debatte um informelle oder formelle (direkte oder indirekte) Herrschaftslogik<sup>22</sup> oft mehrere Unterscheidungen durcheinander. Zunächst geht es um eine grundsätzliche Unterscheidung: *es ist erstens wesentlich, als essentielle und genuine Figur kapitalistischer (und imperialistischer oder postimperialistischer) Herrschaft das grundlegende Zusammenspiel von formeller (z.B. direkter) politischer Herrschaft und informeller (indirekter) ökonomischer Kontrolle festzuhalten*. Während etwa die militärische Gewalt oder der rechtlich-normative Zwang für die formale und direkte Kontrolle zuständig waren und sind, realisiert die kapitalistische Ökonomie indirekt und informell Zwangs- und Herrschaftsverhältnisse – schließlich ist, um nur das grundlegende genuin kapitalistische Herrschaftsverhältnis zu nennen - der Produzent aufgrund seiner Situation der Eigentumslosigkeit gezwungen, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Informelle Imperialität bezieht sich dann auf den indirekten Zwang durch die Ökonomie bzw. den Markt, der in der Trennung des Produzenten von seinen Produktionsmitteln gründet und durch die Trennung von Ökonomie und Politik überhaupt erst ermöglicht wird. Der „*imperialismus of free trade*“, den erstmals die Historiker Robinson und Gallagher dem britischen Empire des 19. Jahrhunderts in Teilen Chinas, Ägypten oder dem Ottomanischen Reich zugeschrieben, gilt als erste (und später überwundene oder marginalisierte) Form eines informellen Empire.<sup>23</sup> Sie gingen dabei davon aus, dass ein informelles Empire die präferierte imperialistische Form sei: „British policy followed the principle of extending control informally if possible and formally if necessary. (...) The usual summing up of the policy of the free trade empire as 'trade not rule' should read 'trade with informal control if possible; trade with rule when necessary'...[b]y informal means if possible, or by formal annexations when necessary.“<sup>24</sup> Großbritannien entwickelte diese informelle Imperialität jenseits des von ihm unmittelbar administrierten Felds, wo informelle Mittel ökonomischer Kontrolle wirksam wurden. Die Ergebnisse „informeller“ ökonomischer Ausbeutungspraxis wiederum provozierten

<sup>22</sup> S. Véronique Dimier: Direct or Indirect Rule: Propaganda around a Scientific Controversy, in: Tony Chafer, Amanda Sackur (Hg.): Promoting the Colonial Idea: Propaganda and Visions of Empire in France, New York und Hampshire 2002.

<sup>23</sup> John Gallagher, Ronald Robinson: 'The Imperialism of Free Trade' in: The Economic History Review 1/1953. Sie bezogen sich auf die Zeit etwa zwischen 1840 und 1860. In der nicht nur im orthodoxen Marxismus gängigen Gegenüberstellung vom "Kapitalismus der freien Konkurrenz" und "Monopolkapitalismus" (=Imperialismus) ging diese frühe Figur der informellen Imperialität verloren. Dazu W.R.Louis (Hg.): Imperialism: the Robinson and Gallagher Controversy, New York 1976. Louis sah in der Politik der USA in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts eine Rückkehr des Imperialismus zu seinem ursprünglichen viktorianischen Design.

<sup>24</sup> Robinson, Gallagher, Imperialism, S. 13, S.3.



ten militärische, also politische Intervention und den Aufbau von Strukturen formeller politischer Herrschaft. Die Ursachen des Wechsels von informellem zu dominant formellem Empire sahen Robinson / Gallagher im Unterschied zu anderen Historikern des Britischen Empire primär in der Peripherie, in den kolonialen Revolten also, die zu territorialen Annexionen führten und in der Rivalität der europäischen Mächte untereinander, die aus Gründen raumpolitischer strategischer Kalküle zur Errichtung formeller Regimes führten. Mit ihrer Studie von 1953 begründeten sie eine neue und bis heute nicht abgeschlossene Auseinandersetzung um die Frage, ob nicht aus den inneren Widersprüchen informeller Imperialität eine letztlich zwingende Transformationstendenz in Richtung auf eine formelles Empire resultiert.<sup>25</sup>

*Zweitens* bezieht sich die in der historischen und politikwissenschaftlichen Debatte verbreitete Unterscheidung „formell“ versus „informell“ (die der Historiker Fay eingeführt hatte<sup>26</sup>) demgegenüber zunächst auf die Kategorie des Staates und die Existenz territorialer Grenzziehungen – werden diese Grenzen relativiert (also zum Beispiel durch andere Ressourcen und Formen der Herrschaftsausübung „überschrieben“ bzw. substituiert) und wird auf eine Inkorporierung in eine staatliche Konstruktion verzichtet, dann nimmt Herrschaft eine informelle Natur an. Einfach formuliert: es sind zunächst Rechtsformen (z.B. Verträge), welche den Sachverhalt des Formellen begründen. Insofern ist festzuhalten, dass die „westliche Allianz“, die nach dem zweiten Weltkrieg entstand, in Verträgen formalisiert wurde und es bereits insofern falsch wäre, diese Struktur als ausschließlich „informell“ zu bezeichnen. Was unter Informalität zu verstehen ist, erschließt sich für manche Autoren endlich *drittens* aus einer weiteren Unterscheidung: jener zwischen „direkt“ und „indirekt“. Joachim Hirsch schreibt zum Imperialismus: „Bei der äußeren Expansion können grundsätzlich zwei Formen, nämlich formelle und informelle unterschieden werden. Formelle Expansion beruht auf der direkten militärischen Unterwerfung und Kontrolle von Territorien, typisch im Fall des Kolonialismus. Informelle Expansion dagegen findet dann statt, wenn dominierende Mächte die Staaten und Regierungen ihres Einflussgebiets dazu zwingen können, sich so zu verhalten, dass der Expansion des Kapitals keine Hindernisse entgegengesetzt werden... Auch informelle Expansion setzt die Verfügung über militärische Gewaltpotentiale voraus, die aber in der Regel nicht zu territorialen Eroberungen, sondern dazu benutzt werden, formell selbständige Regierungen zu einer geeigneten Politik zu

---

<sup>25</sup> In seiner Analyse des Empire prognostizierte etwa Niall Ferguson dementsprechend: „The hypothesis, in other words, is a step in the direction of political globalization, with the United States shifting from informal to formal empire much as late Victorian Britain once did... As we have seen, its empire began as a network of coastal bases and informal spheres of influence, much like the post-1945 American 'empire'. But real and perceived threats to their commercial interests constantly tempted the British to progress from informal to formal imperialism“, s. Ferguson, *Empire*, S.368. Auch in den postkolonialen Studien wird dies aufgegriffen.

<sup>26</sup> Charles Ray Fay: *Cambridge History of the British Empire*, Bd.2, Cambridge 1940 S.399.

veranlassen.“<sup>27</sup>

Doch macht es überhaupt Sinn, den Begriff „Empire“ an ein Staatsverständnis zu binden, das mit dem Gedanken der territorialen Souveränität mit klaren Grenzziehungen zwischen „innen“ und „außen“ verknüpft ist – ist vielmehr nicht gerade das *Fehlen solcher eindeutiger Grenzziehungen* ein das Imperiale substantiell auszeichnendes Merkmal? Die heutige imperiale Peripherie unterscheidet sich von jener des klassischen Imperialismus: imperiale Formationen produzieren und managen im Raum *disparate Zonen abgestufter Souveränität und unbestimmter Rechte der Menschen, die fluid sich verdichten, wieder auflösen und neu bilden* und deren elastisches Wirkungsfeld keineswegs in nationalstaatliche Grenzziehungen eingespannt ist. Dies ist das deutliche Hervortreten einer alten, konstitutiven Eigenschaft von Imperien: sie haben keine *permanenten und ausschließenden Grenzen*. Ihre Beweglichkeit und Plastizität wird gesichert durch die kontinuierliche Praxis der *Ausnahme*. Denn letztlich verstehen sich imperiale Projekte als grenzenlos. Maßlosigkeit ist ihr einziges Maß. Logiken der Ausdehnung und Aneignung sind ihnen eigen, gleichgültig welche Machtbasis sie haben. Imperien haben zwar Grenzen, aber keine Demarkationslinien wie der Territorialstaat, nach dem die gegenwärtig so zweihundert Nationalstaaten gebaut sind, denn sie haben als Wille, Vorstellung und Versuch kein Ende. Die immer wieder neue Arbeit an Unterscheidungen zwischen Innen und Außen, Zivilisiertheit und Barbarei, Zugehörigkeit und Ausschluss mitsamt den dazugehörigen Bemühungen durch Krieg, Recht, Ökonomie und Kultur sie durchzusetzen, welche die Geschichte der imperialen Projekte immer begleitet, zeigt diesen ständigen Impuls der Ausdehnung und Auslöschung der veralteten Unterscheidungen. Bei der dunklen Seite des amerikanischen Exzeptionalismus etwa geht es nicht nur um den rhetorischen und diskursiven Apparat der Imperialität – es geht um die aktive *Produktion* wirklicher Ausnahmen und Ausschlüsse im imperialen Inneren, seinen Grenzräumen und jenseits davon.<sup>28</sup> Die Konzeption des imperialen politischen Raums ist dynamisch und unaufhebbar widersprüchlich. Imperien beherrschen nicht Territorien, sondern Menschen.

---

<sup>27</sup> Joachim Hirsch: Was ist eigentlich Imperialismus? In: [www.links-netz.de/T\\_texte/T\\_hirsch\\_imperialismus.html](http://www.links-netz.de/T_texte/T_hirsch_imperialismus.html) 3/2004. Ebenso ders., Imperialismus oder Staatengemeinschaft? Überlegungen zum transatlantischen Verhältnis, in: Alexander Badziura u.a. (Hg.): Hegemonie – Krise – Krieg, Hamburg 2005 S. 46. So auch Deepak Lal, An Imperial Denial, in: Yale Global v.6.1.2005: "Imperial control can be exercised directly or indirectly: The British Raj in India (as well as the Roman empire) combined approaches, directly administering only part of its territory, and managing the rest under local princes overseen by British political officers. Today, the United States maintains or seeks an indirect empire in large parts of the world."

<sup>28</sup> Vgl. Ann Laura Stoler, David Bond: Refractions Off Empire: Untimely Comparisons in Harsh Times, in: Radical History Review 95 (2005) S.93-107 sowie diess., Degrees of Imperial Sovereignty, in: Public Culture 1/2006 S.117-39, und auch Colás, Empire, S.20f.: "the distinction between empire and nation-state can be sustained on the basis of their different organizations of political space – the one amenable to open frontiers, the other incapable of surviving without fixed and exclusive borders (...) what made Britain and Spain empires as opposed to merely national states were precisely that they were willing to recognize territorial borders in Europe while seeking to extend their imperial frontier overseas."

Im übrigen setzen Imperien immer deutliche *moralpolitische* (und dabei oft auch angesichts ihrer Selbstverortung in der Zeit als langfristige Projekte manichäische) Unterscheidungen: sie sind „gute“ („benign“) Unternehmungen und legen deshalb deutlich fest, wo Grenzen zu ziehen sind: gegenüber dem „Außen“ oder dem „Bösen“, dessen Entstehung oder Entwicklung (z.B. zum Hegemonialkonkurrenten) es ggf. auch durch massive Intervention zu verhindern gelte. Es gibt gegenwärtig weit verbreitete Legitimationen starker imperialer Politik und deren neuer Freude an polizeilich-militärischer Intervention: es gehe um globale Sicherheit (z.B. Massenvernichtungswaffen, Terrorismus), um übergreifende Menschheitsinteressen (z.B. Umweltschutz, Freiheit) und um Verbote (z.B. Genozid). Sie überschreiben gleichsam die Sichtbarkeit der alten Praxis imperialer Legitimationen, die auf der Basis ökonomischer Asymmetrie und politisch-sozialer Ungleichheit eine *Kultur* der eigenen Superiorität, der Aberkennungspolitiken und der Respektversagung stark machten und zugleich aber als eigene *Leistung* das Management der globalen Akkumulation, Zugang zu ihr und deren politisch-militärische Sicherung, zu stabilen Zukunftsperspektiven, endlich auch zu einer bestimmten zivilisatorischen Moral und einer zumeist differenzierten Kultur boten<sup>29</sup> - und noch bieten. Superiorität, wie sie im übrigen hier gefasst wird, ist nun aber nichts anderes als ein Ausdruck einer bestimmten, eben *bürgerlich-imperialen* Form von *Souveränität*. Der Boden dieser Kultur ist der einfache Zuschnitt dieser Unterscheidungen zwischen „Oben“ und „Unten“, „Besser“ und „Schlechter“, „Innen“ und „Außen“ durch rassistische oder ethnografische Zuschreibungen, durch welche, um mit David Theo Goldberg zu sprechen, „existing principles of gradation into new doctrines of degradation“ transformiert werden<sup>30</sup>. Diese langen Traditionen der Rechtfertigung imperialer Interventionen haben weiter eine große alltagskulturelle Macht und sind keineswegs versiegt.

Neben diesen Imperialität kennzeichnenden Aspekten der *Struktur, Aneignung, Komplexität der Herrschaftsmethodik, dem Fehlen klarer Grenzziehungen und der Moralpolitik* sind weitere Eigenheiten zu nennen, die imperiale Projekte auszeichnen. Es geht um *Größe, Expansion, die System/Umwelt-Beziehung* sowie um den Charakter der *Arenen*, in denen Imperien überhaupt spielen können.

Imperien müssen heute aus ressourcenpolitischen Gründen eine territoriale Basis haben, die sich (im Unterschied etwa zu den einstigen Handelsimperien Holland oder Spanien) durch *Größe* auszeichnet. Für „kleine“ politische Subjekte ist kein ausreichender Zugriff auf Ressourcen gegeben. Weiter ist die *Bewegung des Raumes*, nicht nur als Ausprägung einer Zentrum – Peripherie - Beziehung, sondern als *Expansion* ein

---

<sup>29</sup> S. Steven D. Williams: Tracking the New World Order, in: space & culture 2/2002 S.158.

<sup>30</sup> Colás, Empire, S.118.

grundsätzliches und bestimmendes Schlüsselmerkmal von Imperialität. Expansivität im einfachen Sinne von Ausweitung und zugleich Vertiefung gehört zum Wesen des imperialen Projekts. Imperien sind nicht, sie werden. Sie streben Sicherheitsgewinn und Machtzuwachs durch Expansivität an, welche die Wurzel ihrer Prekarität und Spannung, des ständigen Streits zwischen Machtkonzentration im Zentrum und Zerstreuung der Macht zur Sicherung der Expansion und neuer Grenzüberschreitung ist. Das andauernde Ineinanderspiel von Deterritorialisierung und Reterritorialisierung, von Exklusion und Inklusion ist die oft unmerkliche (!) Bewegungsform von Imperialität. Und zu dieser Unterscheidung zwischen „Zentrum“ und „Peripherie“ gehört auch eine weitere Differenzierung zwingend hinzu: jene zwischen einem „Empire“ und dem „Nicht-Empire“, also zwischen „innen“ und „außen“, zwischen Zentrum+Peripherie und dem, was hier als jenseits dieser Peripherie gedacht wird, wo also Peripherie nicht mehr als Bestandteil des imperialen „Systems“ begriffen wird, sondern jenseits davon existiert, ein „Außen“ und ein „Anderes“ ist – eine Unterscheidung, die an Bedeutung gewinnt, wie Charles Meier betont: „Empires claim universality but accentuate *divisions between inclusion and exclusion*, both on a world scale and within their own borders. Consider these external and internal effects in turn. (...) A major consequence of this preoccupation with the frontier has been a new political agenda. The salient issues today have shifted from the controversies over distribution that troubled the politics of the West... They have become questions of citizenship, residence, and belonging: who will be in and who will be outside our polities, and what intermediate rights—such as employment, welfare entitlements, and local suffrage—they might be granted. (...) These *issues of inclusion and exclusion, belonging and estrangement, the peace of empire and the violence it generates* despite its efforts, is what twenty-first-century politics, certainly since September 11, is increasingly about.”<sup>31</sup> Imperien kombinieren die Einheit der illusionären imperialen Gemeinschaft mit innerer Vielfalt (als Opposition der Vielfalt der Peripherie (Kolonien, Protektorate, koloniale Mandate, Departments, föderale Gemeinwesen usw.) gegenüber der Homogenität des oftmals bürokratischen Zentrums oder als inneres Beziehungsgefüge eines multiethnischen oder multinationalen Staatsvolks).<sup>32</sup> Die imperiale Konstruktion thematisiert somit zwingend das Verhältnis von *Vielfalt* und *Einheit*, *Exklusion* oder *Inklusion* (Integration), auch von „*Zivilisation*“ und „*Barbarei*“. Dominanz durch *Assimilation*, *Extinktion* wie *Exklusion*

---

<sup>31</sup> An American Empire? In: Harvard-Magazine 2 / 2002. Hervorhebung RR.

<sup>32</sup> Vgl. etwa die Bestimmungen des Empire durch Jack Donnelly: Sovereign Inequalities and Hierarchy in Anarchy: American Power and International Society, in: European Journal of International Relations 2/2006: „...an extensive polity incorporating diverse, previously independent units, ruled by a dominant central polity“; von Dominic Lieven: „rule without consent over many, culturally alien peoples is part of empire’s definition“ (Dominic Lieven: Empire’s Place in International Relations, Konferenzpapier Genf 2003 S.2) oder von Agnew, Hegemony, S.21, der schreibt: „It is the unification of multiple peoples under a single ruler that is the main distinguishing feature of empires.“ Gemeint sind hier nicht „Staatsvölker“!

gehört wohl durchgängig zur politischen und kulturellen Historie des imperialen Projekts. Die Formen, in denen sich diese Widerspruchsbewegung realisiert, sind vielfältig, doch immer finden sich Zusammenbinden und Differenzierung, Stabilität und Erschütterung, Einschluss und Verlagerung, Überwältigung und Widerstand zugleich. Die Zentren oder der Kern der Imperien sind also äußerst komplexe und extensiv gebaute Regierungs- und Machteinrichtungen; ihre Fähigkeit, eben auch krass heterogene Elemente zu integrieren, zeichnen sie aus. Sie können *Diversity Management*. Dabei verläuft die imperiale Struktur nicht zwischen Staaten, sondern zwischen den Zentralakteuren imperialer Macht, intermediären Akteuren und ihren Gefolgschaften. Solche intermediären Akteure der Praxen existierten lange bevor einst ein *Lord Lugard* das alles dann „indirekte Herrschaft“ nannte. Doch sie sind dabei kaum noch als Kompradoren, externalisierte Teile einer imperialen Bürokratie oder inthronisierte Machthaber zu denken – solchen Figuren fehlt vertrauensschaffende Autonomie. Gefragt sind vielmehr Broker und Mediatoren, welche die Klagen imperialer Macht verborgen halten. Auch ihre Funktion ist eine andere, erinnert man sich an einen Grundsachverhalt, den Colas zu Recht betont: „Indeed, empires can be said to control territories through their command over people – be they colonial settlers or vassal subjects – whereas sovereign states control people thorough their command over bounded territories.”<sup>33</sup> Und wo, wie seit geraumer Zeit, „regime change“ und „state-building“ das Ziel haben, bereits existierende politische Gemeinschaften zu rekonstruieren und keineswegs Staatenbildung von Grund auf betrieben wird, da sind solche Akteure wesentlicher denn je, die zudem oftmals Wertmaximieren des Nationalismus und der Selbstbestimmung folgen.

Es hängt aber vor allem vom Charakter der *Arena* ab, ob ein Spieler imperialen Zuschnitt bekommt: Imperien haben hiernach im Unterschied zu anderen Akteuren immer einen Bezug zu „Welt“. Es geht um *Weltordnung*: „Empires are in the business of producing world order”.<sup>34</sup> „Welt“ selbst nun ist natürlich ein historisches Konstrukt und fällt erst seit dem letzten Jahrhundert mit der Realdimension des „Planeten“ zusammen. Zur Bestimmung des Imperialen gehört also nicht nur eine *economics of scale* der Ressourcenmobilisierung, sondern auch die Absicht und die wirkliche Fähigkeit zur Welt-Ordnung, also ein *Transformationsanspruch*, der auf eine neue Geographie des Globalen zielt. Daher also die besondere Gegenwartsqualität des American Empire: “this is the first truly worldwide empire”.<sup>35</sup> Da Imperien seit der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts durch eine globale Reichweite („reach“) und daher durch die Fähigkeit zur globalen Projektion von Macht ausgezeichnet sind, wird

---

<sup>33</sup> Colás, Empire, S.63.

<sup>34</sup> Charles Maier: An American Empire? In: Harvard-Magazine 2 / 2002.

<sup>35</sup> Pierre Hassner: The United States: the empire of force or the force of empire? Chaillot Papers Nr.54, Paris September 2002.

„grenzenlose“ (Hannah Arendt) Expansion von Macht und Eigentum, also Geopolitik das zwingende Thema aller imperialen Projekte. Imperien besitzen die Fähigkeit zur „Verdichtung“ und Zonierung des Raums vom Zentrum aus und zur Reproduktion der ungleichen Verteilung von Ressourcen und Aktivitäten im Raum; das Problem des „Overstretch“ – der „Überdehnung der Macht“ ist daher ein genuin imperiales Problem und die Fähigkeit und Ambition, Weltordnung zu bilden die Potenz, welche Imperien von anderen Ordnungen unterscheidet. *Gegenwärtig sind die USA der einzige Nationalstaat, der in diesem Sinne ein imperiales, also auf Weltordnung nach ihrem Maß zielendes Projekt verfolgt.*

Die Qualitäten, welche eine imperiale Unternehmung ausmachen, haben unterschiedliches Gewicht und jedes dieser Merkmale für sich genommen findet sich auch in anderen Kapitalismusvarianten und Nationalstaaten: Imperien und (große) Nationalstaaten trennt keine chinesische Mauer, diese haben vielmehr historisch jene vermittelt.

Merkmal	Imperiale Projekte...
Raum	... haben eine territoriale Basis, die sich durch <i>Größe</i> auszeichnet und (seit der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts) durch eine <i>globale Reichweite</i> („ <i>reach</i> “ / Machtprojektion), wodurch „ <i>limitless</i> “ (Arendt) <i>Expansion</i> von <i>Macht</i> und <i>Eigentum</i> , heute also <i>globale Geopolitik</i> und Geoökonomie das zwingende Thema jedes imperialen Projekts wird („ <i>producing world order</i> “). Imperialität meint die Stellung zur Welt und ihrer herrschaftlichen Gestaltung. Imperiale Projekte zielen daher heute auf Herrschaft über Menschen durch materielle Raumkontrolle, nicht mehr auf territoriale Aneignung durch koloniale Okkupation oder staatsrechtliche Einverleibung, operieren herrschaftspolitisch also <i>durch</i> und nicht <i>über</i> Staaten; sie besitzen die Fähigkeit zur „Verdichtung“ und Zonierung des Raums vom Zentrum aus und zur Reproduktion der ungleichen Verteilung von Ressourcen und Aktivitäten im Raum; das Problem des „ <i>Overstretch</i> “ – der „Überdehnung der Macht“ ist ein genuin imperiales Problem
Zeit	... unterlegen ihrer Politik zumeist sehr <i>langfristige Zeitkalküle</i> („1000 Jahre“ oder gleich: „ <i>ewig</i> “) und sind, einmal etabliert, in aller Regel nachhaltige, konsistente und relativ stabile Unternehmen
Umwelt	... zeichnen sich gegenüber ihrer Umwelt durch starke Vorteile an Verfügung über <i>Ressourcen</i> [Kapital / Reichtum, Kultur, Macht] und daraus kommender Fähigkeit zur <i>Aneignung</i> (-> <i>Einfluß</i> , <i>Verfügung</i> , <i>Nutzung</i> ) aus, der ihre <i>Souveränität</i> sowie lokale Wirksamkeit begründet und ein <i>Verlassen</i> des imperialen Raums ( <i>exit</i> ) verhindert [dagegen ist <i>voice</i> durchaus zugelassen]; sie operieren daher grundlegend in hierarchischen und nicht „anarchischen“ Beziehungen; im Unterschied zu anderen politischen Gemeinwesen betreiben sie die Maximierung ihrer Macht nicht nur durch Ausbau ihrer internen Ressourcen („Selbsthilfe“), sondern auch durch Nutzung externer Ressourcen; <i>Ungleichheit</i> durch <i>Aneignung</i> ist daher das zentrale Merkmal dieser Beziehung (z.B. durch Plünderung, strukturelle Ausbeutung, Zonierung, Segregation, Attraktion, Grenzmanagement etc.) , welche dann die Grundlage dafür ist, dass sie als Imperien (und nicht nur als große Nationalstaaten) gelabelt werden. Große Nationalstaaten wie Indien oder Indonesien gelten daher nicht als Imperien, wogegen Russland sein Stigma eines Empire noch behalten hat. Als strukturell expansive Projekte sind sie „unberechenbar“ – ihre Grenzen sind fluid
Kontrolle	... sind daher zuvorderst nicht auf Kooperation, sondern auf Kontrolle aus und in stände a) nicht nur die <i>Außenpolitik</i> , sondern auch Bereiche der <i>inneren</i> Beziehungen anderer Staaten zu kontrollieren b) eine <i>hierarchisierte zwischenstaatliche</i> Ordnung zu schaffen bzw. zu kontrollieren c) <i>nichtstaatliche Grenzen</i> zu konstruieren und zu managen; sie schränken daher zielgerichtet, routiniert und systematisch die <i>Souveränität</i> eines untergeordneten politischen Gemeinwesens ein – im (seltenen) Extremfall bis zur Aufhebung durch Okkupation oder Annexion – und hebeln damit dessen Entscheidungshoheit und Wahlfreiheit weitgehend aus, ohne allerdings auf die Produktion von Legitimität zu verzichten
Mittel	... können im politischen Raum sehr unterschiedliche Machtressourcen mobilisieren (Kapital, Recht, Kultur, Gewalt) und <i>direkte / formelle</i> als auch <i>indirekte / informelle</i> („ <i>Penetration</i> “) Mittel in der Regel „ <i>cäsaristisch</i> “ (autokratisch, undemokratisch) und mit einem signifikanten Einsatz von <i>Zwang</i> und sichtbarer institutioneller Macht einsetzen, um durch offensive Mobilisierung, Organisation und Maximierung politische Ziele (z.B. auch defensiver Art wie „Sicherheit“) zu erreichen; ihr

	Handlungsspektrum schließt aber auch Integration durch limitierte Partizipation ein
Subjekt	... haben <i>staatszentrierte</i> komplexe Subjekte der Macht mit hoher sozialer, raum-zeitlicher Dichte und operieren über institutionell gesicherte Zugangspunkte und teilsouveräne, strukturell abhängige intermediäre Akteure; sie sind inkorporierende wie differenzierende Einheiten
Inhalt	... reproduzieren mit den Mitteln außerökonomischen Zwangs die Bedingungen und den Prozess der Aneignung (gegenwärtig im Kern vor allem den asymmetrischen Prozess der <i>Kapitalakkumulation</i> - aktuell mit dem Gewicht auf <i>Akkumulation durch Enteignung</i> ) und finanzieren sich übrigens auch darüber („ <i>Tribut</i> “)
Moral	... setzen immer deutliche <i>moralpolitische</i> (und dabei oft auch angesichts ihrer Selbstverortung in der Zeit manichäische) Unterscheidungen: sie sind „gute“ („benign“) Unternehmungen und legen deutlich fest, wo <i>Grenzen</i> zu ziehen sind: gegenüber dem „Außen“ oder dem „Bösen“
Kultur	... pflegen auf der Basis ökonomischer Asymmetrie und politisch-sozialer Ungleichheit eigene <i>Superiorität</i> , <i>Aberkennungspolitik</i> und <i>Respektversagung</i>
Leistung	... und bieten das Management der globalen Akkumulation, Zugang zu ihr und deren Sicherung, rechtliche Arrangements, weltanschauliche Perspektive und Moral, die somit eine Grundlage von Legitimität imperialer Projekte werden.



## 5 American Empire

Indem die USA das Muster indirekter Einflussnahme und informeller Durchdringung anderer Staaten und Mächte zum zentralen Merkmal einer modernen imperialen Ordnung entwickelt haben, schrieben sie ihre Geschichte als Geschichte einer Expansion, die *vier* große Konstellationen durchlief.

Im Zentrum der *ersten* Konstellation stand die Zeit der inneren Landnahme des amerikanischen Kontinents, welche politische Mission („Freiheit“), geopolitische Aspiration (kontinentale – nicht koloniale! - Expansion) und *land grabbing* eng verknüpfte. In einer einzigen Generation okkupierten die unabhängig gewordenen Amerikaner mehr Land auf „ihrem“ Kontinent als in der gesamten Zeit des britischen Empire von diesem angeeignet wurde.<sup>36</sup> Diese Eroberung des kontinentalen Westens („forward west!“) war durchaus ein funktionales Substitut der imperial-kolonialen Eroberungen Europas oder des zaristischen Russland; sie war rassistisch und gewalttätig, ignorierte die Ansprüche der Bewohner, praktizierte Völkermord und marginalisierte letztlich die indigenen Völker radikal. Die USA betrieben ebenso wie andere klassische Territorialimperien auch das Geschäft des *land grabbing*, der Aneignung von Land: es gibt die USA, weil sie im 19. Jahrhundert durch Kauf (von Frankreich und Russland), militärische Eroberung (Spanien und Mexiko), Vertrag (mit England) und Raub wie Ausrottung (von drei Millionen Eingeborenen) sich das Land aneignete, aus dem sie heute größtenteils besteht, weil sie die Sklavenarbeit vor allem aus der schwarzen Bevölkerung ausbeutete, in großem Maßstab Naturschätze extrahieren konnte und von der Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte zehrte. Nicht wenige Beobachter haben dies als „inneren Kolonialismus“ charakterisiert. Gareth Stedman Jones hat auf diesen Grundsachverhalt verwiesen: „American historians who speak complacently of the absence of the settler-type colonialism characteristic of the European powers merely conceal the fact that the whole *internal* history of United States imperialism was one vast process of territorial seizure and occupation. The absence of territorialism „abroad“ was grounded on an unprecedented territorialism „at home“.“<sup>37</sup> Dabei gelang es den USA, eine weitgehend kohärente Bevölkerung zusammenzuschmieden – durchaus im Unterschied zum britischen Empire oder dem zaristischen Imperium. Diese Integrationsleistung ist einer der

---

<sup>36</sup> S. Porter, *Empire and superempire*, S.65 sowie S. Linda Colley: *The difficulties of empire: present, past and future*, in: *Historical Research* 205 (2006) S.371.

<sup>37</sup> Gareth Stedman Jones: *The History of US Imperialism*, in: Robin Blackburn (Hg.): *Ideology in Social Science: Readings in Critical Social Theory*, New York 1972 S. 216f.; Francis Jennings: *The Creation of America: Through Revolution to Empire*, Cambridge 2000. Der Neokonservative Robert D. Kaplan hat in seinem Buch *„Warrior Politics“* (New York 2002, S. 130) vermerkt: der Krieg gegen Mexiko Mitte des vorletzten Jahrhunderts „was probably unjust – motivated as it was by sheer territorial aggression. But it was worth fighting: the United States acquired Texas and the entire Southwest, including California.“

wesentlichen Gründe für den dann folgenden Aufstieg des Landes. Es entstand eine kontinentale Ökonomie. Der US-amerikanische Industriekapitalismus entwickelte sich zunächst im größten Binnenmarkt der Welt, der territoriale Aneignungen jenseits Nordamerikas völlig unnötig machte. Die USA waren in diesem Sinne schon ein *Territorialimperium* – ein Aspekt, der in der gängigen Rede ignoriert wird, welche eine Zuordnung des Begriffs Empire auf die USA schon allein deshalb ablehnt, weil diese kein territorial-koloniales Projekt entfalteten, wie es für die Imperien der Vergangenheit wie denen Roms, Griechenlands, Spaniens, der Ottomanen, Russlands, Englands oder Frankreichs charakteristisch war. Von Imperium wurde daher damals nicht sonderlich gesprochen – *aber in der Geschichte der USA waren die Bildung der Nation und die Bildung eines Empires eng miteinander verknüpft*, wie Amy Kaplan argumentiert<sup>38</sup>. Mit der Wahl von McKinley (1896) und seiner „Business Coalition“ etablierte sich dann auch, was Peter Gowan die „Business Democracy“ genannt hat<sup>39</sup>. Der Prozess der Konzentration und Zentralisation von Kapital erreichte real zwischen 1896 und 1910 eine Größenordnung, die in den vergleichbaren Wellen den 20er, 60er und 80er Jahre nicht mehr erreicht wurde. 1905 kontrollierten 300 Unternehmen rund zwei Fünftel des Produktivkapitals. Die neue *market society* war eng gekoppelt an die ersten Muster des neuen *Konsumkapitalismus*, es entstand eine *Marktgesellschaft* – beides substantielle, originelle und bis heute zentrale ordnungspolitische Innovationen. Die USA wurden auf der Grundlage dieser massiven geographischen Machtbasis und der Demobilisierung der anderen Klassen um die Jahrhundertwende eine große Macht „more or less without a formal empire.“<sup>40</sup> Sie waren auf dem Spielfeld globaler Akteure angekommen, aber noch weit davon entfernt, es dominieren zu können. Gegenüber dem hegemonialen britischen *Territorial-* bzw. *Kolonialimperium* wies das „*Kontinentalimperium*“ der „Vereinigten Staaten“ aber den zukunftsweisenden großen Vorteil der regionalen Konzentration und politisch-ökonomischen Integration auf. Ihre weiße Bevölkerung hatte seit den 1870ern in vielfacher Hinsicht einen höheren Lebensstandard als die Einwohner Europas – erst der Aufbau des Sozialstaats in Europa änderte dies allmählich. Auch in dritter und noch grundlegenderer Hinsicht war der Kapitalismus, der in den USA entstand, von Beginn an etwas Besonderes: er förderte in Sonderheit solche politischen Formen, die in der Zivilgesellschaft private, marktwirtschaftliche Elemente und Kulturen unterstützten und begrenzte daher bereits konstitutionell die Reichweite staatlichen Handelns, wie Polanyi schreibt: „The American Constitution

---

<sup>38</sup> Amy Kaplan: *The Anarchy of Empire in the Making of US Culture*, Cambridge 2002. Wesentlicher noch der Zusammenhang von Staatskonstitution und der Formierung kontinentaler Imperialität – letztere schloss eben ein, dass die unterworfenen Indigenen in ein System rechtlicher, politischer, ökonomischer und kultureller Diskriminierung eingeschlossen wurden. Diese Struktur der Ungleichheit steht für Imperialität, auch wenn Gleichheit und Bürgerschaft im Rahmen des neuen Nationalstaats formell etabliert wurden.

<sup>39</sup> Peter Gowan: *Triumphing toward International Disaster: The Impasse in American Grand Strategy*, in: *Critical Asian Studies* 1/2004 S.3-36.

<sup>40</sup> Bromley, *Reflections on Empire*, S.19.

...isolated the economic sphere entirely from the jurisdiction of the Constitution, put private property thereby under the highest conceivable protection, and created the only legally grounded market society in the world. In spite of universal suffrage, American voters were powerless against owners.”<sup>41</sup> Insofern ist es also sinnvoll, von einer spezifischen Entwicklung in den USA zu sprechen – sie gehört jedoch zunächst durchaus zum Grundtypus des *Territorialimperiums*, welcher tatsächlich bis heute die populäre und oft auch die wissenschaftliche Vorstellung vom „Empire“ prägt. Territorialimperiale Ordnungen waren<sup>42</sup>: a) klassische Landimperien wie Rom b) expansionistische Nationalstaaten wie die USA in der Phase ihrer kontinentalen Ausdehnung, dann aber auch Deutschland oder Russland / Sowjetunion c) der frühe Kolonialismus etwa Spaniens oder Portugals im 17. Jahrhundert und d) der moderne Kolonialismus des vorletzten und letzten Jahrhunderts, welcher zumeist (aber nicht nur) auf „Akkumulation durch Enteignung“ (Harvey) aus war und mit Besetzung, Annexion und einem aparten Apparat der Kolonialpolitik und -administration operierte, der auf massiver struktureller Diskriminierung der Kolonisierten aufbaute. Das modern-koloniale Territorialimperium (d), dessen paradigmatische Pionierform das britische Empire war und die expansionistischen Staaten (b) unterschieden sich von den anderen genannten Territorialimperien durch einen einfachen Fakt: sie waren kapitalistisch verfasst.

Territorialpolitisch entwickelte sich jedoch Ende des vorletzten Jahrhunderts mit der Schließung der kontinentalen wie globalen Grenzen für die herrschende Klasse in den USA eine grundsätzliche Problemsituation, aus deren Lösung eine zweite Konstellation entstand. Die innere Landnahme war beendet, eine äußere Landnahme jedoch riskant, wenn nicht unmöglich. Wie also eine kapitalistische Ausdehnung fortsetzen, die nicht bloß ökonomisch geboten war, sondern auch stark ideenpolitisch begleitet wurde durch die Idee der sich unaufhörlich ausdehnenden Grenze und den Gedanken des gottgegebenen amerikanischen Exzeptionalismus? Der amerikanische Kapitalismus hatte bereits begonnen, seinen europäischen Konkurrenten England ökonomisch hinter sich zu lassen und positionierte sich nur noch gegen Deutschland. Im Zusammenhang mit den überseeischen Eroberungen der USA (Guam, Hawaii, Puerto Rico, Kuba, Philippinen) war zwar vom Empire die Rede - eine Rosa Luxemburg sprach davon, dass die Vereinigten Staaten mit der Eroberung der Philippinen aufhörten, „eine bloß amerikanische Macht zu sein, sie sind zu einer Weltmacht geworden“ - doch gleichwohl hatten die USA keine externe territoriale Einflusssphäre und kein *transkontinentales*, noch nicht kapitalisiertes Empire, in welche sich ihre expansive Ökonomie ausdehnen konnte und die genannten Eroberungen waren weit davon entfernt, einen

---

<sup>41</sup> Karl Polanyi: *The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time*. Boston 1957 S.226.

<sup>42</sup> S. die hervorragende Skizze bei Steinmetz, *Return to Empire*, S. 342ff.

Grundstock für ein solches Imperium bilden zu können. Ihre vergleichsweise Ärmlichkeit zeigte vielmehr, dass die *Geopolitik* eines *transkontinentalen* Kolonialismus *nicht* mehr aussichtsreich war und das Expansionsproblem eines dynamisch akkumulierenden Kapitalismus nicht lösen konnte. Von der niedergehenden Macht Spaniens war nicht mehr viel zu holen und eine frontale Attacke gegen die faktische Aneignung und Aufteilung der gesamten Oberfläche der Welt durch den europäischen Imperialismus und seine starken Kolonialmächte England, Frankreich, Deutschland, Holland, Italien, Belgien wäre in jeder Hinsicht abenteuerlich und aussichtslos gewesen: „To the American ruling class, a territorially based imperialism seemed too difficult militarily, too costly economically, and potentially too damaging to the self-professed rhetoric of liberal democracy and the self-determination of peoples around the world.“<sup>43</sup> Die Expansion des amerikanischen Kapitalismus erforderte daher eine neue geopolitische und – ökonomische Strategie. Eine eigene US-amerikanische Konstellation der ökonomischen Ausdehnung jenseits des dominierenden europäischen territorial- und kolonialimperialen Modells musste entwickelt und damit das alte Verhältnis von Geopolitik und Geoökonomie revidiert werden. Diese neue Geographie des Imperialismus wurde das zentrale Thema der nun entstehenden auswärtigen Politik der USA.

An die Stelle unmittelbarer territorialer Einverleibung, direkter Koloniekonstruktion und formaler, zumeist mit rassistischen oder ethnographischen Referenzen operierender Herrschaft („Eingeborenenpolitik“) trat in dieser *zweiten* Konstellation nun ein anderer strategischer Ansatz, dessen Schlüsselidee die Politik der *Open Door* (John Hay 1898) war, also die Öffnung der ökonomischen und juristischen Ordnungen und damit der Zugang zu den Märkten und Rohmaterialien der Welt für das amerikanische Kapital und die Möglichkeit, der genuin ideologischen Mission der Verbreitung einer spezifisch amerikanischen Variante des Liberalismus nachzukommen.<sup>44</sup> Im Mittelpunkt eines von den USA kontrollierten „Großraums“<sup>45</sup> stand der Gedanke der *Raumhoheit*, der an die Stelle der Vorstellung einverleibender Besetzung trat. Eine ganze Skala von Praxen *aufschließender indirekter* Kontrolle entstand im Zeichen dieses Konzepts, ging es hier doch nun darum, Länder und Territorien zugänglich und durchlässig zu machen für private Macht und die Macht des Privaten und damit für das private Eigentum an den Mitteln der Produktion. Die Welt musste nicht amerikanisch sein, aber offen für amerikanische Produkte, Investitionen und Ideologien. Offenheit war die Gewährleistung

---

<sup>43</sup> Smith, Endgame, S. 49 sowie insgesamt Neil Smith, Anne Godlewska (eds.): *Geography and Empire*, Oxford 1994; ders., *American Empire: Roosevelt's Geographer and the Prelude to Globalization*, California 2003.

<sup>44</sup> Die klassische Studie zur Frage der *Open Door* und des *American Way of Expansionism* ist William Appleman Williams: *The Tragedy of American Diplomacy* New York 1962.

<sup>45</sup> S. Smith, Endgame. Zum „amerikanischen Lebensraum“ s. ders., *American Empire: Roosevelt's Geographer and the Prelude to Globalization*, California 2003 sowie Peter Gowan: *American Lebensraum*, in: *New Left Review* 30 (2004) S.155-164.

für die Ausbildung der Tradition kontinuierlicher Machtsteigerung. Grenzen in dieser Welt waren dazu da, überwunden zu werden – zu Recht ist das Thema der ständig neuen Grenzüberschreitung („*next frontier*“) als Kern der amerikanischen politischen Kultur der Expansion charakterisiert worden. Der spezifische Modus der Open – Door - Politik war also *nicht* die Eroberung und direkte Kontrolle von Territorien (insofern knüpften die USA an ein in den 1860ern von Großbritannien praktiziertes Muster europäischer Kolonialherrschaft an), sondern der Aufbau einer Ordnung informeller Herrschaft, ermöglicht durch *access* – eine klare Differenz zum dominanten Modus der klassischen europäischen Kolonialimperien. Seither gilt der Satz, dass die USA nie mehr an besonderen Territorien interessiert waren, sondern immer nur an aufschließender globaler Macht. Werden die USA also seitdem als Empire gedacht, dann müssen sie als „*nonterritorial empire*“<sup>46</sup> gedacht werden. *Post- oder nichtterritoriale Imperien wie die USA haben das Ziel der Kontrolle des Raums und eben nicht der Annexion von Territorien (im Sinne von Einverleibung) und der Überwältigung territorial basierter Souveränität (im Sinne der Okkupation)*. Die USA waren, nach der Bildung ihrer kontinentalen Form, nie ein Territorialimperium, auch wenn sie einige Territorien besetzt halten, um ihr nicht-territoriales Empire zu sichern. Zugleich aber waren die kontinentalen Grenzen des *Nationalstaates* USA nicht die Grenzen des *Imperialstaats* USA<sup>47</sup>. Um territoriale Grenzziehungen, die für klassische Landimperien eine zentrale Rolle spielten, ging es dann nicht mehr. Es ging dann um ganz andere Typen von Grenzen: solche die ein *glacis* gegen Feinde umrissen; weiter um die Zonen der Aneignung, in denen Nachbarn Tribute entrichteten und Strukturen ökonomischer Ungleichheit und damit Ausbeutung reproduziert wurden; es ging um jene Grenzfronten, die ausgreifend Machtkonkurrenten (oder deren Entstehung) konterkarierten. Zum imperialen Rand des amerikanischen Machtprojekts gehörte das ganze Vokabular dieser postterritorialen Grenzen der Einflussnahme, Kontrolle, Machtprojektion und *fluiden* Präsenz. Diese grundsätzliche Dimension der Konfrontation reflektiert nicht nur die strukturelle Instabilität imperialer Grenzprojekte, sondern auch die andere ständige Begleiterin der Imperien: die Unruhe und den Widerstand in ihrem Inneren. In der Geschichte des American Empire entstanden häufig solche Kontrollhybride und Zwischenformen: nicht - inkorporierte Territorien oder protektoratsähnliche Arrangements wie das sog. Platt - Amendment, das dem Modell der britischen Herrschaft über Ägypten entnom-

---

46 Bruce Cumings: Is America an Imperial Power, in: Current History Nov. 2003. „Territorial“ wird hier vor allem in Bezug auf die räumliche Ausstattung von Staaten gedacht. Es geht um „a shift in the geography of power from a strictly absolute territoriality (bounded, absolute space) to a functional, relational spatiality involving command over the rules of spatial interaction (trade, capital flows, etc.)“. Agnew, Hegemony, S.16.

47 Die Ausdehnung des Imperialstaates USA brachte immer neu die Neudefinition der Grenzen (wie auch überhaupt der strukturellen und funktionellen Grundverfasstheit) des Nationalstaates USA mit sich. Heute etwa entsteht eine digitale Festung USA, die jeden Flug- und Schiffstransfer von Menschen in die USA noch weit von ihren Grenzen entfernt identifiziert, kontrolliert und im Zweifel verhindert. 2006 setzten sie diese neue Grenzziehung im transatlantischen Flugverkehr gegen den Willen europäischer Staaten durch.

men war und seinerseits als Modell für Haiti, die Dominikanische Republik und Nicaragua diente. Expansion und Reproduktion von Imperialität realisiert sich dabei über eine instabile Dialektik von Inklusion und Exklusion.

Die Typen der territorialen und postterritorialen Imperialität existierten historisch nebeneinander, gingen ineinander über oder bildeten hybride Formen – und es gab keine „Gesetzmäßigkeit“, wonach die eine Form auf die andere folgt und alle große kapitalistischen Staaten praktizierten in ihrer Geschichte diese Formen, oftmals zeitgleich. Neben der Sowjetunion als „the world’s first post-imperial state“<sup>48</sup> war es diese amerikanische Form der postterritorialen Imperialität, welche als die nachhaltigen ausgreifenden Ordnungsformen des letzten Jahrhunderts gelten können. Die wesentliche Form der Imperialität in der Gegenwart ist die postterritoriale des informellen Empire, bei der die Kapitallogik über die Territoriallogik triumphiert und der Markt die Macht bestimmt.

Kräftepolitisch erhielt dieser zweite expansionspolitische Ansatz seinen stärksten Schub durch das Zerschlagen der dominanten Rolle Englands im Ergebnis des ersten Weltkriegs. Es verlor seine Fähigkeit, das Zentrum des Weltkapitalismus zu sein und es verlor seine Kraft, die Kräfteverhältnisse im politisch zentralen Kontinent Europa hegemonial zu regulieren, sukzessiv an die USA. Unmittelbar nach Kriegsende war die Pariser Friedenskonferenz 1918 der Schauplatz für die Inszenierung der neuen, nunmehr deutlich über den nord- und südamerikanischen Kontinent hinausgreifenden Ambition der USA durch ihren Präsidenten Woodrow Wilson, der für eine „*post-territoriale*“ Alternative (Smith) optierte. Er dachte nicht mehr in der Vision einer USA als Kolonialmacht. Sein Ziel war der Übergang von einer geopolitisch (territorial) zu einer geoökonomisch ansetzenden Politik und Ordnung. Die profitable Eroberung von Märkten und Aneignung von Ressourcen sollte möglich sein ohne riskante und kostspielige Invasionen und Okkupationen. Es ging nicht um Kolonien, sondern um Märkte, „Kolonisierung“ sollte nicht territorial durch militärische Intervention, sondern ökonomisch durch marktvermittelte Regulation geschehen, die ursprünglich auf Asien abzielende „Open-Door-Politik“ sollte dem amerikanischen Kapital die ganze Welt erschließen, die auf die westliche Hemisphäre zielende, also regionale Monroe-Doktrin sollte nun „as the doctrine of the world“ globalisiert und die USA sollten „the leadership of the world“ (Wilson) beanspruchen.<sup>49</sup> Der „liberale Internationalismus“ Wilsons war die erste präsidentiale Vision eines globalen *Amerikanismus*. Diese Verständigung über und politische Fokussierung auf diesen Modus des in erster Linie infor-

---

<sup>48</sup> Terry Martin: *The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923-1939*, Ithaca 2001 S.19.

<sup>49</sup> Zitiert nach Smith, *Endgame*, S.73. Smith formuliert: „Wilson wanted the world, and he wanted it made in America.“ (S.75).

mellen Empires hat es im übrigen den herrschenden Eliten der USA seit dieser Zeit ermöglicht, sich von den formellen Imperien zu unterscheiden, sie moralisch zu problematisieren, abzuwerten und zu verurteilen. Das informal Empire wurde als zivilisatorisch höherstehend und sozialkulturell modernere Variante der Menschheitsentwicklung präsentiert - eine effiziente moralisch-politische Differenz konnte aufgemacht werden, die ihre klarste Ausprägung in der Abgrenzung vom Faschismus erhielt: dieses amerikanische Projekt der Imperialität operierte auf ideologischen, nicht auf rassistischen oder ethnischen Grundlagen<sup>50</sup>. Ein Jahrhundert später ist sie ideologiepolitisch dominant geworden – der Rückgriff auf territoriale Eroberung und Okkupation ist, wie die Fälle Vietnam und Irak den USA selbst zeigte, moralisch diskreditiert.

Aus der Problemlage dieser Zeit und ihren Lösungen heraus macht es folglich Sinn, von einem American Empire zu sprechen, zu dessen Spezifika in ganz besonderer Weise die *informelle Form* dieses „Imperiums“ und des *amerikanischen Globalismus* gehört, der lange vor der „Globalisierung“ existierte. Diese Form ist gleich mehrfach in dieser Zeit begründet: 1809 vermerkte Thomas Jefferson in einem Brief an James Madison daß „no constitution was ever before as well-calculated for extensive empire and self-government“.<sup>51</sup> Hardt / Negri haben den spezifischen „Netzwerk“- Charakter der US-Machtkonfiguration durch die amerikanische Verfassung skizziert, die so in hohem Maße zur Expansivität befähigt war. Diese sehr frühe, *besondere Form des sich formierenden Staates* ist die zentrale politische Prämisse der politischen Potenz der USA zur Imperialität und Fähigkeit, andere politische Systeme zu durchdringen. Auch die in den USA im ersten Viertel des letzten Jahrhunderts entwickelte moderne Unternehmensform und ihr Transfer (auch durch Direktinvestitionen) ins Ausland war ein weiteres wesentliches Moment solcher informeller imperialer Aktivität. Um den fundamentalen Charakter dieser Eigenschaft begreifen zu können, muss aber noch weiter zurückgegangen werden zur Idee der „neuen Nation“, die von Beginn der Geschichte der amerikanischen Nation an verknüpft war mit dem revolutionären, aufklärerisch-universalistischen, amerikanischen Liberalismus.<sup>52</sup> Dieser historische Liberalismus war nicht die Antithese des Konservatismus, wie es das heutige US-amerikanische Parteiensystem mit seiner Konkurrenz von „Demokraten“ und „Republikanern“ nahelegt, sondern sein Rückgrat. Zu ihm gehörten die Ideen des bürgerlichen Marktes von Adam Smith, der Kosmopolitismus Kants, der allgemeine Vernunftwille Rousseaus und vor allem John Lockes Konzipierung der Eigentumsperson, des Marktmenschen und Appropriateurs der Natur. Dieser Liberalismus jedoch war von Beginn an zugleich *Amerikanismus*: „In the beginning all the world was *America*“ (Locke). Dieses *nationale America* wurde von Eigentümer-

---

<sup>50</sup> Philipp Roth, Norman Spinrad oder Philipp K. Dick haben Fiktionen einer alternativen Amerikageschichte erfunden, die mit der Idee eines faschistischen Empire operierten.

<sup>51</sup> Zitiert nach Panitch/Gindin, Empire.

<sup>52</sup> Zum folgenden s. die prononcierte Studie von Smith, Endgame, S.30ff.

bürgern gestellt, Sklaven zählten exakt als ein Dreifünftelmensch, die Eingeborenen zählten überhaupt nicht. Amerikas Liberalismus war nicht nur radikalkapitalistisch, sondern von Beginn an auch eingeschlossen in *America* und auf dem Pfad des Nationalismus. Eine machtvolle „liberale Bewegung“ oder eine „liberale Partei“ existierte nie in den USA. Der Amerikanismus und seine Zuspitzung - der amerikanische *Exzeptionalismus*, wonach die USA von allen anderen Nationen verschieden und etwas besonders Ausgezeichnetes sei – waren von Beginn an durchdringendes Element der liberalen Idee in den USA. In der Frühzeit des 20. Jahrhunderts übernahm der politische Liberalismus in den USA dann die Funktion, welche die Sozialdemokratie (welche sich in den USA nie zu einer vergleichbaren politischen Macht entwickeln konnte) in den europäischen Ländern hatte. Er unterschied sich seitdem vom sich gegen revolutionäre Sozialdemokratie und Konservatismus profilierenden Nationalliberalismus in Europa und entwickelte eine amerikanische Variante des Sozialliberalismus, die ihn innerhalb des Spektrums des bürgerlichen Liberalismus im Feld einer reformerischen Linken plazierte, wodurch er in der langen Zeit des letzten Jahrhunderts immer stärker die alte Arbeiterklassensozialdemokratie zu transformieren vermochte. Universalistischer Expansionismus – oftmals begleitet vom Motiv der Ausbreitung der Menschenrechte und der individuellen Freiheit – und informelle, indirekte Formen der Interessenwahrung waren dabei dauerhafte Bestandteile dieses amerikanischen Sozialliberalismus.

Die zweite Konstellation war also gezeichnet von der politischen Innovation des *informal empire*. Sie setzte zu Beginn des Jahrhunderts ein, hatte ihren ersten expliziten Höhepunkt nach dem Ersten Weltkrieg und wurde dann nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von einer *dritten* Konstellation abgelöst, die bis 1989/91 dauerte. Die Zeit der 30er Jahre und dann des zweiten Weltkrieges war auch eine Phase eines reflexiven Moments bei der Erfindung des neuen Hegemons des 20. Jahrhunderts. Der neue Typus von Imperialität unterschied sich immer deutlicher von einem Modus der kolonial-territorial orientierten Expansion, wie er für den klassischen formellen Imperialismus und auch für das militaristisch-terroristische Projekt des faschistischen „Reichs“ dieser Zeit typisch war - einer Zeit, in der gleichsam darüber entschieden wurde, welches imperiale Projekt die folgenden Jahrzehnte dominieren sollte. Insofern ist die erste Hälfte des letzten Jahrhunderts auch von einem neuen „dreißigjährigen Krieg“ zwischen den USA und Deutschland um die Nachfolge Englands als dominierende Macht gekennzeichnet gewesen, den die USA gewannen. Dabei muss gesehen werden, dass mittlerweile mit der Sowjetunion ein anderes Projekt großräumlicher Neugestaltung aufgestiegen war, das den Gedanken des Imperialen keineswegs ignorierte, sondern sich explizit als postimperial und daher antiimperial(istisch) verstand und etikettierte – dabei aber zugleich (wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß) als zentralistisches, stark formelles Empire agierte. In der Zeit



zwischen der Oktoberrevolution 1917 bis 1942/43, als sich der Ausgang des zweiten Weltkriegs entschied, konkurrierten somit drei imperiale Projekte mit globalem Anspruch. Knapp ein halbes Jahrhundert später war diese Konkurrenz entschieden. Für die USA ging es in dieser Zeit um die Durchsetzung des „*american century*“ (Henry Luce) und die Sicherung der „*pax americana*“.<sup>53</sup> Die USA beherrschten nach 1945 den entwickelten Kern des Kapitalismus, hatten mit Japan und Deutschland zwei konkurrierende kapitalistische Großmächte besetzt, kontrollierten die Finanzmacht Großbritanniens und hatten einen übermächtigen Einfluss auf Italien und Frankreich. Sie akzentuierten sich nach Kriegsende als ein neuer Typus von Imperialität,

- der nicht mehr dominiert wurde von einem formellen sondern von einem informellen Empire,
- der nicht nur eine tiefe Differenz zwischen einem neuen „Zentrum“ und einer neuen „Peripherie“ aufgriff oder schuf, reproduzierte, vertiefte oder minderte, also zu einem global ansetzenden Grenzmanagement neuer Art imstande war, das im Kern auf der außerordentlichen militärischen Macht der Vereinigten Staaten gründete, sondern
- der dann auch eine neue Hierarchie im Staatensystem des „Kerns“ durchsetzte („If the United States is an empire, it is largely an informal one. The segments of the American imperium are sovereign states, and the scope of American political control is much less than that of the great historical empires.“<sup>54</sup>) und einen von ihr dominierten multilateralen „*pervasiven Überbau*“ (Gowan) schuf, der diese „Segmente“ auf sehr unterschiedliche Weise durchdrang, arrangierte und kontrollierte. Das wirkliche American Empire der Nachkriegszeit umfasste danach das nördliche Zentrum der kapitalistischen Industriestaaten (Europa, USA, Canada, Japan sowie Australien / Neuseeland) als „Kern“ und seine „Sicherheitsgemeinschaft“ als einer Zone des „imperialen Friedens“<sup>55</sup> oder des „protective imperialism“<sup>56</sup>, demgegenüber, wie Peter Gowan aus linker Sicht zu Recht feststellt, die Beziehungen zur Peripherie „were of small significance in comparison with the enormous, unprecedented significance of the protectorate empire over the core“;<sup>57</sup>
- der endlich nicht mehr einfach nur die Interessen einer Groß-

---

<sup>53</sup> Susan Strange: Pax Americana, in International Affairs 4/1950 S.534f.

<sup>54</sup> Daniel Nexon, Thomas Wright: Taking American Empire Seriously, Papier für die 5. Pan-Europäische Konferenz, Den Haag 2004 , S.42

<sup>55</sup> Tarak Barkawi, Mark Laffey: Retrieving the Imperial: Empire and International Relations, in: Millenium 1/2002 S.109-127

<sup>56</sup> Samuel Flagg Bemis: The Latin American Policy of the United States: An Historical Interpretation, New York, 1943, S. 202–226.

<sup>57</sup> Peter Gowan: Empire as Superstructure, in: Security Dialogue 2/2004 S.259; dort auch die sehr weitgehende Formulierung: „The entire advanced capitalist world was turned into the single sphere of influence of the USA.“

macht repräsentierte, sondern auf die Produktion von Weltordnung aus war, für deren Gestaltung die USA ein eigenes Entwicklungsprojekt entwickelte.<sup>58</sup>

Es war der Beginn der Grundlegung einer neuen amerikanischen Weltordnung, eines Projekts also, das erstmals auf die Durchsetzung und Sicherung eines Akkumulationsprozesses im Maßstab eines neu globalisierten (aber nicht planetaren) Globalkapitalismus abzielte und in dem das amerikanische Kapital seine Interesse auch definierte als Repräsentanz dieses Kapitalismus (gegen den neuen sowjetischen Staatenblock bzw. zunehmend auch gegen widerständige oder nur schwer integrierbare Länder der Peripherie). In grundlegender Sicht war dies ein Versuch, den tiefgehenden Widerspruch von politisch-ökonomischer Fragmentierung und Weltmarktinterpenetration dadurch zu bearbeiten, dass diese Verbindungen und Austauschbeziehungen zwischen den Kapitalismen unter amerikanischem Vorzeichen verstärkt und innere politische Widersprüche im Zeichen des neuen Widerspruchs zum entstehenden realsozialistischen Block „gemanagt“ wurden. Gelöst wird dieser Widerspruch zwischen transnationaler Integration und politischer Fragmentierung dadurch nicht.

Die USA dehnten in der Nachkriegszeit die räumliche Dimension ihrer Interessen ins Globale aus; sie erschütterten die Finanzmacht der City of London und arbeiteten dem Zerfall des Kolonialsystems der altimperialen europäischen Mächte zu, um es im Zeichen der „Entwicklung“ für die Aktivität ihres eigenen Kapitals zugänglich zu machen – William Appleman Williams sprach folgerichtig vom „imperialen Antikolonialismus“, der die soziale und räumlich ungleiche Dynamik der kapitalistischen Entwicklung in miteinander verknüpften Diskursen und Praxen der Berechtigung und Kontrolle bearbeitete; sie schufen eine internationale Ordnung, die ihren Interessen förderlich war; die Entwicklung und Durchsetzung ihres fordistischen *Empire of Production* (Maier)<sup>59</sup> intensivierte sich: sie kontrollierten das ökonomische, militärisch-politische, technische und vor allem das finanzielle System; das US-Schatzamt und das Außenministerium arbeiteten das Grunddesign der Schlüsselinstitutionen des fordistischen Nachkriegskapitalismus (Weltbank, IMF, GATT [WTO] und UN) aus und entwickelten die Blaupause einer neuen Staatsstruktur, welche zahlreiche Umbauten der Staaten selbst einschloss und eine handhabbare Ordnung der Eigentumsrechte garantierte; sie bauten eine bis heute unbestrittene Hegemonie über die Wissensproduktion auf; sie schufen eine Ordnung regionaler Bündnisse und bestimmten deren geopolitische Orientierung; ihre Bündnispartner waren von ihnen abhän-

---

<sup>58</sup> S. Gowan, Bush turn, S.149: "The great problem for capitalism is how to manage the contradiction between its necessary fragmentation into separate geopolitical units and its necessary tendency to construct deep transnational social linkages – political and economic and cultural – between these units. This is capitalism's world order problem."

<sup>59</sup> S. Maier, *Among Empires*.

gig und erhielten im Tausch eine sozioökonomische und liberale Entwicklungsperspektive, die spektakulär war – schließlich wuchs im Zeichen der US-Dominanz der Welthandel zwischen 1947 und 2000 um das 20fache an und das Weltbruttosozialprodukt nahm um 700 % zu.<sup>60</sup> Kulturen, Werte und magische Symbole des amerikanisch gefärbten Liberalismus wurden „exportiert“ und normativ positiviert. Für viele Länder vor allem des okkupierten oder faschistischen kapitalistischen Kernbereichs fassten sich die neue Referenz auf die liberale Kultur, die Stärkungen individueller Rechte und die normativen Hochschätzungen formaldemokratischer Verfahren zu Recht als „Befreiung“ oder „Freiheit“ zusammen – dass sie sozial halbiert war, war in der rasch antikommunistisch erblindeten Zeit des neuen Konsumkapitalismus kaum noch Thema<sup>61</sup>. Die Wirksamkeit des „American Dream“ der 50er und auch noch der 60er Jahre hat die Erfahrung eines radikalen Illiberalismus als Voraussetzung und die Kombination von Warenmacht und individueller politischer Freiheit als Nachhaltigkeitsbedingung. Der Export eines libertären Amerikanismus war verknüpft mit kontinuierlicher osmotischer Einbindung in die US-basierte Kapitalordnung, deren Akteure ihre ökonomische, soziale wie politische Machtbasis in den verbündeten kapitalistischen Allianzstaaten ausweiteten. Dies war die machtpolitische Voraussetzung dafür, dass die Kapitaleliten dieser Allianzstaaten (in erster Linie im Rahmen der NATO) diese globale Perspektive als äußerst nützlich Element der Sicherung ihrer eigenen Reproduktionsinteressen reflektierten und zugleich akzeptierten, dass dies einen Wechsel zu einem nichtkapitalistischen, sich auf die UdSSR orientierenden System ausschloss – dies war die absolute Schranke des geopolitischen Arrangements; und eigene imperiale Projekte waren aussichtslos und stießen auf harten Widerstand der USA. Daher überdauerte diese letztlich unipolare und asymmetrische „Nabe-Speiche-Struktur“ (Gowan) auch den Zusammenbruch des Warschauer Paktes. Die USA bauten eine Nuklear-, Luft- und Schiffsmacht auf, die sie weltweit militärisch interventionsfähig machte und eingekleidet war in fast 100 größere Militärverträge und Sicherheitsabkommen; Hiroshima war der „*Big Bang of American Empire*“ (Maier); sie operierten multilateral in Europa, bilateral in Asien und unilateral, wo es notwendig und möglich schien; Westeuropa und Lateinamerika, Ostasien und das südliche Asien, der Nahe Osten und Afrika transformierten zur „Freien Welt“ – also zur Sicherheitszone des amerikanisch dominierten Kapitalismus; wenn die USA im Sicherheitsrat der UN nach militärischer Aktion riefen, dann wurde dem Ruf bis 2003 gefolgt – und wenn sie ihr widersprachen, dann gab es sie nicht; nicht mehr wie einst „Zivilisierung“, sondern „Entwicklung“ und „Modernisierung“ waren nun die Leitbegriffe ihrer Weltpolitik und Strategie gegenüber der Dritten Welt

---

60 S. Financial Times v.23.4.2003

61 Umberto Eco hat dies mit Gian Paolo Ceserani und Beniamino Placido in dem Band Modell Amerika (Münster: Englisch-Amerikan. Studien, 1985 [La riscoperta dell' America]) skizziert.

(und bei Gefährdung ging es um „Zerstörung“); sie schufen sich eine multilaterale Ordnung und Kultur des Zugangs zunächst in Europa und in den 80er und 90er dann auch in Asien (Japan, Südkorea, dann China); sie propagierten ein Set von Werten mit universellem Geltungsanspruch und agierten erfinderisch auf den Feldern ideologischer und religiöser Konfrontation; nachdem sie zunächst noch unter Roosevelt gleichsam direkt das Projekt der „Einen Welt“ („*one – worldism*“) verfolgt hatten, konzentrierten sie im Zeichen des „*free-worldism*“ ihre Ressourcen darauf, den nach 1945 in noch größerer Macht entstandenen globalen Rivalen Sowjetunion zu beseitigen, zumal die UN nur beschränkt, wie ursprünglich geplant, als indirekter globaler Arm der US-Außenpolitik funktionierte. Diese grundlegende Orientierung war somit keine Reaktion und kein defensiver Reflex bloß, sondern zugleich Ausdruck genuin eigener offensiver Zielformulierung. Der Kalte Krieg, wie er sich in der Regierungsdirektive NSC-68 von 1950 niederschlug, welche eine Verdreifachung des US-Militärbudgets ankündigte, war – in den Worten des Autors der NSC-68 Paul Nitze – eben zugleich der Versuch der „creation of some form of world order compatible with our continued development as the kind of nation we are.“<sup>62</sup>

Diese dritte Konstellation war also anders. Die Situation der Konkurrenz großer kapitalistischer Mächte, die Einflusszonen gegeneinander aufstellten, war nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vorüber. Amerika dominierte und veränderte sich selbst dabei. Das neue Amerika bestand keineswegs mehr nur aus einem Kontinentalkapitalismus, sondern aus einem expansiven Gefüge ökonomischer, politischer und kultureller Bastionen in der Außenwelt, auf das sich sukzessive die Reproduktionsstruktur des amerikanischen Kapitalismus verlagerte. Es gab, wie Charles Bright und Michael Meyer in ihrer Debatte der Frage „Where in the World is America?“ vermerkten, daher nicht nur die USA als das territorial fixierte Amerika, sondern auch das Amerika des *Americanism*, in dessen Kern die „amerikanische Partei“ (Arrighi) stand und steht: „The postwar American sovereign, built on territories of production, had created vectors along which elements of the U.S. state and American civil society could move off into the world and benefit from the permanent projections of American power overseas...The tools of control – military (the alliance systems and violence), economic (dollar aid and investments), political (the leverage and sanctions of a superpower), and ideological (the image of the United States as leader of the free world) – were tremendously powerful, and the ideological imaginery of the territories of production, with its emphasis on material progress and democracy,

---

62 Paul Nitze: Coalition Policy and the Concept of World Order, in: Arnold Wolfers (Hg.): Alliance Policy in the Cold War, Baltimore 1959. Gowan erinnert an die Studie von Melvyn Leffler: A Preponderance of Power. National Security, the Truman Administration, and the Cold War, Stanford 1992, wonach kein amerikanischer Führer daran glaubte, dass die UdSSR einen Angriff auf den Westen plante.

proved extraordinarily attractive.”<sup>63</sup> Amerikanismus löschte keineswegs die Spezifik der einzelnen Nationalstaaten aus, aber er drang in sie ein, transformierte sie und setzte ihnen neue Grenzen, ohne dass er sie in bloß passive Agenten und Spiegelbilder seiner selbst verwandelte oder ihre relative Autonomie aufhob, die auf das eigenständige Wirken, Konfliktieren und Austarieren der gesellschaftlichen Kräfte innerhalb dieser Staaten reflektierte. Damit hatte der Anreiz zum Replikat des Amerikanismus seine Quellen und aufwändigen Bedingungen – aber er war wirksam. Diese Struktur reflektiert die Schlüsselrolle, welche die USA nach 1945 erreichte: erstmals konnte ein einzelner bürgerlicher Nationalstaat in großem Rahmen die alte zwischenimperialistische Konkurrenz eindämmen und eine koordinierende Funktion übernehmen, was zugleich bedeutete, dass die politisch-institutionellen Außenbeziehungen der kapitalistischen Kernstaaten, die sich bislang auf ihre Kolonien und von ihnen regional abhängige Staatenbünde richteten, nun auf die USA umorientiert wurden und die USA selbst dazu beitrugen, dass potentielle oder sogar reale Weltmarktkonkurrenten wie Japan oder Deutschland gestärkt wurden – ein Vorgang, der jenseits des Horizonts der alten Imperialismustheorie war, die letztlich militärische Konflikte zwischen den konkurrierenden Kapitalismen als unvermeidlich ansah. Hier ging es auch ökonomisch um die „Konstruktion“ der kapitalistischen Akkumulation, ihres Raums und politischer Regimes und nicht um die „Extraktion“ der kriegsgeschwächten Konkurrenten. Das alte Muster der harten interimperialistischen Rivalität brach zusammen. Kooperation zwischen den kapitalistischen Ländern des Nordens geschah vorweg durch Verhandlung und Koordination, nicht durch Zwang oder Gewalt; Koordination geschah durch den Anreiz zum Replikat des Amerikanismus, der die avancierteste und verallgemeinerungsfähigste Form der kapitalistischen Produktion, Kultur und Ideologie präsentierte und als globaler Pol der Attraktion wirkte und wirkt: ein „*Empire by invitation*“ (Lundestad)<sup>64</sup>, dann ein „*Empire of Production*“ oder ein „*Empire of the consumption*“ (Maier), das als „*Empire of the fun*“ (Reinhold Wagnleitner) funktionierte. Ein Integrations- und Attraktionspol im Übrigen, der sich in der Amerikanisierung Amerikas ständig selbst umbaute.

Die USA waren also nach 1945 nicht nur einfach die größte Macht unter den großen Mächten: sie dominierten zumindest den *Kern* des kapitalistischen Weltsystems. Durch Verhandlung, Attraktion und Integration entstand eine internationale Ordnung, in deren Zentrum eine transatlantische Allianz zwischen den USA und Europa stand – und in der Amerika zu einer europäischen Macht wurde.<sup>65</sup> Die Ordnung der internationalen

---

63 Charles Bright, Michael Meyer: Where in the World Is America? The History of the United States in the Global Age, in: Thomas Bender (Hg.): Rethinking American History in a Global Age, Berkeley 2002, zit. nach Bromley, Reflections on Empire, S.21.

64 Geir Lundestad: The United States and Europe Since 1945. From "Empire by Invitation" to Transatlantic Drift. Oxford 2003.

65 S. John Peterson: America as a European power: the end of empire by integration? In:

Politik außerhalb des sowjetischen Blocks wurde sternförmig neu konfiguriert. Ihr souveränes nationalstaatliches Zentrum waren nun die USA, die ein „informal American Empire“ errichteten, das – abgesehen von den staatssozialistischen Ländern – faktisch globalen Charakter hatte und dessen politisch-ökonomisches Zentrum das Kerngefüge entwickelter kapitalistischer Staaten war.<sup>66</sup> Peter Bender beschreibt die Endkontur dieser neuen Ordnung, wie sie sich dann sukzessive herausgebildet hatte: „Es umfasst Europa, soweit die Nato jeweils reichte und reicht, dann die Türkei und Israel, ferner Japan, Südkorea, Taiwan und die Philippinen, nicht zuletzt die Erbschaft des britischen Weltreiches, vor allem Kanada, Australien und Neuseeland. Das American Empire ist, was früher „der Westen“ hieß...Während Rom nur sein Imperium beherrschte, reicht Amerikas Macht weit über sein Empire, den „Westen“ hinaus. Sie erstreckt sich auf die Länder Lateinamerikas in sehr unterschiedlichem Maß, die Skala reicht von halbkolonialer Herrschaft in der Karibik und Mittelamerika bis zu mehr oder minder dominantem Einfluss im Südteil des Kontinents. Feste Positionen haben die Vereinigten Staaten im Vorderen Orient, in Jordanien, Ägypten, den Golfstaaten und wohl immer noch in Saudi-Arabien, neuerdings Stellungen in Zentralasien, und Besatzungsaufgaben in Afghanistan und im Irak. Ihre Flotte ist Herr aller Weltmeere, die zu Highways wurden, über die amerikanische Streitkräfte auf alle Erdteile gelangen können. In 130 Ländern unterhalten die USA rund 750 militärische Niederlassungen.“<sup>67</sup> Bender unterscheidet dabei zwischen einem American Empire im engeren und in einem weiteren Sinne: den Ländern des „Westens“ (sinnvoll wäre es, von den Kernstaaten (core) der kapitalistischen Ordnung zu sprechen) „garantiert Amerika ihre Sicherheit und erhält dafür ihre feste Loyalität. Fast alle sind ihm als überzeugte, bewährte Demokratien verbunden und bilden, was man

---

International Affairs 4 /2004 S.613-629.

<sup>66</sup> „Only the American state could arrogate to itself the right to intervene against the sovereignty of other states (which it repeatedly did around the world) and only the American state reserved for itself the ‘sovereign’ right to reject international rules and norms when necessary. It is in this sense that only the American state was actively ‘imperialist’.“ Panitch, Gindin, *Global Capitalism and American Empire*. Gemeint ist hier offensichtlich imperial.

<sup>67</sup> Peter Bender: Vom Nutzen und Nachteil des Imperiums. Über römische und amerikanische Weltherrschaft, in: *Merkur* 6/2004 S. 486, 487f. Fast gleichlautend in Peter Bender: Imperium als Mission. Rom und Amerika im Vergleich, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/2005 S.854f., wo er noch die südostasiatischen Länder Thailand, Malaysia und Singapur nennt. Odom und Dujarric haben 41 Länder gezählt, die zum American Empire gehörten, s. William E. Odom, Robert Dujarric: *America’s Inadvertent Empire*, New Haven 2004.

das American Empire nennen kann: eine von Washington geführte und dominierte Gemeinschaft, die von amerikanischer Übermacht, von Sicherheitsinteressen und einem gleichen politisch-wirtschaftlichen „System“ zusammengehalten wird. In einem weiteren Sinne umfasst American Empire viele Staaten auf fast allen Erdteilen...Dieser äußere Kreis wird nicht durch Überzeugungen, sondern durch Interessen zusammengehalten. Seine Mitglieder sind größtenteils wirtschaftlich und technisch mehr oder minder auf Amerika angewiesen; viele verkauften militärische Stützpunkte, manche brauchen Rückhalt gegen ihre Nachbarn und Feinde. Während der innere Kreis des Empire von festen Bindungen lebt, sind diese Interessen meist flüchtig und können sich schnell ändern.“<sup>68</sup> Zur letztgenannten Kategorie gehörten etwa die zentralasiatischen Länder, wo die USA nach 1989/91 bzw. *Nineeleven* gleichsam binnen weniger Monate „eine informelle Quasi-Hegemonie“<sup>69</sup> errichteten. Handliche Anhaltspunkte für die geopolitische Figur eines American Empire geben schließlich die militärischen Netzwerke: die USA besaßen 2003/4 formelle Militärabkommen mit fast 50 Staaten, darunter die meisten Staaten Lateinamerikas und Europas, Kanada, Südkorea, Japan, Thailand, die Philippinen, Australien, Liberia und einige kleinere Staaten in der pazifischen Region; andere Länder, die mit einer „Sicherheitsgarantie“ der USA rechnen könnten, sind u.a. Bahrain, Ägypten, Israel, Jordanien und Neuseeland, weiterhin Kuwait, Qatar oder Taiwan, sowie Pakistan und Saudi-Arabien. Das Einflussfeld ist noch weiter gespannt – nach 9/11 sicherten 136 Staaten den USA militärische Unterstützung zu, rund 90 waren in gemeinsame Aktivitäten im „Krieg gegen den Terror“ engagiert, 27 waren am Krieg in Afghanistan beteiligt. Im Falle des Irakkrieges gaben 16 Staaten militärische Hilfe.<sup>70</sup>

Dieser Politik und ihrem Handlungsraum waren aber auch veritable Grenzen gezogen: „The Truman administration could not prevent revolution in China; John Foster Dulles could not wean the so-called Third World from neutralism; Kennedy could not overthrow the Cuban revolution; Lyndon Johnson could not defeat the Viet Cong; Pax Americana had far-flung, but real, frontiers.“<sup>71</sup> Ein American Empire kann tun, was es will und *exit* aus seinem Raum verhindern - aber es kann nicht alle zwingen zu tun, was es will und sie einverleiben. Doch sukzessiv und mit langen Atem dämmten die Vereinigten Staaten Rivalitäten ein und beseitigen sie schließlich: zunächst in der Dritten Welt, dann in Osteuropa, endlich im „Herzland des Feindes“ selbst (Cox). Es ging darum, global

---

68 Peter Bender: Imperium als Mission, S.854f.

69 Victor Mauer: Die geostrategischen Konsequenzen nach dem 11. September 2001, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 3-4/2004.

70 Bruno Tertrais: The Changing Nature of Military Alliances, in: The Washington Quarterly 2/2004 S.135-150. Chalmers Johnson hat diesen Aspekt des militärischen Imperiums detailliert behandelt.

71 Maier, Among Empires, S.149.

die „preponderant power“ (Paul Nitze) zu werden.<sup>72</sup>

Die Form des „informal American Empire“ nicht nur dieser Zeit ergibt sich aus der widersprüchlichen Beziehung zwischen der Dynamik einer vorhandene Grenzen ständig neu überwindenden „gesamtkapitalistischen“ Akkumulation einerseits und der territorialen Logik der Politik andererseits: ständig oder zumindest grundsätzlich muss eine delikate Balance gehalten werden “between keeping the world open enough to allow the capitalistic logic to unfold relatively free of constraints and keeping territorial logics stable and confined enough to prevent the rise of any grand challenge to US military and political dominance.”<sup>73</sup> Die Realisierung der doppelten Zielstellung der Sicherung des kapitalistischen Weltsystems und seiner Akkumulation einerseits (die zugleich der *special service* der Imperialmacht an die kapitalistischen Konkurrenten ist) und der Dominanz der USA in einem relativ stabil aufgestellten und sicherem Staatensystem andererseits stellt sich dar in der Form eines *informal american empire*, das diese beiden Momente der geopolitischen Stabilisierung und geoökonomischen Dynamisierung durchsetzen, vermitteln und bearbeiten muss. Neben der kontingenten und widersprüchlichen Beziehung zwischen *formeller politischer Herrschaft* und *informeller ökonomischer Kontrolle* haben wir es also mit einer weiteren Relation zwischen der *territorialen Logik der Politik* und der *transterritorialen Logik kapitalistischer Akkumulation* zu tun. Die territoriale Logik globaler Hegemonie vollzieht sich als ein *informelles Empire*, das *durch* ein Staatensystem herrscht und daher die „Offenheit“ (eben für die Penetration seiner Machtinteressen) zum globalen Wert verdinglicht, wie es später in der Nationalen Sicherheitsdirektive von 2002 hieß: „be open to people, ideas, and goods from across the globe“. In Europa etwa agierten die USA auch als Akteur der Integration und nicht als Stifter der Disaggregation, der versucht, einzelne Staaten gegeneinander auszuspielen. Ein solcher Teile- und Herrsche – Modus operandi ist eben nur für bestimmte Politikfelder essentiell gewesen. Zum Modell *liberalimperialer* Hegemonie gehörten neben der Kontrolle der Finanzsphäre und der militärischen Hochtechnik die Errichtung militärischer Standorte und die Propagierung eines Sets von Werten mit universellem Geltungsanspruch. Die Entwicklung, Gewährleistung und Absicherung einer sozioökonomischen Entwicklungsperspektive für die Länder der kapitalistischen Kernzone im Rekonstruktionsboom des Nachkriegsfordismus gehörte ebenso zur politischen Ratio der *ökonomischen* Seite dieser Logik wie die Konfiguration eines Systems der internationalen Kapitalakkumulation, das dem amerikanischen Kapitalismus eine dominierende Rolle sicherte. Die grundlegende ökonomische Eigenart – dabei auch: Grenze - dieser Logik globaler Hegemonie liegt darin,

---

72 Zitiert nach Melvyn P. Leffler: A Preponderance of Power: National Security, the Truman Administration, and the Cold War, Stanford 1992, S.19.

73 David Harvey: The New Imperialism, Oxford 2003 S.84. Diese Balance kann deswegen gehalten werden, weil sich die bürgerlich-kapitalistische Trennung von Ökonomie und Politik etablierte, deren Reproduktion eine ständige Aufgabe des Staates war.



dass zu ihr *nicht die direkte, formal auch rechtlich abgesicherte Aneignung von Territorien zur unmittelbaren Ausbeutung* gehört, wohl aber der *Zugang* zu ihnen („Offenheit“ oder „free trade“) sowohl hinsichtlich der Arbeitsmärkte als auch der Waren- und Kapitalmärkte: „an open world“, schreibt Andrew J. Bacevich, „that adheres to the principles of free enterprise is a precondition for continued American prosperity.“<sup>74</sup> „Offenheit“ statt Okkupation ist ein zentraler ideologepolitischer Wert, den sich jede US-Administration des vergangenen Jahrhunderts zu Eigen machte, wie auch George W. Bush in seiner Rede am 1.5.2003 auf der „Abraham Lincoln“ verdeutlichte: „Other nations in history have fought in foreign lands and remained to occupy and exploit. Americans, following a battle, want nothing more than to return home.“<sup>75</sup> „Formal empire isn't our destiny“ formulierte kurz Max Boot in einer Bilanz der Besetzung des Irak<sup>76</sup>

Das amerikanische Imperium war seit jeher fast ausnahmslos informell – und blieb es: „the new informal form of imperial rule, not only in the advanced capitalist world but also in those regions of the third world where it held sway, *was characterized by the penetration of borders, not their dissolution. It was not through formal empire, but rather through the reconstitution of states as integral elements of an informal American empire, that the international capitalist order was now organized and regulated.* Nation states remained the primary vehicles through which (a) the social relations and institutions of class, property, currency, contract and markets were established and reproduced; and (b) the international accumulation of capital was carried out.“<sup>77</sup> Welches Verständnis von „informell“ auch zugrundeliegen mag: wie kein anderer Nationalstaat hat sich der amerikanische Staat die „Politik der Nichtterritorialität“, also die Politik der postterritorialen Logik kapitalistischer Akkumulation zu eigen gemacht: „the United States has endeavoured to use its power and influence to keep global space as nonterritorial as possible.“<sup>78</sup> Und zugleich gilt: kein anderes imperiales Projekt hat so wie das US-amerikanische sein praktische

---

<sup>74</sup> S. Bacevich: American Empire, zit. nach Merry, Rome, S. 95. Siehe auch die Äußerungen eines ungenannt bleiben wollenden Beamten der US-amerikanischen Besatzungsbehörde Coalition Provisional Authority im Irak: "Of course, we are an empire, but we are different," he says. "Our empire is not defined by territorial ambitions but by ideas. A lot of ideas, like free trade, like democracy, like copyright laws." [Copyright? Was my host really suggesting that we had carried out one of the largest land invasions since World War II to protect copyright laws?] "Well, yeah, our empire is about promoting free trade, it's about promoting democracy and the ownership of ideas. Sure, it's about McDonald's and Microsoft and everything else. But the reality is we are not here only to do that. We are here to protect the security of America. That's what the mission is about. "That, and to help the Iraqi people build their own future," [he adds.]" Charles M. Sennott, The Imperial Imperative, Globe Staff v.8.2.2004

<sup>75</sup> <http://www.state.gov/p/nea/rls/rm/20203.htm>

<sup>76</sup> Max Boot: In Modern Imperialism, U.S. Needs to Walk Softly, in: Los Angeles Times v.15.7.2004

<sup>77</sup> Panitch, Gindin, Global Capitalism and American Empire, S. 17 (Hervorh. RR). Hirsch, Imperialismus oder Staatengemeinschaft, S. 48, schließt sich dieser Ansicht an, dass die USA mit der Errichtung eines informellen Imperiums begannen. Er lässt freilich – wie letztlich auch Panitch/Gindin offen, auf welchen Zeitpunkt dieser "Beginn" zu datieren ist!

<sup>78</sup> Maier, Among Empires, S.9.

Funktionieren „durch“ und vermittelt real existierender nichtamerikanischer Nationalstaaten und Ökonomien realisiert und sie in „penetrated systems“ (James N. Rosenau) verwandelt. Dominanz „*through* rather than *over* states and peoples is...historically unique“ meinen Colás und Saull.<sup>79</sup> Aus diesem Grundansatz resultiert aber auch ein Grundproblem: wo Dominanz ausgeübt wird durch das Medium souveräner Staaten und sie tragender Eliten, spielen Zustimmung und damit Konsens strukturell eine ganz andere Rolle als bei Formen direkter und formeller Macht<sup>80</sup>. Die *softpower* globaler Utopien, Erfolgs- und Aufstiegsversprechen und kultureller Bindungen wirkt nur, wenn *auf die inneren Kräfteverhältnisse und kulturellen Dispositionen in den einzelnen Nationalstaaten und der internationalen Zivilgesellschaft intensiv Rücksicht genommen wird, in denen ein Empire operiert*. Die ständige Aneignung lokaler Kulturen, Mentalitäten, Bewusstseinsformen und Werte und ihre verallgemeinernde Transformation in imperial codierte und kontrollierte Mächte ist eine Verfahrensmethodik, welche gerade die Vereinigten Staaten immer wieder exzellent praktizierten<sup>81</sup>. Wo nicht über, sondern durch Staaten geherrscht wird, gibt es Vetomächte, die im Spiel sind und große Räume der Selbstregulation und Autonomie. Eine solche Variante von Imperialität ist ganz bemerkenswert labil und verletzlich. Das schwache Instrumentarium einer „Kontextsteuerung“ greift dabei weit weniger, wenn es um starke konkurrierende Staaten (in denen der Neoliberalismus den fordistischen Wohlfahrtsstaat noch nicht ganz geschleift hat) und gleichermaßen um ganze Bündel von „Schurkenstaaten“ geht, die durch tatsächlichen „*regime change*“ transformiert werden müssen in kontingente politische Ordnungen, über die eine effiziente Organisationen eines globalen Akkumulationsprozesses vermittelt werden kann.<sup>82</sup> Panitch / Gindin`s Charakterisierung des zentralen Problems der US-amerikanischen Politik in der Gegenwart des Globalkapitalismus ist daher zuzustimmen: “The need to try to refashion all the states of the world so that they become at least

---

<sup>79</sup> Alejandro Colás, Richard Saull: Introduction: The war on terror and the American Empire after the Cold War, in: diess. (Hg.): The War on Terror and the American “Empire” After the Cold War, London, New York 2006, S.6 (Hervorh. R. R.).

<sup>80</sup> Weshalb Colás, Empire, S.166 keinen Sinn darin sieht, den Begriff Empire aktuell zu nutzen: „the political division of the world into hundreds of territorially discrete national states presents a structural impediment to the imperial organization of political space characterized, as it has been historically, by the constantly shifting and expanding frontier. There no longer exist frontiers to be conquered, only borders to be transgressed. And this, contemporary ruling classes have found, is best done through the world capitalist market and its accompanying regimes of inter-state coordination: that is, through hegemony, not empire.“

<sup>81</sup> Ann Vogel: Who`s making global civil society: philanthropy and U.S. empire in world society, in: The British Journal of Sociology 4/2006 S. 635-655; S. Mel van Elteren: U.S. Cultural Imperialism Today: Only a Chimera? In: SAIS Review 2/2003 S. 169-188; Robert W. Rydell, Rob Kroes: Buffalo Bill in Bologna: The Americanization of the World, 1869-1922, Chicago und London 2005; Victoria de Grazia: Irresistible Empire: America`s Advance through Twentieth-Century Europe, Cambridge und London 2005

<sup>82</sup> Im Raum, um den es hier geht, leben zwei Milliarden Menschen, siehe Thomas P.M. Barnett, seit 2001 zeitweise Assistant for Strategic Futures im von Rumsfeld nach 9/11 eingerichteten Office of Force Transformation des Pentagon und Professor am United States Naval War College, The Pentagon`s New Map, in: Esquire 3/2003.

minimally adequate for the administration of global order -- and this is now also seen as a general condition of the reproduction and extension of global capitalism -- is now the central problem for the American state.”<sup>83</sup>

Als das staatssozialistischen Bündnis zusammenbrach, war das Ziel der *preponderance* endgültig erreicht und der lange Aufstieg der USA zur dominanten Macht des 20. Jahrhunderts war abgeschlossen, ohne dass ihre Macht desintegrierte oder imperial überdehnte. Zugleich endete die lange Ära der äußeren Expansion des Kapitalismus, die mit der Welle der Kolonialisierungen Ende des vorletzten Jahrhunderts eingesetzt hatte. Der Kapitalismus wandelte sich in Globalkapitalismus. Was jedoch nicht endete, war die US-amerikanische Politik der Expansion und die ihr zugrunde liegende globale Ambition der Ausweitung ihres „*imperial space*“ (Maier). Seit 1990 setzen die USA die Geopolitik der Expansion ihres „*empire of civil society*“ (Rosenberg)<sup>84</sup> kontinuierlich fort. Die USA hatten den größten politischen Sieg ihrer Geschichte errungen – sie hatten den Kalten Krieg gewonnen und ihr Feind verschwand. Eingesetzt hatten sie in dieser Zeit zwischen 1945 und 1990 unter anderem 26 Millionen Menschen in ihrem Militärdienst (von denen rund 150 000 starben) und rund 15 Billionen Dollar Militäraufwendungen (ca. 6 % des BSP).<sup>85</sup> Sie zogen sich nicht aus dem globalen Spiel zurück. Im Gegenteil. Sie agierten und agieren expansiv – zunächst in der Ökonomie, dann in der Politik, schließlich im Militärischen: Export rechtlicher Regularien bis hin zur kooperativen Implementierung einer neoliberalen Verfassungs- und Rechtskultur vor allem in den postsowjetischen Transformationsstaaten mit dem zentralen Ziel der dauerhaften Konstruktion privater Eigentumsverhältnisse; Ausfaltung ihres seit den 70er Jahren entstehenden, informationstechnisch breit gestützten *Empire of Consumption* (Maier); Befestigung und Ausbau der US - kontrollierten finanzmarktkapitalistischen Institutionen. Die NATO als das von den USA dominierte Militärbündnis durchlief zwei Erweiterungsrounden und die Militärbündnisse

---

<sup>83</sup> Panitch, Gindin, *Global Capitalism and American Empire*. Eine Aufgabe, die sich als weitaus komplizierter und anspruchsvoller darstellt als die Etablierung eines formalen Empire, das nach dem Modus des „Durchregierens“ (Merkel) operiert. Vgl. daher richtig Ellen M. Wood, *Empire: „The new imperialism, in contrast to older forms of colonial empire, depends more than ever on a system of multiple and more or less sovereign national states. The very fact that ‘globalization’ has extended capital’s purely economic powers far beyond the range of any single nation means that global capital requires many nation states to perform the administrative and coercive functions that sustain the system of property and provide the kind of day-today regularity, predictability, and legal order that capitalism needs more than any other social form. (...) The political form of globalization is not a global state or global sovereignty...The very essence of globalization is a global economy administered by a global system of multiple states and local sovereignties, structured in a complex of domination and subordination. (S.141) (...) The new imperialism we call globalization, precisely because it depends on a wide-ranging economic hegemony that reaches far beyond any state’s territorial boundaries or political domination, is a form of imperialism more dependent than any other on a system of multiple states.“ (...) Global capital needs local states.“ (155)*

<sup>84</sup> Justin Rosenberg: *The Empire of Civil Society*, London 1994.

<sup>85</sup> Council on Foreign Relations: *A New National Security Strategy in an Age of Terrorists, Tyrants, and Weapons of Mass Destruction*, New York 2003, S. 37.

mit Staaten in Asien – insbesondere Japan und Südkorea – wurden nicht aufgegeben, sondern gefestigt. Das U.S. Pacific Command (PACOM) umfasst die Hälfte der Oberfläche der Erde und mehr als die Hälfte seiner Wirtschaft; die sechs größten Militärpotentiale der Welt operieren in seinem Aktionsraum. 2007 wird AFRICOM gegründet. Seit dem Vietnamkrieg stationierten die USA Kampftruppen oder führten Krieg in Kambodscha, Iran, Grenada, Panama, Libanon, Saudi Arabien, Kuwait, Irak, Türkei, Somalia, Haiti, Bosnien, Sudan, Afghanistan, in der Südchinesischen See, Liberia, Mazedonien, Albanien und Jugoslawien. „This is a record that no other country comes close to matching.“<sup>86</sup> In den Jahren nach 1989 agierten sie mit größeren Kriegen oder militärischer Hilfe in Panama, Irak, Jugoslawien, Afghanistan, Iran, Haiti, Pakistan, Kolumbien, Israel, Türkei, Philippinen, Mazedonien, Indonesien und Saudi Arabien - rapide Ausdehnung ihrer militärstrategischen Präsenz in Bereichen, in denen sie bislang noch nie Fuß fassen konnten - Balkan, Osteuropa, Zentralasien, Mittlerer Osten, wobei sie mehrere größere Kriege im Balkan und im Persischen Golf führten und in mehr militärische Konflikte verwickelt waren als in der Zeit des Kalten Krieges; mit dem Aufbau von Stützpunkten und der Durchsetzung der Stationierung eines BMD-Systems versuchten sie 2006/7 einen engen Gürtel um Russland zu ziehen; sie versuchten weiter endgültig die strategische Kontrolle über den zentralen Rohstoff Erdöl zu erreichen, auf den potentielle Hegemonialkonkurrenten zunehmend angewiesen sein werden; und sie praktizierten eine Politik der erzwingenden Diplomatie bzw. der ökonomischen Sanktion und beanspruchen ein besonderes Recht auf präventive Intervention im globalen Maßstab<sup>87</sup>. Internationale und multilaterale Institutionen, die sie geschaffen hatten, wurden nun mit einer Politik der Abwertung und Schwächung durch die USA konfrontiert. „America’s twentieth century“, resümiert der liberale Historiker Charles Maier, „brought a continuing process of acquisition.“<sup>88</sup>

Der Grundansatz der amerikanischen *grand strategy* änderte sich also nach 1989/90 nicht, weil er über die Zeit der Systemkonfrontation mit der UdSSR und ihre Bündnisstaaten hinausging. Am Ende des Jahrhunderts war das Ziel erreicht: die Etablierung der USA nicht nur als einzige große und alle Konkurrenten überragende Macht, sondern auch als einziger wirklich global handlungsfähiger Akteur. Die neue Globalität des Kapitalismus realisierte sich als hegemoniale Globalisierung mit us-amerikanischer Handschrift. Neil Smith sieht hier „the architecture of an extraordinary geo-economic world empire centered on the United

---

<sup>86</sup> Walter Russel Mead: The Jacksonian tradition and American foreign policy, in: National Interest Winter H. 58 1999/2000 S.5.

<sup>87</sup> In den 90er Jahren bedrohten die USA 35 Länder mit ökonomischen Sanktionen oder setzen sie durch – diese Länder repräsentierten 40 % der Weltbevölkerung. S. Charles Williams Maynes: Two Blasts Against Unilateralism, in: Glyn Prins (Hg.): Understanding Unilateralism in American Foreign Relations, London 2000 S.46.

<sup>88</sup> Maier, Among Empires, S.157.

States.“<sup>89</sup> Die auswärtigen Beziehungen der USA ähnelten den inneren Beziehungen eines Imperiums, was natürlich nicht bedeutet, dass die intermediären Akteure in diesem Feld der Macht so einfach überspielt werden konnten: verbündete, oftmals über Jahrzehnte hinweg aufgebaute Eliten oder Regierungen konnten nicht einfach entmachtet werden, wenn sie sich dieser oder jener Politik widersetzten. Nur in krassen Ausnahmefällen werden Territorien okkupiert oder Statthalterregime unmittelbar eingesetzt. Der Fall Irak steht dafür – und er steht in dieser Größenordnung zweifelsfrei für eine Ausnahmepraxis der amerikanischen Politik nach 1945. Auf jeden Fall waren die Vereinigten Staaten seit 1989/91 unbestritten und eindeutig die einzige Großmacht im internationalen System – ob sie allerdings aufgrund dieser unipolaren Position alle anderen Staaten oder auch nur Elemente dieses globalen Systems dominieren, hegemonial führen oder imperial beherrschen, ist eine ganz andere Frage.

---

<sup>89</sup> Smith, *Endgame*, S.147.

## 6 Blüenträume

Der Außenpolitik der USA lag also nicht das Konzept der Gegenhegemonie, sondern in erster Linie der Grundgedanke der informellen, dabei durchaus offensiven geökonomischen wie geopolitischen Expansion und aktiven Machtsteigerung zugrunde. Dieser Grundgedanke war spätestens seit dem Eintritt der USA in den zweiten Weltkrieg durch das doppelte politische Ziel charakterisiert,

- „to make world safe for capitalism“ – so dass die USA als „power of last resort for keeping the world, and particularly the world economy, from spinning out of control“<sup>90</sup> fungieren konnten und
- „to ensure American primacy within world capitalism.“<sup>91</sup>

1989 war unversehens „eine Welt ohne Balance“ (Coral Bell) zur Hand – welche Möglichkeiten boten sich? Wie konnte das für die US-amerikanischen politischen Eliten zentrale Problem gelöst werden, eine neue Ordnung eines politischen Primats der USA aufzubauen? Diese Schlüsselfrage differenzierte sich in eine Reihe einzelner Probleme auf:

- Wie konnte der Schritt zu einer neuen – eben nun erstmals globalen – kapitalistischen *Raumordnung* gegangen werden, deren Größenordnung die hergebrachte Nachkriegsordnung weit übertraf, da sie insbesondere die Großstaaten Russland, China, Brasilien und Indien einbeziehen musste? Länder wie China und Russland entwickelten sich zu kapitalistischen Staaten, die *kein* Bestandteil der bestehenden atlantischen Institutionen des Managements des Weltkapitalismus waren; Staaten wie Indien, Brasilien, auch Mexiko, Südkorea oder Indonesien standen ebenso für aufsteigende kapitalistische Mächte, die nicht oder nur locker in diese Institutionen des Kernkapitalismus einbezogen waren; und endlich war die Bindung Europas an die USA mittels der Bedrohung durch den Staatssozialismus weggefallen und es entstand die Notwendigkeit, einen neuen Integrationsmodus zu finden.<sup>92</sup>
- Wie konnte in diesem neuen Raum eine Struktur genuiner poli-

---

<sup>90</sup> Bruce Cumings: Is America an Imperial Power, in: Current History Nov. 2003.

<sup>91</sup> Perry Anderson: Force and Consent, in: New Left Review 17 Sept/Okt. 2002 S.5ff. Der liberale Historiker und Politikwissenschaftler John Ikenberry hat diesen *Big Deal* des 20. Jahrhunderts zwischen den USA und den anderen kapitalistischen Ländern noch radikaler charakterisiert: „The United States made its power safe for the world, and in return the world agreed to live within the US system“, s. G. John Ikenberry: American Grand Strategy in the Age of Terror, in: Survival 4 (2001) S.19-34, hier: S.21. Für Ikenberry gehören die USA, Europa und Japan („die Welt“) zu einem „Amerikanischen System“ als dem „Kern“ der internationalen Ordnung, dessen Stabilität durch den Tausch der Selbstbegrenzung der US-amerikanischen Macht und dem Gut des Schutzes und der Sicherung des Kapitalismus gegen Kooperation und Dominanz gesichert wird.

<sup>92</sup> Vgl. Peter Gowan: The Bush turn and the drive for primacy, in: Alejandro Colás, Richard Saull (Hg.): The War on Terror and the American „Empire“ After the Cold War, London, New York 2006 S. 144f.

tisch-militärischer *Abhängigkeit* geschaffen und damit zugleich verhindert werden, dass militärisch potente eigenständig konkurrenzfähige Gegenmächte entstanden?

- Wie konnte die nach 1945 entwickelte *Technologie der Macht* („hub - and - spokes - structure“) stabilisiert werden, die gewährleistete, dass die USA als jeweils stärkster internationaler Partner dauerhafte Abhängigkeitsverhältnisse begründen konnte?
- Wie konnte dieses Primat der USA nach außen, aber auch im Inneren des Landes *legitimiert* werden –welche Feinde standen dafür zur Verfügung und welche große Idee bot sich an?

Die Zeitenwende um 1989 brachte eine Fülle politisch-ideologischer Kämpfe um die herrschaftsfähige Beantwortung dieser Fragen. Sie dauerten lange an und waren nicht rasch entschieden. Es ging um eine Neudefinition des *Big Deal*, der nach dem historischen Zusammenbruch des staatsozialistischen Lagers neu zu denken und auszuhandeln war. Plötzlich rückte eine theoretische Debatte in den Vordergrund. Die seit über drei Jahrzehnten dominierende struktur- oder neorealistiche Schule der internationalen Beziehungen geht davon aus, dass primär die Interaktion von Staaten und nicht (nur) ihre jeweiligen materiellen Machtressourcen das anarchische internationale System und folgerichtig den Platz, den ein Staat im Gefüge des internationalen Systems einnimmt bestimmt<sup>93</sup>. Bestand („Überleben“) und damit die Maximierung von Sicherheit oder von Macht – ggf. durch Expansion – ist daher das überragende Ziel aller Staaten.<sup>94</sup> Konsens besteht innerhalb der vielfältigen Positionen dieser Schule darin, dass ein zentrales Element dieser Politik das Bemühen ist, Staaten oder Koalitionen von Staaten davon abzuhalten, „zu viel“ Macht zu akkumulieren und insofern *Mächtegleichgewichte* anzustreben sind, um derlei Bedrohlichkeiten zu konterkarieren. Da die Position eines Staates von der Konfiguration der Struktur der Staatenwelt abhängt, streben Staaten nach Machtausgleich und Gleichgewicht, weil nach dieser Position unipolare und hegemoniale Systeme inhärent instabil sind, da ihre Machtverteilung nicht ausbalanciert ist und die Situation der Unipolarität das destabilisierende Dispositiv einer unilateralen Politik befördert.<sup>95</sup>

---

<sup>93</sup> S. John J. Mearsheimer: *The tragedy of great power politics*, New York 2001 S.5: „Great powers are determined on the basis of their relative military capability. To qualify as a great power, a state must have sufficient military assets to put up a serious fight in an all-out conventional war against the most powerful state in the world.“

<sup>94</sup> Dem kann entgegengehalten werden, dass die zentralen Konflikte zwischen kapitalistischen Staaten nie für sich genommen auf das Überleben von Staaten zielten, sondern auf die Veränderung oder Zerstörung der diesen zugrundeliegenden sozioökonomischen Struktur. Ausführlich zur Debatte innerhalb des Neorealismus die exzellente Arbeit von Jürgen Wagner: *America`s Quest for Nuclear Dominance: Offensive Realism or „Myths of Empire“?* Magisterarbeit Tübingen 2005.

<sup>95</sup> So etwa Kenneth Waltz: *Structural Realism after the Cold War*, in: *International Security* 1/2000 S.5-41; ebenso Christopher Layne: *The Unipolar Illusion: Why New Great Powers Will Arise*, in: *International Security* 4/1993 S.5-51 („as nature abhors a vacuum,

Nun ist die Welt in solcher bürgerlicher Sicht ganz grundsätzlich gefährlich. Das letztlich daher erforderliche Streben nach ständigem Sicherheitsgewinn durch Machtzuwachs – also Expansion - *kalkuliert nur gleichsam in einer Zwischenetappe und als Zwischenlösung auf die Situation des Mächtegleichgewichts*. Letztlich wird der Platz des Hegemons in den Blick genommen: „The overriding goal of each state is to maximize its share of world power, which means gaining power at the expense of other states. But great powers do not merely strive to be the strongest of all great powers, although this is a welcome outcome. The ultimate aim is to be the hegemon – that is, the only great power in the system.“<sup>96</sup> Nicht Machtbalance und austarierendes Gleichgewicht, sondern *Primat und Vorherrschaft* sichern nach dieser zweiten, nicht bloß theoretischen, sondern auch tief psychologisch und politisch-kulturell verankerten Vorstellung letztlich das primäre Handlungsziel der Staaten (nämlich zu überleben) und die Stabilität des Staatensystems. Es gilt also, die Situation einer hegemonialen Ordnung ins Auge zu fassen. Es geht um „hegemoniale Stabilität“, die durch den Willen und die Fähigkeit einer einzelnen großen Macht „to create and sustain order“<sup>97</sup> geschaffen wird. Für diese Vorstellung ist sie friedenssichernd, weil der Schwache aufgrund der zu erwartenden Niederlage nicht nach militärischen Instrumenten greifen wird und der Starke hat es nicht nötig – ganz anderes dagegen in der Situation des Gleichgewichts, welche geradezu verlocke, mittels Militäreinsatz dieses zugunsten des Hegemoniegewinns aufzulösen. Der Hegemon kann Kollektivgüter wie Stabilität oder Sicherheit für alle Akteure eines Systems bereitstellen und so durchaus nützlich sein.<sup>98</sup> Zudem kann er seinen Zugriff selbst zügeln („strategic restraint“) und so durch Akzeptanzgewinn Überlastung („overstretch“) vermeiden. Beides, so neuerdings nun der abgrenzende, explizite Hinweis, seien Muster, die einer imperialen Ordnung fremd seien. Entstehen freilich trotz Leistungserbrin-

---

so international politics abhors unbalanced power. Faced with unbalanced power, some states try to increase their own strength or they ally with others to bring the international distribution of power into balance. (...) Unbalanced power, whoever wields it, is a potential danger to others. ” ).

<sup>96</sup> John Mearsheimer: *The Tragedy of Great Power Politics*, New York 2001, S.2. Ähnlich auch Wohlforth oder Zakaria.

<sup>97</sup> G. John Ikenberry: *Rethinking the Origins of American Hegemony*, in: *Political Science Quarterly* 1/1989 S.377.

<sup>98</sup> S.u.a. Robert Gilpin, *War and Change in World Politics*, New York 1981; John Gerard Ruggie, *International Regimes, Transactions, and Changes: Embedded Liberalism in the Postwar Economic Order*, in: *International Organization* 2/1982 S. 379-415.



gung und Selbstzügelung hartnäckige Herausforderer, die das Zeug für einen wirklichen Hegemonialkonkurrenten haben - dann droht deren Attacke oder sie werden präventiv aus der Welt geschafft.

Einer radikalen und unweglosen Denkschule freilich ist ein solches Raisonement über Leistungen oder Selbstbeschränkung fremd. Es gilt einfach, die Hegemonieposition auszureizen. Nach dieser Ansicht sind Unipolarität und eine ungleiche Verteilung von Machtressourcen gerade nicht die Quelle von Instabilität – im Gegenteil: wenn die dominante Kraft nicht herausgefordert werden kann aufgrund der schier Dimension des Machtungleichgewichts, dann sind Struktur und Situation stabil und von Dauer. Versuche, das Ungleichgewicht in ein Gleichgewicht zu verwandeln, brechen angesichts der Qualität des Ungleichgewichts oft schon frühzeitig zusammen oder werden erst gar nicht versucht. Mehr noch: nur die Prädominanz eines „wohltätigen“ hegemonialen oder imperialen Staats verhindere den Ausbruch von Kriegen in einer anarchischen Hobbes'schen Staatenwelt, weshalb im übrigen auch der machtpolitische Niedergang eines Hegemon die Kriegsgefahr steigern – schließlich macht das Kalkül auf militärische Gewalt dann zunehmend wieder Sinn, wenn die Sanktionsmacht eines Hegemon schwindet. Um eine stabil befriedete Welt zu sichern, sind auch verzweifelte (womöglich kriegerische) Handlungen eines Hegemons zur Verhinderung oder Verlangsamung seines *decline* legitim. Legitim ist auch, bereits die Entstehung eines Konkurrenten durch aktive präemptive Intervention zu verhindern, um eine stabile Situation zu erhalten. Selbstbegrenzung ist dabei kontraproduktiv. Es gilt, die Situation der Unipolarität für eine stabilisierende und friedenssichernde Politik des Unilateralismus zu nutzen. Unschwer zeigt sich hier die Bemühung und der alte Traum der Überlegenen, eine Position der Macht dadurch zu rechtfertigen, dass sie als etwas dargestellt wird, das im allgemeinen Interesse des Friedens, der Staatenwelt oder gar der Menschheit sei – ein ideologiepolitisches Muster, dessen historischer Traditionsbestand nachgerade unübersehbar ist<sup>99</sup>.

Diese Vorstellung von der vielfältigen Sinnhaftigkeit hegemonialer oder imperialer Dominanz avancierte nach 1989/91 auf breiter Front, formuliert in der Diagnose, dass sich ein Wandel von Bi- zur Unipolarität vollziehe. Seit dieser Zeit ist eine Betrachtung des internationalen System nach Maßgabe von „Polarität“ und „Unipolarität“ mit Macht wieder in das politische Denken zurückgekehrt. Ihre Protagonisten betonten im Unterschied zu liberalimperialen Einschätzungen frühzeitig den Tatbestand wie die Notwendigkeit des politischen *Bruchs* von 1989 und charakterisierten schon anfangs der 90er Jahre in einer Debatte der Zeitschrift *International Security* oder in den *Foreign Affairs* die damalige Zeitsituation als „unipolaren Moment“, den es entschieden zum Aufbau einer Pax

---

<sup>99</sup> So etwa Stephen Brooks, William C. Wohlforth: American Primacy in Perspective, in: *Foreign Affairs* 81 (July/August) 2002; Barry Posen: Command of the Commons, in: *International Security* 1/2003 S.5-46.

Americana zu nutzen gelte<sup>100</sup>. Es waren outsiders und unter diesen wiederum vor allem solche neokonservativer Provenienz, die am schärfsten die Position der unipolaren Ideologie verfolgten. Das ganze Jahrzehnt hindurch wurde diese Position vertieft, verdichtet und konnte immer stärker in den Vordergrund des politischen Feldes gebracht werden.<sup>101</sup> Vor allem die Clinton-Administration sei, so die neokonservative Kritik, zu einem solchen Bruch hin zur klaren *primacy* außerstande. Diese Frage des Bruchs aber war für sie essentiell. Darauf kam es den Neokonservativen an. Dies war dementsprechend in den frühen 90er Jahren der *zentrale Dissens* in der US-Elite, die Frage, auf die sich alle Auseinandersetzungen zentral konzentrierten: konnte der Zusammenbruch des globalen Konkurrenten Sowjetunion genutzt werden, *auf Dauer* bereits *die Entstehung* eines tendenziell konkurrierenden Hegemonen zu verhindern? Hatten die USA die Macht zur *dauerhaften* Intervention? Waren sie also imstande, die klassisch-geopolitische *imperialistische* Frage zu beantworten? Und konnten sie sich – in der Tradition des Liberalismus der Kenndey-Zeit und darüber hinaus – an das Geschäft des *liberalen Re-engineering* der Nationalstaaten in der Welt machen? Waren sie, wie Cheney während der Zeit der ersten Bush-Administration sagte, imstande „to shape the future, to determine the outcome of history“, oder, wie Kagan es später formulieren sollte, „to intervene decisively in every critical region“ der Welt, „whether or not a visible threat exists there“<sup>102</sup> – waren sie also willens und imstande, die *Welt* zu *gestalten*? "We have an unparalleled opportunity“, erklärte der republikanische Senator Richard Lugar 1996, „to manage the world.“<sup>103</sup> Konnte es nun eine haltbare Antwort auf die

<sup>100</sup> Kurzzeitig plädierten sie noch für "a unipolar world whose center is a confederated West" (Krauthammer), spätestens nach dem ersten Golfkrieg aber ging es ihnen nur noch um eine existierende einzelne Supermacht, die das real existierende unipolare Zentrum ausmache.

<sup>101</sup> Dafür stehen Texte wie Christopher Layne, *The Unipolar Illusion: Why New Great Powers Will Rise*, in: *International Security* 4/1993, S.5-51; Charles Krauthammer: *The Unipolar Moment*, in: *Foreign Affairs* Nr. 70 (1990-91); Michael Mastanduno: *Preserving the Unipolar Moment: Realist Theories and U.S. Grand Strategy*, in: *International Security* 4/1997, S. 49-88; Robert Jervis: *International Primacy. Is the game worth the candle?* In: *International Security* 4/1993; Barry R. Posen, Andrew L. Ross: *Competing Visions of U.S. Grand Strategy*, in: *International Security* 3/1996-7, S.5-53; William C. Wohlforth: *the Stability of a Unipolar World*, in: *International Security* 1 /1999 S. 4-41; Robert Kagan, William Kristol: *The Present Danger*, in: *The National Interest* 59 (2000), S.57-69; Zalmay Khalilzad: *Losing the Moment? The United States and the World After the Cold War*, in: *Washington Quarterly* 2 /1995; John G. Ikenberry: *After September 11: America's Grand Strategy and International Order in the Age of Terror*, in: *Survival* 4/ 2001-02, S. 19-34; Steve E. Miller: *The End of Unilateralism or Unilateralism Redux?* In: *The Washington Quarterly*, 1/ 2002, S. 15-29; Joseph S. Nye: *Tests: Between Concert and Unilateralism*. In: *The National Interest* Winter 2001/02, S. 5-13; Kenneth Waltz: *Structural Realism After the Cold War*, in: *International Security* 1/2000; Ethan Kapstein, Michael Mastanduno (Hg.): *Unipolar Politics: Realism and State Strategies After the Cold War*, New York 1999; Robert Jervis: *Doomed to Failure: Grand Strategy in a Weak State*, Lecture v.2.2.2000 in Yale. Zur Kritik s. Charles William Maynes: *The Perils of (and for) an Imperial America*, in: *Foreign Policy* Nr. 111 (1998) S. 36-49; Clyde Prestowitz: *Rogue Nation: American Unilateralism and the Failure of Good Intentions*, New York 2003; Michael Hirsh: *At War With Ourselves: Why America Is Squandering Its Chance to Build a Better World*, New York 2003. Zuvor bereits sehr einflussreich Zbigniew Brzezinski: *The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives*, New York 1997.

<sup>102</sup> Zit. nach Robin, *Endgame*, S.27f.

<sup>103</sup> USA Today v.4.1.1996

*imperiale* Frage geben?

Nachdem mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus die erste Aufgabe („to make world safe for capitalism“) auf absehbare Zeit hin gelöst und damit auch ihr Tauschwert im Machtpoker der Staaten rapide entwertet wurde (und es war die wichtigste Münze im Kalten Krieg und bei der Durchsetzung der zweiten Aufgabenstellung), rückte die zweite Zielsetzung in den Vordergrund. Im Kern müssen hierzu zwei Aufgaben gelöst werden: es geht um die *besondere* Dominanz in der jeweiligen Konkurrenzbeziehung zwischen den zentralen kapitalistischen Staaten (dem „Kern“) ebenso wie um die *allgemeine* Dominanz der USA im internationalen System. In der unipolar gewordenen Situation nach 1989 geht es für die USA nicht mehr nur um „Abschreckung“ eines Konkurrenten, Gegners oder Feindes, sondern darum, durch Blockade, Inklusion oder präventive Intervention bereits im Ansatz die *Entstehung* einer Situation der Konkurrenz selbst zu verhindern. Dies ist die erste qualitativ neue Problemstellung, auf welche das seit den 70er Jahren sich formierende *neuimperiale* Projekt des *neoliberal empire* nun zu reagieren versuchte und die mit einer Politik der klaren Präemption beantwortet wurde. Wo es keine real existierenden konkurrierende Hegemonen mehr gibt, geht es darum, durch den Aufbau von interventionsfähigen geopolitischen Konstellationen und militärischen Ressourcen bereits eine mögliche Entstehung solcher mit den USA konkurrierenden Hegemonen zu verhindern. „*Enter-tainment*“ nannte jüngst Peter Gowan diese Verbindung von Eindämmung und Eingriff - „die Vereinigten Staaten (können) es sich nicht leisten“, erklärte etwa Wolfowitz, „dass eine feindliche Macht Europa, Asien oder den Persischen Golf beherrscht.“<sup>104</sup> Weiter muss in Zonen, in denen der neue global werdende Kapitalismus noch „unsicher“ und unstabil ist und die kapitalistische Ordnung wie die Hegemonie der USA zwar nicht gefährdet, aber doch gestört und irritiert werden können, *Sicherheit exportiert* werden. Und wo *Terrorismus* zu einem globalen Phänomen wird, das auf neue Weise unmittelbar die USA als kapitalistische Primärmacht bedroht, ist ein neuer wesentlicher Grund für eine globale Projektion militärischer Macht entstanden. Dies alle summiert sich zu dem, was Colin S. Gray eine „grand strategy of preventive action“<sup>105</sup> ge-

---

104 Paul Wolfowitz: Remembering the Future, in: The National Interest 59 (2000). Der Satz "Der Präsident beabsichtigt nicht, irgend einer ausländischen Macht zu erlauben, den riesigen Vorsprung einzuholen, welche die USA seit dem Fall der Sowjetunion erlangt hat" stand in der am 20.9.2002 vormittags verteilten Version einer Presseerklärung des Weissen Hauses, am Nachmittag war er entfernt worden, s. das Press-Briefing des Pressesprechers Fleischer. <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/09/20020920-2.html>. Ähnlich Rice, die in einer Rede am 1.10.2002 zur NSS erklärte: „We will seek to dissuade any potential adversary from pursuing a military build-up in the hope of surpassing, or equaling, the power of the United States and our allies“. Etwas roher formuliert von neokonservativer Seite bei Ben Wattenberg: die Aufgabe sei es "wachsam zu sein gegen die Entstehung feindlicher regionaler Supermächte – zum Beispiel Irak oder China. Amerika ist die Nummer 1. Wir stehen für etwas Anständiges und Wichtiges. Das ist gut für uns und für die Welt. So wollen wir es halten." Washington Times v. 12.4.2002

<sup>105</sup> Colin S. Gray: The Sheriff. America's Defense of the New World Order, Lexington 2004 S.25.

nannt hat.

Sicherung des amerikanischen Primats bedeutet aber zum anderen noch weit darüber hinausgehend, das spezielle Tauschgut der USA im globalen *Big Deal* - die „Sicherung der Welt für den Kapitalismus“ - so zu gestalten, dass sie zugleich dieses Primat befördert, indem sie das internationale politische und ökonomische System offenhält (open door, free trade, access) und Schließungen, Merkantilismus oder Autarkiepolitiken verhindert. *Es geht nun tatsächlich erstmals um die unmittelbare Produktion von Weltordnung.* Dies ist die zweite qualitativ neue Problemstellung, auf welche das neuimperiale Projekt in der Zeit des neoliberalen Kapitalismus zu reagieren versucht. Diese doppelte Zielsetzung eines unilateralen Interventionismus, der auf die unmittelbare Produktion einer imperialen Weltordnung aus ist, ist für die Tradition der Imperialität neu und daher macht es Sinn, dieses sich nun auf der Grundlage eines expansiven Neoliberalismus entwickelnde Projekt *neuimperial* zu nennen. *Und dieses Projekt allerdings ist zumindest in mittlerer Sicht das alleinig amerikanische Projekt der Gegenwart.*

Dass die Welt *interventionsoffen* gehalten bzw. gemacht und damit durch eine unipolar positionierte und vor allem auch unilateral handlungsfähige und –bereite USA *transformationsfähig* gehalten werden könne und müsse, ist nach 1989 der herrschende Konsens unter den US-Eliten gewesen. Sie sahen als das substantielle Signum der neuen postsowjetischen Gegenwart die qualitativ neue globale Disparität der Macht. Um die Position des Unterschieds und Abstandes zu allen anderen Mächten der Erde zu sichern, ist nach 1989 eine neue große global ansetzende Doktrin entwickelt, unter der zweiten Regierung Bush dann auch im innenpolitisch legitimierenden Windschatten des „Kampfes gegen den Terror“ schrittweise und hörbar expliziert, legitimiert und schließlich in der Form der Sicherheitsdirektive im Herbst 2002 offiziell geworden. Der Gedanke ist, dass erstmals seit Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer politischen Ordnung das Ungleichgewicht der Mächte auf Dauer gestellt werden kann. Imaginiert wird ein Empire, das dauert. Die strategische Idee der 2002 publizierte Nationalen Sicherheitsdirektive (NSS) operierte dementsprechend im großen historischen Bezug: sie konstatiert den Ausgangspunkt einer neuartigen qualitativen Machtdifferenz zwischen den USA und dem Rest der Welt („american empire“), formuliert ein außerordentliches Ziel, diese global auf Dauer zu stellen („pax americana“) und hebt auch mit neuem Gewicht die Methodik einer aktivistischen Politik hierzu hervor („military superiority beyond challenge“, „war against terror“, „prevention“, „global democratic revolution“ [Bush]), die sie mit der neuen geopolitischen Großerzählung des Krieges durch Terrorismus legitimiert. Die USA verstanden sich vollends als „revisionist power“ (Michael Mastanduno).

Imperialität ist, was die politischen Eliten und Strömungen der USA angeht, eine unstrittige, richtungsübergreifende Zielsetzung. Der oft hervorgehobene Dissens über die Kosten des Uni- oder Multilateralismus zwischen den auf unilaterale oder multilaterale Handlungsstrategien orientierten Gruppen verdeckt, dass es hier zwar um grundsätzliche taktische wie strategische Differenzen ging, alle Beteiligten aber die paradigmatische Selbstbeschreibung der USA als prägnant imperialer Macht auf der Grundlage ihrer unpolaren Position teilten<sup>106</sup>.

Welche Differenzen gab es? Der Dominanzwechsel im politischen Richtungsgefüge, für den der „Reaganismus“ der 80er Jahre und dann vor allem der „Bushismus“ des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts stehen, reflektierte sich in der neuen *Dynamik, Trägerschaft* und *Legitimation* des Projekts eines neoliberalen American Empire und vor allem in einem *interventionistischen Unilateralismus*, für den nun ausreichend politischer Raum schien. *Dieses rechtsimperialen Projekt verfolgt den Übergang vom liberalimperialen, multilateral operierenden Globalismus, der nach 1945 installiert wurde, zum globalen Unilateralismus – zwei Varianten des American Way of Globalism.* Beide operieren durchaus mit einem unterschiedlichen Mischungsverhältnis von *Markets und Missiles*.<sup>107</sup>

Historisch war demgegenüber ja die Konzeption und Leitkultur des informellen American Empire ein *liberalimperialen* Projekt des hegemonialen Liberalismus. Die Begriffskombination „Liberalimperialismus“ kommt in der historischen Literatur zu den USA bzw. zum Liberalismus kaum vor, noch weniger die Rede von liberal- oder rechtsimperialen Projekten der Positionierung der USA in der Welt. Liberalismus, Imperialismus und Imperialität zusammenzudenken ist da durchaus unüblich. Stattdessen ist seit jeher die angenehm klingende Rede vom liberalen „Internationalismus“ zu hören. Doch der amerikanische Kapitalismus und seine imperialen Projekte waren schon früh von den Farben eines hegemonialen Liberalismus geprägt. Frühzeitig konkurrierten mit ihm bei sehr unterschiedlichem Erfolg eine rechte politische Richtung und ein entsprechendes rechtsimperialen Projekt und beide Richtungen entwickelten im Laufe der Zeit starke innere Differenzierungen, Übergänge, Hybride, Dissidenten und Abspaltungen<sup>108</sup>. Als „liberaler Hegemon“ ope-

---

<sup>106</sup> Ein Beispiel ist der Aufruf des damaligen Direktors für politische Planung Colin Powell's und späteren Präsidenten des Council on Foreign Relations Richard Haass an die Amerikaner im Jahr 2000, „ihre globale Rolle neu zu beschreiben als imperiale Macht und nicht mehr als traditionellen Nationalstaat.“ Zit. nach Andrew J. Bacevich: *American Empire: The Realities and Consequences of U.S. Diplomacy*, Cambridge 2002, S.219. Stanley Hoffmann, *The Foreign Policy the US Needs*, in: NYRB v.10.8.2006 spricht vom „imperial nationalism of both groups“. S. auch Karl K. Schonberg: *Paradigm Regained. The New Consensus in US Foreign Policy*, in: *Security Dialogue* 4/2001.

<sup>107</sup> S. David Skidmore: *Understanding the Unilateralist Turn in U.S. Foreign Policy*, in: *Foreign Policy Analysis* 2/2005 S.213. Die erste Formulierung stammt vom japanischen Botschafter Hisashi Owada.

<sup>108</sup> Zum politischen Großspektrum imperialer Projekte gehörten seit Ende des vorletzten Jahrhunderts auch transformatorische linke Großraumprojekte jenseits des liberalen Feldes

rierte das informelle Empire USA dabei durch ein Set multilateraler Institutionen, das insbesondere seine militärische Dominanz vermittelte, legitimierte und zugleich verhüllte und damit seinem Primat eine Legitimation verschaffte: auch hierin zeigte sich die indirekte und informelle Natur des American Empire.<sup>109</sup> Das klassische liberalimperiale Regime der auf Disziplinierung und Integration der konkurrierenden kapitalistischen Staaten zielenden US-amerikanischen Hegemoniesicherung war darauf aus, nur die außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen der Staaten direkt bilateral zu kontrollieren, die militärische Hochtechnik und die Finanzsphäre indirekt zu regulieren und ansonsten auf die Attraktivität der indirekten und konsensorganisierenden Medien der „Wohltätigkeit“ und *soft culture* (Hollywood) zu bauen, welche die Globalisierung der in den USA entwickelten Elemente des modernen fordistischen Produktions-, Konsumptions- und Technikmodells begleiteten. In der neuen Zeit jedoch weitet sich das Feld des direkten Eingriffes durchaus aus. Ein *global political engineering* verbreitete sich, welches die Rolle internationaler Institutionen als Medien zur Globalisierung US-amerikanischer Interessen („instrumenteller Multilateralismus“) zugunsten unmittelbarer Interventionen und einer Aufwertung eines US-amerikanischen „prototypischen Globalstaats“ (Leo Panitch) deutlich abwertete<sup>110</sup>. Nachdem es der hegemoniale Liberalimperialismus war, der nach 1945 eine erste nachhaltig herrschaftsfähige Antwort auf die Frage nach der globalen Form der Sicherung eines amerikanischen Primats gefunden hat, setzte sich in den 90er Jahren mit Clinton eine radikalisierte, interventionistische Antwort durch, die mit der aufkommenden recht-

---

und auf der rechten völkisch-terroristische Ordnungsprojekte, die in der mörderischen Raumbereinigungspolitik des Faschismus kulminierten. Auch innerhalb des liberalen Feldes existiert ein weit differenziertes Spektrum, das etwa Koppelungen mit der sozialdemokratischen Linken („Sozialliberalismus“ und seine imperialen Projekte) einschloß, die schon in den 60er Jahren in der Dissertation von Reinhard Opitz skizziert wurden, s. Reinhard Opitz: Der deutsche Sozialliberalismus 1917-1933, Köln 1973

<sup>109</sup> John Gerald Ruggie, Multilateralism: The Anatomy of an Institution, in: ders. (ed.): Multilateralism Matters: The Theory and Practice of an Institutional Form, New York 1993 S. 11, charakterisiert Multilateralismus als “an institutional form that coordinates relations among three or more states on the basis of generalized principles of conduct.”

<sup>110</sup> Inwieweit diese Veränderung der Politik die Krise des US-amerikanischen Neoliberalismus reflektiert und auf eine Beschleunigung der Selbstadaption des verschiedenen europäisierten Varianten des Neoliberalismus an das (in sich durchaus auch heterogene) US-Modell abzielt, soll hier offen bleiben. Ebenso wie die im Zusammenhang mit der Studie von Hardt/Negri zentrale Frage, ob diese - von ihnen nicht gesehene - neue Dynamik der Profilierung eines US-amerikanischen Proto-Globalstaats („American Empire“) nicht als Katalysator der Bildung eines neuen „Empire of Postmodernity“ verstanden werden muss.

simperialen Strömung konkurrierte und sich dabei immer stärker an deren Positionen anglich. Die Basis dieser Entwicklung war nicht nur durch Zusammenbruch des Staatssozialismus, sondern auch die die Stärkung der ökonomischen Position der USA, ablesbar an der Zunahme ihres Anteils am *world economic product* von 25 auf 30 % und einem 107 Monate andauernden Wirtschaftswachstum, das dann erst nach der Jahrtausendwende im Bubble der *new economy* zusammenbrach. Zugleich entstand neuer fiskalischer Spielraum der Politik – erstmals seit 1969 wurde das Budgetdefizit eliminiert und das ökonomische Wachstum ermöglichte eine Wende zu expansiven Militärausgaben ohne erwähnenswerte Legitimationsprobleme. Unter diesen Bedingungen war Mitte der 90er Jahre klar: die politische Klasse der USA optierte fast geschlossen für eine prononciert eben *nicht* multilaterale *world leadership* zu Lasten der UNO: 1995 plädierten 98 % der vom *Council for Foreign Relations* befragten Mitglieder der politischen, medialen und akademischen Elite der USA für eine “world leadership” der Vereinigten Staaten von Amerika und nur ein Drittel sprach sich für eine Stärkung der Vereinten Nationen aus.<sup>111</sup> Parallel hierzu nahm der Anteil derjenigen unter der außenpolitischen Elite der USA, die glaubten, dass Japan ein aussichtsreicher Hegemonialkonkurrent sei, rapide ab: ihr Anteil sank von 63 % in 1990 über 21 % in 1994 auf 14 % in 1998.<sup>112</sup> Nicht nur für die Neokonservativen war ebenso deutlich geworden, dass Europa dieser Rolle nicht übernehmen konnte und ebenfalls eine Macht im Abstieg war: „The 1990s witnessed not the rise of a European superpower but the decline of Europe into relativ weakness(.) ...military incapacity and political disarray.“<sup>113</sup> So bildete sich in den 90er Jahren immer prononcierter die Überzeugung heraus, dass sowohl Russland als auch Japan und Europa ihren Anspruch auf den Kandidatenstatus eines Hegemonialkonkurrenten für die Vereinigten Staaten verloren hatten und sich langsam eine reale Chance auf eine einmalige Dominanzposition der USA herausbildete. Das Verhältnis von „Multilateralismus“ und „Unilateralismus“ in der Außenpolitik wurde sukzessiv neu justiert.<sup>114</sup> Eine neu *erweiterte Ambition neuimperialer Politik* ging nun geradezu nahtlos zusammen mit der *grenzenlosen Spekulation* einer *new economy*, deren Konturen sich abzeichneten und die zum Movens einer grundlegenden Neuorganisation des global gewordenen Kapitalismus hypostasiert wurde. *Die Wirklichkeiten – vor allem aber die Optionen und Zukunftsträume – von Ökonomie und Politik bewegten sich auf seltene Weise in zeitgleichem Rhythmus neuimperialer Macht.*

---

111 S. William Pfaff: *The Future of the United States As a Great Power*, New York 1996 S. 9.

112 Bruce Cumings: *The American Ascendancy*, in: *The Nation* v. 8.5.2000.

113 So später im Rückblick Robert Kagan, *Power and Weakness*, in: *Policy Review* Juni 2002 S.3ff. Deutlich auch Perle nach 9/11 zu den Europäern: “we no longer need them in the way that we once did. They are no longer vital to the defence of our interests in the world.” Zit. nach Stefan Halper, Jonathan Clarke: *America Alone. The Neo-Conservatives and the Global Order*, Cambridge 2004, S.95

114 John Van Oudenaren: *Unipolar Versus Unilateral*, in: *Policy Review* 124 (2004). Hier eine detailliertere Skizze der Zunahme unilateraler Politiken in den 90ern.

Clintons erster Nationaler Sicherheitsberater Anthony Lake hob in seiner ersten zentralen Rede über die *grand strategy* der USA als grundlegendes Merkmal der Ära hervor, „that we are its dominant power...Around the world, America’s power, authority and example provide unparalleled opportunities to lead“. Im Zentrum der Politik dieser dominanten Macht stand zunächst die Bearbeitung des Verlaufs und der Folgen der Auflösung und des schließlichen Zusammenbruchs des Warschauer Pakts im Mittelpunkt seiner aussenpolitischen Agenda. Es galt, die Grundlagen des Kapitalismus unter möglichst weitgehender Führung der USA in die neuen Räume zu bringen. Die sich daher rasch globalisierende Außenpolitik hatte somit eine klare Zielsetzung: *Transformation*. Hier bestand also bemerkenswerterweise keine Differenz zwischen Clinton und den neokonservativen „Revolutionären“, die auf Umwälzung aus waren. Lake formulierte: „Die Nachfolgerin einer Doktrin der Eindämmung muss eine Strategie der Expansion (enlargement) sein – der Ausdehnung der Weltgemeinschaft freier Marktdemokratien“<sup>115</sup>. Lake kündigte mit einer ganz außergewöhnlichen Formulierung an, dass die „*defensive phase of US strategy, never intended to be more than temporary, had ended.*“<sup>116</sup> Am Ende der zweiten Clinton-Administration waren *aktivistische* und *interventionistische Offensivkonzepte* im Zeichen des Menschenrechtsbezugs und des *democratic enlargement* immer mehr in den Vordergrund getreten, allerdings ohne dass unter diesem Präsidenten eine breite humanitär begründete Mobilisierung der Bevölkerung für Auslandseinsätze versucht worden wäre, deren Zweck die Sicherung der US-Dominanz war.<sup>117</sup> Die Clinton’sche liberalimperial Geopolitik des “enlargement” marktdemokratischer Allianzen im Zweifel mittels *humanitärer Intervention* und die Rethorik der global zu implementierenden *Menschenrechte* wurde unter der zweiten Bush-Regierung dann ad acta gelegt – *die dabei implizierte Relativierung des Souveränitätskonzepts und die Politik der „Demokratieförderung“ jedoch nicht*: gegenüber übergreifenden Werten und Normen wird Souveränität weiterhin relativiert und Intervention so legitimiert. Ohne eine solche weitreichende *Entwertung des Souveränitätskonzepts* sind Präventivinterventionen zum Zweck der frühzeitigen Verhinderung der Bildung eines Machtkonkurrenten von vorneherein legitimationschwach. Neue zusätzliche Legitimationen werden auch aufgebracht. Hier liegt der breite Konsens des *neuen Interventionismus der Macht*, der die Regierungen der 90er Jahre und danach miteinander ebenso verbind-

---

115 From Containment to Enlargement, School of Advanced International Studies, John Hopkins University, Washington 21.9.1993. Zit. nach der ausgezeichneten Studie von Peter Gowan: The American Campaign for Global Sovereignty, in: Socialist Register 2003, London 2002, S.9.

<sup>116</sup> Zit. nach Bacevich, American Empire, S.98. Hevrorrh. RR

<sup>117</sup> “The US national security elite (Democratic and Republican) did, however, settle on a policy of hegemony sometimes in the late 1990s. The people of the United States did not play a significant role in this decision (...) Debates between Democrats and Republicans now focus on the modalities of hegemony – whether the United States whould work through multilateral institutions to exercise and increase its power or work outside them.” Barry P. Rosen: Command of the Commons. The Military Foundation of U.S. Hegemony, in: International Security 1/2003, S.5f.



det wie die Staaten der NATO, Russlands, Japans oder Australiens – die Legitimationsmuster und die jeweiligen nationalen Kapazitäten unterscheiden sie dabei voneinander. *Die Ausbreitung der Kultur des Interventionismus und einer vertikalen Geopolitik ist eine der dramatischsten Entwicklungen der Zeit nach 1989*<sup>118</sup>. Auch wenn dabei die Unterscheidungen zwischen Intervention, Hilfe und Zwang verwischt werden, ist sie auch eine Komponente *formelle* Imperialität: es ging und geht auch um das interventionistische *Überschreiten*, nicht nur mehr um das osmotische *Durchdringen* von Grenzen, in aller Regel nur oberflächlich legitimiert durch das UN-Regime. In der Endphase der Clinton-Administration war die Einschätzung verbreitet, dass die militärische Dominanz der USA auf Jahrzehnte hinaus nicht gebrochen werden könnte - so vermerkte der 1999 vorgelegte Report *New World Coming: American Security in the 21st Century*: „...a global competitor to the United States is unlikely to arise over the next 25 years...“.<sup>119</sup> Die neue Kultur des Interventionismus bereitete – ungeachtet ihrer immerhin teilweise differenten Motivation, Zielsetzung und Legitimation – den Boden für rechtsimperiale Strömung vor, die mit George W. Bush an die Regierung gelangte. Sie operierte im Bewusstsein großer militärischer Dominanz. Auf die USA entfielen 58,0 % der Militärausgaben der sieben größten Mächte der Welt (USA, Japan, Deutschland, Frankreich, England, Russland, China).<sup>120</sup> Ihre militärische Dominanz war spektakulär: 63 % der militärischen Schiffstonnage, 46 % der landbasierten und 91 % der seegestützten Luftstreitkräfte sowie 39 % der Bodentruppen weltweit. Ein Fünftel der US-Streitkräfte – rund eine halbe Million – war in einem globalen Archipel von fast 400 größeren Basen stationiert. Umfangreichere militärische Kontingente der USA waren in 40 Ländern stationiert, in zehn Ländern gab es Stützpunkte der Marine. Der „Base Structure Report“ für 2003 nennt 702 Basen mit 250 000 Militärpersonen, die in 130 Ländern aufrechterhalten werden und weitere 6000 Militärbasen auf dem Territorium der USA.<sup>121</sup> Im März 2004 waren rund 350 000 US-Militärpersonen außerhalb der USA stationiert, davon 257 692 nicht in NATO-Staaten. Mittelweile dienen 37 000 Ausländer im

<sup>118</sup> Dies hebt zu Recht auch G. John Ikenberry: *America as a Liberal Leviathan*, Working Paper der Grand Strategic Choices Working Group, Princeton v. 16.9.2004 S.2 hervor. S.a. Karin von Hippel, *Democracy by Force: U.S. Military Intervention in the Post-Cold War World*, New York 2000 sowie David Rieff: *Liberal Imperialism*, in: Andrew J. Bacevich (Hg.): *The Imperial Tense*, Chicago 2003.

<sup>119</sup> „New World Coming: American Security in the 21st Century“ (Phase I Report of the US Commission on National Security in the 21st Century, Hart/Rudman I). 15 Sept 1999, S. 4, [www.nssg.gov/Reports/reports.htm](http://www.nssg.gov/Reports/reports.htm).

<sup>120</sup> Torbjorn L. Knutsen: *Unipolarity and Its Varieties*, Vortrag ISA 19.3.2004, S.4. Und sie halten bei einem vermuteten Aufwand von 30 Mrd \$ die weitaus größte Spionage- und Überwachungsressource der Welt.

<sup>121</sup> Basen in Kosovo, Israel, Afghanistan, Irak, Kuwait, Qatar, Usbekistan oder Kirgistan werden allerdings nicht erwähnt, s. Chalmer Johnsons „America’s Empire of Bases“. Der entsprechende Report für das Jahr 2004 spricht von 860 militärischen Installationen der USA in 46 Ländern und von ca. 350 000 Personen im aktiven militärischen Dienst, von denen 257692 nicht in der NATO stationiert sind. Der Bericht des DoD „Worldwide Manpower Distribution by Geographical Area v.30. 9. 2004, S.2ff. führt aus, dass von 4,12 Mio Personen im aktiven militärischen sowie zivil-militärischen Dienst 589,494 im Ausland stationiert seien, davon allein in Deutschland 222,331 und in Japan 108,542 Personen.

US-Militär und ihr Anteil wächst. Die offenbar rasch wachsende Anzahl der formell vertraglich gebundenen privaten Söldnerkräfte ist nicht bekannt. Knapp die Hälfte der im Ausland stationierten US-Soldaten sind auf dem Territorium der NATO stationiert, etwas mehr als ein Drittel in Japan und Südkorea. In diesem „Empire of Bases“ reflektiert sich nichts anderes als eine offenbar unverzichtbare territorialimperiale Dimension – keineswegs aber ein globales Archipel imperialer Forts, die den unmittelbaren lokalen oder regionalen Raum beherrschen sollen; das „Imperium der Militärbasen“ war immer Gerüst und Medium globalen Zugriffs auf den Raum und damit unverzichtbares Skelett der Raumhoheit.<sup>122</sup> Bereits Mitte der 90er Jahre machten die USA klar, dass ihr politisches und militärisches Engagement in Ostasien auf unbestimmte Zeit fortgesetzt werden würde – also in Korea, Japan, Indonesien, Singapur, Malaysia, Philippinen. Diese Relation wiederholt sich unter den heutigen Bedingungen im Inneren der Staaten: jene rund 8000 Amerikaner in Afghanistan sind dort nicht stationiert, um landesweit unmittelbare Militärmacht zu realisieren; vielmehr reicht eine solche schmale Ressource aus, in kurzer Frist ausreichend Macht zu projizieren. Von den weltweit 34 Flugzeugträgern fahren 24 unter amerikanischer Flagge. Die „Special Forces“ der USA führen jährlich tausende von Operationen in 170 Ländern der Welt durch. Die USA hat zehnmals so viel unmittelbar einsetzbares Militärpersonal als alle anderen NATO-Staaten zusammengenommen.<sup>123</sup>

Zwischen einer stark interventionistischen und nach rechts gerückten liberalimperialen und einer rechtsimperialen Richtung bestanden gleichwohl mehr als graduelle Unterschiede. Erst mit der in den 60er Jahren neu entstehenden und in den 80er Jahren dann erstmals regierenden Strömung einer neuen Rechten war in den USA eine neue mächtige und hegemoniefähige *rechtsimperiale* Richtung entstanden, die gleichsam das äußere Moment der starken Politik in der neuen Zeit des postfordistischen Neoliberalismus der starken Ökonomie repräsentierte. Während auf der einen Seite die 70er Jahre den Durchbruch des neoliberalen Marktfundamentalismus und seiner antipolitischen Apologie des radikal freien Marktes und der ökonomischen Deregulierung, also der konsequenten Liberalisierung der Waren-, Finanz- und Kapitalmärkte brachte, bildete sich zugleich eine neue – konkurrierende wie korrelierende! - Linie der starken militaristischen Politik mit einer eigenen ideologischen Agenda, die gegen die politisch herrschende liberale Richtung antrat, der mit Vietnam und Iran sein erstes Waterloo erlebt hatte.<sup>124</sup> Für die Repräsen-

---

<sup>122</sup> „These are not colonies“, erklärte einst der US-Kriegsminister Stimson, „they are outposts“, nach Porter, *Empire and superempire*, S.82.

<sup>123</sup> S. Michael O’Hanlon, P.W. Singer: *The Humanitarian Transformation: Expanding Global Intervention Capacity*, in: *Survival* 1/2004 S.84.

<sup>124</sup> Es waren der *Dixie Capitalism* des Südens, das *Wallstreet-Dollar-Regime* des Nordens, die staatsverwobene Militärökonomie und Kriegerkultur des *Cold War* und die Ideologen aus der *Mont-Pelerin-Society* oder der *Chicago School* und ihrer Vorläufer mit ihrer markt-enthusiastischen Zielkultur, die den global werdenden Neoliberalismus der 80er und 90er als ein neues politisches Projekt konfigurierten und ihm seinen politischen Muskel und Reichweite gaben, s. Rainer Rilling: *Über starke Ökonomie und starke Politik*, in: *Utopie-*

tanten dieser Herausfordererlinie galt der Satz von Karl Polanyi: "Macht hatte Vorrang vor Profit. Wie sehr die beiden Bereiche einander durchdringen mochten, letztlich war es der Krieg, der dem Geschäft das Gesetz aufzwang."<sup>125</sup> Die Generation der Hohen Priester des marktradikalen Neoliberalismus in WTO, IMF und Weltbank ist dieselbe Generation wie die *political warriors* des Kriegskabinetts Bush. Die politische Geschichte des letzten Vierteljahrhunderts in den USA könnte geschrieben werden als Geschichte des Aufstiegs der rechtsimperialen Richtung und ihres Kampfes gegen die liberalimperiale Richtung, wobei beide Richtungen zugleich immer mehr von der veränderten Grundkonstellation des sich neoliberal transformierenden Kapitalismus durchdrungen wurden. Dass sich diese Auseinandersetzung zugleich als wechselseitig Funktionalität, Nützlichkeit und Voraussetzung vollzog, ist evident. Diese im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts entstehende neuimperiale Struktur operierte gegenüber den Nationalstaaten mit einer weitaus breitbandigeren und strafferen Kontextsteuerung bzw. Politik der asymmetrischen Kooperation als in der Zeit zuvor. Die Durchsetzung dieser neuen Entwicklungsform eines informellen American Empire – vor allem auf die Strukturierung internationaler Regimes fokussiert – setzt die Existenz relativ stabiler und effizient operierender formeller Staatsorganisationen voraus – weshalb es durchaus in die Tradition des liberalimperialen Globalismus passt, dass durch direkte Intervention und formelle Übernahme territorialer Staatsfunktionen (wie z.B. als Besatzungsregime im Irak) die Ausbildung einer solchen Struktur forciert wird. Solche Formen unmittelbarer oder direkter imperialer Okkupation sind für diese Richtung aber Übergangerscheinungen und ressourcen- wie legitimationspolitisch über größere Zeiträume extrem problematisch. Ihre Ratio besteht nur darin, den spezifischen Herrschaftsmodus informeller Imperialität – nicht über, sondern *durch* Staaten zu herrschen – zu restaurieren und global zu implementieren, sei es durch Transformation eines Staates, der sich einer informellen Penetration sperrte (dies ist der eigentliche Grund der aggressiven Wende der amerikanischen Politik gegen den iranischen „Gottesstaat“), sei es noch grundlegender durch *state-building* eines *failed state*. Nur aufgrund dieser operativen Funktionalität für das liberalimperiale

---

kreativ 169 (2004) S. 975-985.

<sup>125</sup> Polanyi, Karl: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1978. S. 31.

Herrschaftsprojekt konnte das rechtsimperiale Projekt eine so breite politische Akzeptanz in der herrschenden Klasse der USA erreichen und einen Elitenkonsens errichten für die sie gegenüber der bisher dominierenden Richtung spezifisch auszeichnenden Politiken

- der *Prävention* und der *Forcierung militärischer Gewalt* „beyond challenge“ im Zeichen einer „full-spectrum dominance“ und „coercive diplomacy“,
- des Übergangs zu einer räumlich wie zeitlich *entgrenzten* Kriegskonzeption („Krieg gegen den Terror“)
- und der Etablierung eines globalen *Souveränismus*, wonach die USA international *unilateral Regeln* (z.B. über Allianzen und Blockbildungen) setzen (selbst aber einen Ausnahmestatus beanspruchen<sup>126</sup>), *universell gültige Zielsetzungen* formulieren („expand liberty“), den *Krisenfall* („Notstand“) bestimmen, die *Unterscheidung zwischen Freund und Feind* wie die damit verknüpfte Entscheidung über den Einsatz von *Gewalt* treffen und
- endlich eine forcierte Politik der Begrenzung der Souveränität anderer Nationalstaaten und Machtsubjekte betreiben.

Die Politik der Entwertung multilateraler Strukturen wurde materiell fundiert durch den verstärkten Ausbau *bilateraler*, asymmetrisch - klientelistischer „besonderer“ Kooperationen mit peripheren Staaten und der Politik einer Etablierung von *Regimen mit abgestufter Souveränität*. Während es dieser Richtung aufs Erste gelang, diese Grundorientierungen im klassischen Einflussraum der USA weitgehend durchzusetzen, schwächelte sie nach wenigen Jahren im Lande selbst. Die heterogene Konfiguration der neuimperialen politischen Rechten in den USA um die Jahrhundertwende war ja eine geradezu beispiellose politische Innovation, in der sich zusammenband, was bislang in gar keiner Weise zusammenzugehen schien. Die Bildung eines gemeinsamen Machtkörpers aus neokonservativen Warriors und reaganitischen Militärs, nationalistischen und theokratischen, fundamentalistischen Christen, marktradikalen Neoliberalen, der altrepublikanischen und oft säkularen *prolife* und *profamily* ausgerichteten Mainstreamrechten und den militant antietatistischen „*small-government*“ - Konservativen aus *anti-tax*-Kreuzzüglern, den Waffenthusiasten um die National Rifle Association und Eigentumspropagandisten (die Front gegen das Staatseigentum etwa an Land machten oder wie das libertäre *Constitution in Exile movement* versuchten durch eine Neuinterpretation der Verfassung den „sozialistischen“ Wohlfahrtsstaat

---

<sup>126</sup> Peter Spiro sprach schon in 2000 von den „*New Sovereignists*“ und John Ruggie vom „*American Exemptionalism*“. Derlei *Verwandlung des Reich des Rechts in ein Recht des Reichs* wird diskutiert in S. Amy Bartholomew (Hg.): *Empire`s Law: The American Imperial Project and The ‚War to Remake the World‘*, London 2006. Hier ist – nach dem US-Militärsouveränismus, der fieberhaften Arbeit an differenzierten US-Grenzregimes überall in der Welt und dem Handels- und Rohstoffbilateralismus - ein Schritt von einem informellen zu einem formellen Empire am deutlichsten sichtbar. Dies ist freilich kein „Rückfall“ in einen alten territorialen Kolonialimperialismus.

abzuschaffen<sup>127</sup>), endlich am Rande weithin einflusslos oszillierend die militant rassistische und nazistische Rechte vom Ku Klux Klan bis hin zu terroristischen Gruppen vom Zuschnitt des Oklahoma City Bombers Timothy McVeigh – diese lockere Verbindung von sieben Gruppen und Richtungen war also kein klassisches Bündnis zwischen konservativen Strömungen, sondern eine Kopplung von Richtungen ganz ungewöhnlicher Diversität, die zum Teil ein langes Vierteljahrhundert des Einflussgewinns und politischen Aufstiegs verzeichneten. Die „republikanischen Revolution“ (1994) und der „Krieg gegen den Terror,“ (2002) banden sie ideologisch-kulturell und politisch zusammen. Doch im Unterschied zum fordistischen New-Deal-Liberalismus gelang es offenbar nicht, ein dauerhaftes *Realignment* zu einer hegemonialen politisch-ideologischen Formation durchzusetzen. Mit der Niederlage der Republikaner bei den Zwischenwahlen 2006 sind vielmehr die Kraft und Dynamik der rechtsimperialen Richtung stark geschwächt worden und es bildet sich ein neues Bündnis an der Macht heraus, dessen Profil und innere Kräfteverteilung noch unklar ist, in dem aber die mittlerweile relativ heterogene, insgesamt aber stark nach rechts gewendete „realistische“ liberalimperiale Richtung erneut dominieren wird.<sup>128</sup> Ihre aktuelle Politik der Beseitigung mancher Kollateralschäden aus einer knappen Dekade regierender rechtsimperialer Politik kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie Kernelemente dieser Politik übernommen hat.

---

<sup>127</sup> S. Jeffrey Rosen: The Unregulated Offensive, in: The New York Times v. 17.4.2005.

<sup>128</sup> S. Rilling: Option, S.49ff. sowie Davis, Democrats, S.5ff. Die Rechtswendung gilt nicht für ihr kulturelles Profil, weshalb sie für die stark politischen Milliardäre von Silicon Valley und Hollywood unvergleichlich attraktiver sind. Diese Fraktion ist aber global weiter aufsteigend, s. Forbes v.26.3.2007 „The World`s Richest People“.

## 7 Optionen und Grundlinien

Zweifellos bedeutete der Zusammenbruch des Staatssozialismus einen tiefgreifenden Bruch. Und er setzte die Frage nach dem „Empire“ wieder und neu auf die politische Tagesordnung, denn parallel zur weltweiten ökonomischen Transformation der staatssozialistischen Wirtschaft in eine kapitalistische Ökonomie („Globalisierung“) rückte die Frage nach der Neugestaltung des internationalen Systems und damit der Politik in den Vordergrund. Es entstand eine Situation, die sich der Begriffswelt des Kalten Krieges („Hegemonie“, „Supermächte“) nicht mehr fügte. Eine globalisierte kapitalistische Ordnung wirft, ob man will oder nicht, die Frage nach einem planetaren Arrangement der politischen Gestalt dieser Ordnung auf. Globalisierung meint ja nicht einfach bloß Austausch von Materialien, Waren oder Arbeit(skraft) oder Interaktion und Akteursvernetzung, sondern Globalisierung der Waren-, Geld- und Kapitalmärkte, des Kapitalverhältnisses (zwischen Eigentümern und Nicht-Eigentümern an Produktionsmitteln) und der Konkurrenz also, das diese Tauschprozesse und Interaktionen zu vermitteln vermag und hierzu eine global wirksame rechtliche und politische Form benötigt, in der sich zugleich staatliche und private Herrschaftsverhältnisse und eine entsprechende Positionierung ihrer Repräsentanten im globalen Machtraum der Politik ausdrücken. Seit den frühen 90er Jahren stand somit zur Frage,

- ob sich in dieser geschichtlich neuartigen Situation des Globalkapitalismus ein neues planetares politisches Subjekt (z.B. eine „transnationale Bourgeoisie“) und eine neuartige globale politische Ordnung („Empire“) etablieren können,
- ob es zur Neubildung eines „anarchisch-konkurrenzförmigen“, gleichsam „pluralen“<sup>129</sup>, wenngleich durchaus ungleichen, hierarchisch geordneten und mehr oder weniger koordinierten Systems kommen werde in dem ein Akteur (etwa China) oder eine Allianz (der transatlantische oder gar planetare „Norden“ oder eine neue „asiatische Allianz“) eine dominierende oder hegemoniale Rolle spielen würde,
- ob ein einzelner traditioneller Akteur aufgrund seiner hegemonialen Position („Hypermacht“) im historisch gewachsenen Machtfeld diese globale Rolle („American Empire“) zu übernehmen vermag und die USA imstande wären, ihr imperiales Projekt neu – eben global - zu initiieren („neuimperial“) und aufgrund der unipolaren Position, in die sie versetzt worden waren, durch eine primär unilaterale Politik ein Projekt der Ordnung der Welt nach eigenem Maß durchzusetzen
- oder ob schließlich in bestenfalls mittelfristiger Sicht Wirklichkeiten eines alternativen, kooperativen, nichthegemonial-

---

<sup>129</sup> Das ist theoriegeschichtlich (nicht politisch) ein unglücklicher Begriff. Aber „ultraimperial“ ist theoriegeschichtlich belastet und politisch obskur.

demokratischen, radikal friedlichen und antiimperialen Projekts der „Selbstordnung“ der Welt geschaffen werden können.

Die Auseinandersetzung um diese Optionen prägt die gegenwärtige Weltordnung<sup>130</sup>. Unversehens ist ein zentraler politischer Konflikt inmitten der scheinbar so festgefühten Konstellation des Neoliberalismus entbrannt. *Die neue Delegitimation des Neoliberalismus ist nicht das einzige Zeichen der Zeit – mehr noch geht es um die politischen Richtungskämpfe, die im Rahmen und Raum des neoliberalen Kapitalismus zwischen seinen imperialen („planetaren“, „pluralen“, „singulären“) und „alternativen“ Protagonisten ausgebrochen sind. Dieser Konflikt wird aller Voraussicht nach die nächsten Jahrzehnte bestimmen und durchaus ungeklärt ist, welche sozialen Gehalte und welche politische Qualität dabei bestimmend sein wird.* Mit der jahrhundertlangen Dominanz des angloamerikanischen Kapitalismusmodells ist der Verlauf dieser Auseinandersetzung nicht festgelegt: die Welt ist akteursbestimmendes System und Arena für die Handlungen dieser Akteure der Macht gleichermaßen.

Imperiale und imperialistische Ordnungen dauerten einst Jahrhunderte. Sie sind eine grundlegende Institution der politischen Moderne wie des postmodernen Kapitalismus. Festzuhalten ist, dass die Wandlung mancher kapitalistischer Gesellschaften in imperialistische Ordnungen dann immer wieder auch imperiale Projekte hervorgebracht hat. Doch ebenso wie es viele kapitalistische Staaten gab, die kaum imperialistisch genannt werden konnten oder solche Qualitäten nur schwach ausgebildet hatten, gilt dies für den Zusammenhang von „Imperialismus“ und „Imperialität“. Und nicht nur dass imperiale Projekte und Ordnungen sehr differenziert sind und ihren Charakter im Verlauf der Geschichte oft variierten. Ebenso wie es sie in vorkapitalistischer Zeit gab und in der Zeit des aufsteigenden Kapitalismus, so gab es sie in der Zeit des Imperialismus. Es ist auch durchaus fraglich, sie einfach als Reflex der „Erfindung“ und des „Aufstiegs“ veränderter kapitalistischer Betriebs- und Regulationsweisen zu sehen und „moderne“ Imperialität daher nur dort zu vermuten, wo solche entstehen. Der Fordismus etwa brachte keine eigene Form der Imperialität hervor, sondern fand die seit Anfang des letzten Jahrhunderts sich entfaltende *liberalimperiale* (welche die Form eines „nicht-territorialen“, „informellen“ Empire annahm) wie die *rechtsimperiale* (dann faschistische) formell und mit unmittelbarem Zwang operierende, kolonial-territoriale Richtungsoptionen gleichsam als passende historische Bewegungsformen vor, die ihn prägten. Beide konkurrierten mit der Sowjetunion als einem weiteren Projekt großräumlicher Neugestaltung, das den Gedanken des Imperialen keineswegs ignorierte, sondern sich

---

<sup>130</sup> S. dazu aus den paar tausend neueren wissenschaftlichen Texten zur Empirefrage etwa Jan Nederveen Pieterse: *Globalization or Empire?* New York und London 2004; Robinson, *Global Capitalism*; Michael Cox: *Still the American Empire*, in: *Political Studies Review* 1/2007 S.1-10; Porter, *Empire and Superempire*; sowie Colás, *Empire*.

explizit als postimperial und daher antiimperial(istisch) verstand und etikettierte – dabei aber zugleich (wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß) als zentralistisches, stark formelles, antiliberales Empire agierte. In der Zeit zwischen der Oktoberrevolution 1917 bis 1942/43, als sich der Ausgang des zweiten Weltkriegs entschied, konkurrierten somit drei imperiale und „entfernt verwandte“ Projekte mit globalem Anspruch<sup>131</sup>. Zunächst 1945, dann 1989 war diese Konkurrenz zugunsten des Projekts eines postterritorialen, informellen Empire entschieden, als dessen unbestrittener Repräsentant sich nach dem Ende des zweiten Weltkriegs die USA etabliert hatten.

Imperiale Projekte reflektieren auch nicht in erster Linie alternative *varieties of capitalism*, sondern zunächst grundlegende, untereinander konkurrierende *politische* Richtungen, die sich in Optionen für unterschiedliche *Entwicklungspfade* kristallisieren, sie aber auch in modifizierter Form überdauern können. Der Begriff „Imperialität“ soll daher beschreiben ein oszillierendes Bündel von richtungsnahen Eigenschaften vor allem, aber eben nicht nur der Politik kapitalistischer bzw. imperialistischer Ordnungen im Bezug auf deren *Stellung in der Welt und ihrer herrschaftlichen Gestaltung* im Unterschied zum „Imperialismus“ als Etappe, Stadium, Formation („System“) oder bloße Politik des Kapitalismus. Seit weit über einem Jahrhundert existieren sehr hartnäckig traditionsstarke liberal- und rechtsimperiale Projekte, deren kulturelles Set und politisches Design die verschiedensten formativen Konstellationen überdauerten und keineswegs notwendig für spezifische Akkumulationsregimes oder –typen stehen, sondern unterschiedliche politische Räume besetzen. Zur anhaltenden neoliberalen Transformation des fordistischen Kapitalismus gehören daher unterschiedliche imperiale Projekte, die sich nun seit über drei Jahrzehnten in der Auseinandersetzung zwischen liberal- und rechtsimperialen Richtungen verdichten. Beide Projekte installieren auf ihre Weise eine zentrale Figur der Ungleichheit. Die Auseinandersetzung fokussiert sich auf jenes Land, das als Einziges gegenwärtig ein „realistisches“ imperiales Projekt verfolgt – eben die USA.

Das Neue am imperialen Projekt in der Zeit des globalen Kapitalismus der Gegenwart ist sein neoliberaler Charakter und seine auf die Bearbeitung von Weltordnung bezogene interventionistische und entgrenzte Anlage; das Neue am Neoliberalismus ist auch die Entfaltung von Imperialität und die Ausbildung eines anderen Typus von Informalität, als er bis in die 70er Jahre charakteristisch war. Zwei Sätze fassen diesen doppelten Zusammenhang: während Thomas Friedman formulierte: "The hidden hand of the market will never work without a hidden fist. McDonald's cannot flourish without McDonnell Douglas, the designer of the U.S. Air Force F-15. And the hidden fist that keeps the world safe for Silicon Valley's technologies to flourish is called the U.S. Army, Air Force, Navy

---

<sup>131</sup> Im Anschluß an die Formulierung von Wolfgang Schivelbusch: *Entfernte Verwandtschaft*, München und Wien 2005



and Marine Corps" sprach Robert Kagan von "the unilateralist iron fist inside the multilateralist velvet glove".<sup>132</sup> Als die USA nach 1945 das Projekt des Aufbaues eines informellen Empire verfolgten, war in die US-dominierte Formierung der Nachkriegsstaaten Deutschland und Japan zugleich eine spezifische Variante des Projekts des fordistischen Wohlfahrtsstaates eingeschrieben. Das US-imperiale Projekt der Staatsformierung im Irak dagegen verfolgt und reflektiert einen nachfordistischen, neoliberalen Ökonomie-, Gesellschafts- und Politikzuschnitt und steht daher für eine substantielle Veränderung des Imperialen selbst. Diese Veränderung im übrigen bedeutet zugleich, dass die vor allem in der politischen Linken verbreitete Einschätzung problematisch ist, die Irak-Politik der USA bedeute eine totalitäre oder gar faschistische Wendung und Wandlung dieses Landes.<sup>133</sup> Das Projekt eines US-amerikanischen rechtsimperialen Neoliberalismus ist "an attempt to merge the America whose business is business with the America whose business is war"<sup>134</sup>. In ihm kontiniert sich die Kultur der Zusammenballung und neuen Zentralität der Macht, die der Neoliberalismus und seine Kontrollindustrie für die weltweite verteilte Produktion seit drei Jahrzehnten hervorbringt und verdichtet sich in einem politisch imperialen Zugriff zu einer neuen Vereinheitlichung des nunmehr globalen politischen, sozialen und ökonomischen Raums. Die neoliberale „neue amerikanische Art der Kriegführung“ baut auf dem postfordistischen Modell der kurzen Produktionslinien, spezialisierten Hochtechnologie und flexibler Betriebsweisen auf. Eine hochkonzentrierte militärstaatliche Kernzone ist umgeben von einem rasch wachsenden Ring privatisierter militärischer Dienste und der flexiblen Produktion „just-in-time“ entspricht eine „just-in-time“ Politik der flexiblen Allianz- und Koalitionsbildung, wie sie im Falle der Irakkriege sich ausbildete (Steinmetz), im Inneren legitimiert durch die Träume der neuen Kriegergeneration der Zeit nach Vietnam. Die Reorganisation der informalen Imperialität und der postfordistischen Subjektivität, Kultur und Ästhetik begann ökonomisch mit dem Übergang zur flexiblen, zunehmend *enteignenden* Akkumulation in den 70er (und zum finanzgetriebenen Modus in den 80er und 90er) Jahren und militärisch wie kulturell im Reaganismus der 80er Jahre; nach 9/11 immer stärker begleitet von postmodernen Formen des „inverted totalitarianism“ (Sheldon

---

<sup>132</sup> Thomas Friedman: *The Lexus and the olive tree: understanding globalization*, New York 1999 S. 373; Robert Kagan: *Multilateralism, American style*, in: *Washington Post* v.13.9.2002.

<sup>133</sup> S. Carl Davidsson, Jerry Harris: *Globalisation, theocracy and the new fascism: the US Right's rise to power*, in: *Race & Class* 3/2006 S.47-67. Ob auf die USA der Gegenwart die Konzepte eines neoliberalen Faschismus oder eines faschistischen Neoliberalismus angewandt werden könnten, kann hier nicht debattiert werden. Sie ist nachvollziehbar, aber wird nicht geteilt, da Faschismus als *terroristisches* Regime eines entwickelten (monopolistischen) Kapitalismus verstanden wird. Überzeugende Darstellungen allerdings, wonach das politische Regime der USA als überwiegend oder ausschließlich terroristisch anzusehen wäre, stehen aus – und zwar komplett. Zum Faschismusbegriff weiterhin substantiell die Arbeiten von Reinhard Opitz.

<sup>134</sup> Pieterse, *Globalization*, S.45

Wolin)<sup>135</sup>.

Zwar scheinen die USA trotz ihrer Stärkung nach dem Ende des Kalten Krieges gegenwärtig zu schwach, um eine Ordnung stabil zu institutionalisieren, die ihr ein dauerhaftes Primat sichert, das nicht herausgefordert werden kann. Doch andererseits sind sie zu stark, um konzedieren zu müssen, dass andere große Staaten und kapitalistische Zentren gemeinsam mit ihnen nach den Maßstäben eines kollegialen Managements des Globalkapitalismus kooperieren. Aber die USA sind nicht nur das, was man auf der Karte sieht, ein Land mit physikalisch identifizierbaren Grenzen, sondern sie sind ein Land, das in der Welt arrangiert wird<sup>136</sup>, ein Amerika des *Americanism* und seiner Vektoren global projizierter Macht, in der Zugehörigkeiten und Ausschlüsse und Ausnahmen, Teilsouveränitäten und Territorialansprüche, Präsenz und Verschwinden, Rechte und Ansprüche, Ausbeutung und Reichtum, Aneignung und Ungleichheit im Raum und in der Zeit platziert werden. Wie lange freilich diese offene Situation andauert, in der rechts- und liberalimperiale, global- und pluralimperiale Projekte konkurrieren und wie sie sich dann lösen wird - darauf findet sich momentan keine überzeugende Antwort. Die Momente, Ambitionen, Kulturen und Praxen des Imperialen und der Imperialität finden sich zu Hauf – aber sie sind noch nicht zu einem stabilen Welt-Ordnungsmuster verdichtet – oder wurden zersetzt. Eine rasche Eindeutigkeit wäre daher eine Überraschung. Der Begriff des Empire ist deshalb keineswegs überholt. Wer allerdings nach dem letzten „amerikanischen Jahrhundert“ nunmehr sein Subjekt und Formgeber sein wird, ist nicht entschieden. Wenn ein gediegener Historiker wie Bernard Porter solche Perspektiven erblickt – den Traum von der „full spectrum dominance“ über die Welt, die Auserwähltheit durch Gott und Geschichte, die Befreiung gleich der ganzen Menschheit und deren Beförderung hinein in das Ende der Geschichte, dann ist seine Schlussfolgerung bedrückend: „that really goes beyond „imperialism“ in any of the older, more modest meanings of the word.“<sup>137</sup> Der imperiale Jahrhundertweg der Vereinigten Staaten von Amerika selbst ist offenbar noch nicht zu Ende.

Imperien freilich, gleich welchen Zuschnitts - sie nützen nie den Eingeborenen.

---

<sup>135</sup> Sheldon S. Wolin: *Politics and Vision: Continuity and Innovation in Western Political Thought*, Princeton 2004. Siehe auch Geoffrey Gershenson: *Dynamics of Postmodern Empire: Politics and Culture in the Age of Global Capital*, Papier APSA-Tagung 2005.

<sup>136</sup> So im März 2004 Donald Rumsfeld in CNN: „how our country is arranged around the world“, zit. nach Aruif Dirlik: *American Studies in the time of Empire*, in: *Comparative American Studies* 3/2004 S.288.

<sup>137</sup> Porter, *Empire and superempire*, S.131.